



Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik, Ausgabe 01 | 2018



Die Themen

Verfügbares Einkommen privater Haushalte

Beendete Insolvenzverfahren

Zeichenerklärung

- 0 mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit
- nichts vorhanden oder keine Veränderung
- / keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug
- Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten oder nicht rechenbar
- ... Angabe fällt später an
- x Tabellenfach gesperrt, da Aussage nicht sinnvoll
- () Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann
- p vorläufiges Ergebnis
- r berichtigtes Ergebnis
- s geschätztes Ergebnis
- D Durchschnitt
- ≙ entspricht

Auf- und Abrunden

Im Allgemeinen ist ohne Rücksicht auf die Endsummen auf- bzw. abgerundet worden. Deshalb können sich bei der Summierung von Einzelangaben geringfügige Abweichungen zu den ausgewiesenen Endsummen ergeben. Bei der Aufgliederung der Gesamtheit in Prozent kann die Summe der Einzelwerte wegen Rundens vom Wert 100 % abweichen. Eine Abstimmung auf 100 % erfolgt im Allgemeinen nicht.

Impressum

Bayern in Zahlen

Fachzeitschrift für Statistik
Jahrgang 149. (72.)

Bestell-Nr. Z10001 201801
ISSN 0005-7215

Erscheinungsweise

monatlich

Herausgeber, Druck und Vertrieb

Bayerisches Landesamt für Statistik
Nürnberger Straße 95
90762 Fürth

Bildnachweis

Titel: © BillionPhotos.com, Fotolia.com

Innen: Bayerisches Landesamt für Statistik
(wenn nicht anders vermerkt)

Papier

Gedruckt auf umweltfreundlichem Papier,
chlorfrei gebleicht.

Preise

Einzelheft 4,80 €
Jahresabonnement 46,00 €
zuzüglich Versandkosten
Datei kostenlos

Vertrieb

E-Mail vertrieb@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3205, 0911 98208-6270
Telefax 089 2119-3457

Auskunftsdienst

E-Mail info@statistik.bayern.de
Telefon 089 2119-3218
Telefax 089 2119-13580

© Bayerisches Landesamt für Statistik, Fürth 2018

Vervielfältigung und Verbreitung, auch auszugsweise,
mit Quellenangabe gestattet.

Hinweis: Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bayerischen Staatsregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern im Zeitraum von fünf Monaten vor einer Wahl zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags-, Kommunal- und Europawahlen. Missbräuchlich ist während dieser Zeit insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Staatsregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

neues Jahr, neues Glück. Wie oft haben sich Menschen in der Silvesternacht wohl gegenseitig Glück, Erfolg, Gesundheit und Wohlergehen gewünscht? Meistens beziehen sich diese guten Wünsche nicht in erster Linie auf monetäre Werte, dennoch gehören materieller Wohlstand und ein gesichertes Einkommen für viele zu den wesentlichen Elementen individueller Zufriedenheit. Für uns Statistiker ist es deutlich leichter, Einkommen und materiellen Wohlstand zu messen als Glück und Zufriedenheit. Zwar gibt es immer stärker den Wunsch, auch immaterielle Werte „messbar“ zu machen – erinnert sei zum Beispiel an die „Beyond GDP Initiative“ der Europäischen Kommission –, aber so spannend dieses Feld auch sein mag, objektive Merkmale im Sinne einer amtlichen Statistik gibt es dazu leider (noch) nicht.

Bleiben wir also zunächst bei den monetären Größen. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist ein wichtiger Wohlstandsindikator, drückt es doch die Summe aus, die den Menschen für Konsum und Ersparnis zur Verfügung steht. Auch Wirtschaftsräume und Regionen lassen sich anhand des verfügbaren Einkommens vergleichen, allerdings unter Vernachlässigung der regionalen Kaufkraft. Wie sich das verfügbare Einkommen in Bayern in den vergangenen Jahren entwickelt hat und wie es statistisch erfasst wird, stellen wir Ihnen in einem Fachbeitrag dieser Ausgabe vor. Auch das zweite Thema stammt aus der Wirtschaftsstatistik. Die Insolvenzstatistik basiert auf den Meldungen der Insolvenzgerichte zu den beantragten Verfahren und ermöglicht Aussagen unter anderem über die finanziellen Ergebnisse von Insolvenzverfahren und zu Restschuldbefreiungen.

Sollten Sie sich jetzt fragen, wo nun die Gesundheit bleibt: Sie ist einer der immateriellen Zufriedenheitsfaktoren, zu denen die amtliche Statistik eine ganze Reihe von Daten und Fakten zu bieten hat. Und sie wird Thema unserer diesjährigen StatistikTage Bamberg|Fürth sein, wenn sich im Juli bereits zum siebten Mal in Folge wieder Vertreter aus Wissenschaft, Praxis und amtlicher Statistik treffen werden. Mit diesem Ausblick sind wir nun endgültig im neuen Jahr angekommen, es möge für Sie ein erfolgreiches und glückliches werden.

Ich wünsche Ihnen viel Freude beim Lesen.

Herzlichst

Dr. Gölzl
Präsident

Statistik aktuell

4 Kurzmitteilungen

Nachrichten

- 13 In memoriam Dr. Peter Bauer
- 17 Neue Vizepräsidentin beim Bayerischen Landesamt für Statistik: Der bisherige „Vize“ Herr Georg Lubert wurde in den Ruhestand verabschiedet, seine Nachfolgerin ist Frau Anna Staudhammer

Beiträge aus der Statistik

- 21 Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Bayern und seinen Kreisen 1991 bis 2015
- 27 Welche Erlöse werden in Verbraucherinsolvenzverfahren erzielt? – Ergebnisse aus der Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung in Bayern

Historische Beiträge aus der Statistik

- 37 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in Bayern 1960 bis 1980

Bayerischer Zahlenspiegel

- 43 Tabellen
- 52 Graphiken

Neuerscheinungen

- 3. Umschlagseite

Kurzmitteilungen



Erwerbstätigkeit

Beschäftigung in Bayern auch im 3. Quartal 2017 gestiegen

Im dritten Quartal 2017 setzte sich der Beschäftigungsaufbau in Bayern weiter fort. Die Zahl der Erwerbstätigen in Bayern erhöhte sich nach vorläufigen Zahlen im 3. Quartal 2017 gegenüber dem 3. Quartal 2016 um 1,7 % auf 7,57 Millionen. Damit fiel der Anstieg in Bayern leicht höher als in Deutschland insgesamt aus, wo sich die Erwerbstätigenzahlen um 1,5 % erhöhten.

Die alten Länder (ohne Berlin) schnitten mit einer Zunahme von 1,6 % deutlich besser ab als die neuen Länder (ohne Berlin) mit 0,9 %. Besonders deutlich stieg die Beschäftigung in Berlin

(+2,9 %). Neben Bayern erreichten auch Hamburg, Hessen und Niedersachsen Zuwächse von 1,7 %. Unter dem Durchschnitt blieben vor allem das Saarland (+0,6 %) sowie Sachsen-Anhalt (+0,2 %).

Hinweis

Bei den hier vorgelegten Länderergebnissen handelt es sich um Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ (AK ETR), dem alle Statistischen Landesämter, das Statistische Bundesamt sowie der Deutsche Städtetag angehören.

Weitere Ergebnisse können auf der Homepage des AK ETR (www.ak-etr.de) kostenlos abgerufen werden. Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Größe aller Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept).

Zu den Erwerbstätigen zählen alle Personen, die als Arbeitnehmer (Arbeiter, Angestellte, Beamte sowie Heimarbeiter und geringfügig Beschäftigte) oder als Selbstständige, einschließlich deren mithelfenden Familienangehörigen, eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit.

Grundlage für diese Definition bilden die von der International Labour Organization (ILO) aufgestellten Normen, die im Einklang mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 2010 stehen.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Erwerbstätige am Arbeitsort in Deutschland in den ersten drei Quartalen 2017

Land	Personen in Millionen			Veränderung gegenüber dem jeweiligen Vorjahresquartal in Prozent		
	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Baden-Württemberg	6,19	6,25	6,29	1,6	1,6	1,6
Bayern	7,43	7,52	7,57	1,8	1,8	1,7
Berlin	1,92	1,94	1,96	3,0	3,0	2,9
Brandenburg	1,10	1,12	1,12	1,5	1,5	1,4
Bremen	0,42	0,43	0,43	0,8	1,0	1,0
Hamburg	1,23	1,24	1,25	1,7	1,7	1,7
Hessen	3,40	3,43	3,45	1,5	1,7	1,7
Mecklenburg-Vorpommern	0,73	0,75	0,76	0,6	0,9	0,8
Niedersachsen	4,01	4,06	4,09	1,3	1,5	1,7
Nordrhein-Westfalen	9,34	9,41	9,45	1,5	1,4	1,5
Rheinland-Pfalz	2,00	2,02	2,04	0,9	1,1	1,2
Saarland	0,52	0,53	0,53	0,9	0,8	0,6
Sachsen	2,03	2,05	2,07	1,1	1,0	1,0
Sachsen-Anhalt	1,00	1,01	1,02	0,7	0,5	0,2
Schleswig-Holstein	1,38	1,40	1,41	1,9	1,7	1,6
Thüringen	1,04	1,05	1,06	1,0	0,9	0,8
Deutschland	43,75	44,23	44,5	1,5	1,5	1,5
Nachrichtlich						
Alte Länder ohne Berlin	35,93	36,29	36,51	1,5	1,6	1,6
Alte Länder mit Berlin	37,85	38,24	38,47	1,6	1,6	1,6
Neue Länder ohne Berlin	5,90	5,99	6,03	1,0	1,0	0,9
Neue Länder mit Berlin	7,82	7,93	7,99	1,5	1,5	1,4

Quelle: Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“.
Berechnungsstand: November 2017.

Gut zwei Drittel der Berufspendler in Bayern fuhren 2016 mit dem Auto

Im Rahmen des Mikrozensus, einer jährlichen Stichprobenerhebung bei einem Prozent der Bevölkerung, werden im vierjährigen Abstand auch Angaben zum Pendlerverhalten erhoben. Nach den Ergebnissen der letzten Zusatzerhebung erreichte in Bayern im Jahr 2016 ein Viertel (24 %) der Pendlerinnen und Pendler in weniger als zehn Minuten den Arbeitsplatz, die Hälfte (50 %) benötigte zehn bis unter 30 Minuten. Etwa 21 % waren 30 bis unter 60 Minuten und gut 4 % mehr als eine Stunde unterwegs. Erwerbstätige Personen, deren Arbeitsstätte auf dem Wohngrundstück lag oder ständig wechselte sowie Pendler ohne Angaben zum Zeitaufwand werden an dieser Stelle nicht berücksichtigt.

Der PKW war bei fast 69 % der bayerischen Erwerbstätigen die

erste Wahl als Verkehrsmittel für den Weg zwischen Wohnort und Arbeitsplatz. Rund 65 % fuhren mit dem eigenen PKW zur Arbeit und knapp 4 % waren in Fahrgemeinschaften als Mitfahrer unterwegs. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln gelangten 13 % der Pendler zu ihrer Arbeitsstelle, gut 8 % gingen zu Fuß und weitere 8 % benutzten überwiegend das Fahrrad bzw. Elektrofahrrad.

Hinsichtlich der Bedeutung verschiedener Verkehrsmittel für die längste Wegstrecke zur Arbeit waren zwischen Frauen und Männern einige Unterschiede zu erkennen. Berufstätige Frauen nutzten häufiger öffentliche Verkehrsmittel (15 %) als Männer (12 %) und auch mit dem (Elektro-)Fahrrad oder zu Fuß waren sie häufiger zur Arbeit unterwegs (18 % gegenüber 15 %).

Bei der PKW-Nutzung dominierten hingegen die Männer. Während rund 72 % der Pendler mit dem Auto zur Arbeit fuhren, lag der entsprechende Anteil bei den Pendlerinnen bei knapp 66 %.

Insgesamt hatte fast die Hälfte der Erwerbstätigen (knapp 47 %) ihren Arbeitsplatz innerhalb ihrer Wohn-gemeinde. Weitere rund 51 % pendelten innerhalb Bayerns zwischen Wohn- und Arbeitsort und gut 2 % verließen täglich den Freistaat, um in einem anderen Bundesland oder im Ausland ihrem Beruf nachzugehen.

Hinweis
Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Erwerbstätige sowie Schüler und Studierende nach Pendlereigenschaften in Bayern 2016“ (Bestellnummer: A6240D 201651, nur als Datei).*



Viehwirtschaft, Tierische Erzeugnisse

3,1 Millionen Rinder in Bayern 2017

Zum Stichtag 3. November 2017 gab es, gemäß einer Auswertung des Verwaltungsverfahrens „Herkunftssicherungs- und Informationssystem Tier“ (HIT), 3 134 262 Rinder in 45 827 Haltungen. Die Zahl der Rinderhaltungen ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 3,4 % (-1 615 Haltungen) gesunken. Der Rinderbestand verringerte sich um 1,4 % (-44 395 Tiere). Die durchschnittliche Rinderzahl je Haltung lag im November 2017 bei 68 Rindern und damit um ein Rind höher als noch im Vorjahresmonat.

Milchkühe stellen mit einer Zahl von 1 185 307 Tieren einen Anteil von 38 % am gesamten Rinderbestand

dar. Gegenüber dem Vorjahr wurde bei dieser Tierkategorie ein Rückgang um 4,9 % (-1 580 Haltungen) auf 30 489 Milchkuhhaltungen festgestellt. Der Milchkuhbestand ging dabei um 1,1 % (-13 090 Tiere) zurück. Die durchschnittliche Anzahl der Milchkühe je Milchkuhhaltung ist in Bayern im Zeitraum November 2016 bis November 2017 von 37 auf 39 Tiere angestiegen. Die Anzahl der sonstigen Kühe (Ammen- und Mutterkühe) nahm um 2,6 % auf 69 964 Tiere ab. Der Bestand der Kälber und Jungrinder umfasste zum 3. November 2017 insgesamt 920 160 Tiere. Die Anzahl dieser Tiere nahm gegenüber dem Vergleichsmonat des Vorjahres um

2,3 % (-22 082 Tiere) auf 920 160 Tiere ab. In Bayern dominieren traditionell die Doppelnutzungsrasen mit einem Anteil von 89,1 %, dies entspricht 2 791 686 Rindern. Milchnutzungsrasen haben in Bayern einen Anteil von 6,2 % (194 680 Rinder) und Fleischerassen einen Anteil von 4,7 % (147 896 Rinder). Die mit Abstand bedeutendste Rinderrasse in Bayern war im November 2017 die Doppelnutzungsrasse Fleckvieh mit 2 401 489 Rindern, gefolgt von der Doppelnutzungsrasse Braunvieh (234 451 Rinder) und der am häufigsten gehaltenen Milchrasse Holstein-Schwarz bunt (166 227 Rinder).

Rinderhaltungen und Rinderbestand in Bayern zum 3. November 2017				
Merkmal	Ergebnisse der Auswertung des "Herkunftssicherungs- und Informationssystems Tier" (HIT)			
	zum 3. November 2017	zum 3. November 2016	Veränderung 3. November 2017 gegenüber 3. November 2016	
			Anzahl	%
Rinderhaltungen insgesamt	45 827	47 442	- 1 615	- 3,4
dar. Milchkuhhaltungen	30 489	32 069	- 1 580	- 4,9
Haltungen sonstiger Kühe	7 605	7 713	- 108	- 1,4
Rinder insgesamt	3 134 262	3 178 657	- 44 395	- 1,4
dav. Kälber und Jungrinder	920 160	942 242	- 22 082	- 2,3
dar. Kälber und Jungrinder zum Schlachten ¹	50 022	51 663	- 1 641	- 3,2
dav. Kälber bis einschließlich 8 Monate	613 808	631 659	- 17 851	- 2,8
Jungrinder älter als 8 Monate bis 1 Jahr	306 352	310 583	- 4 231	- 1,4
dav. männlich	111 078	111 692	- 614	- 0,5
weiblich	195 274	198 891	- 3 617	- 1,8
Rinder 1 bis unter 2 Jahre alt	741 904	745 735	- 3 831	- 0,5
dav. männlich	204 837	205 174	- 337	- 0,2
weiblich	537 067	540 561	- 3 494	- 0,6
dav. zum Schlachten ¹	68 239	65 516	2 723	4,2
zur Zucht und Nutzung ¹	468 828	475 045	- 6 217	- 1,3
Rinder 2 Jahre oder älter	216 927	220 459	- 3 532	- 1,6
dav. Bullen und Ochsen	14 125	13 458	667	5,0
weiblich	202 802	207 001	- 4 199	- 2,0
dav. zum Schlachten ¹	13 985	13 274	711	5,4
zur Zucht und Nutzung ¹	188 817	193 727	- 4 910	- 2,5
Milchkühe ²	1 185 307	1 198 397	- 13 090	- 1,1
sonstige Kühe ²	69 964	71 824	- 1 860	- 2,6

1 Berechnet auf Basis der Schlachtungen im Vorjahreszeitraum.

2 Berechnet auf Basis der Produktionsrichtungen der Haltungen.



Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden

Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes in Bayern im Oktober 2017 um 3,4 % über dem Vorjahresniveau

Im Oktober 2017 verbuchte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, bezogen auf den Berichtskreis „Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten“, ein Umsatzplus von 3,4 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum. Von den 28,8 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 15,5 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+4,6 %) und darunter rund 5,9 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+1,5 %). Die Anteile der Auslandsumsätze und der Umsätze

mit den Eurozonenländern am Gesamtumsatz betrugen 53,8 bzw. 20,5 %.

Die Nachfrage nach Gütern des Verarbeitenden Gewerbes erhöhte sich im Oktober 2017 gegenüber dem Oktober 2016 preisbereinigt um 5,9 %. Die Bestelleingänge aus dem Inland stiegen um 1,7 %, die aus dem Ausland um 8,2 %.

Der Personalstand des Verarbeitenden Gewerbes lag Ende Oktober 2017 mit 1,191 Millionen Beschäftigten um 2,5 % über dem Ergebnis des Vorjahresmonats.

Ausführliche Ergebnisse enthalten die statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Oktober 2017“ (Bestellnummer: E1101C 201710, nur als Datei) und „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Oktober 2017“ (Bestellnummer: E1300C 201710, nur als Datei).*

Fast zwei Drittel aller deutschen Lebkuchen stammten 2016 aus Bayern

Die Produktion dieser Leckereien in Bayern verlief in den letzten Jahren nahezu konstant. So produzierten die bayerischen Betriebe im Jahr 2016 mit 47 091 Tonnen nur geringfügig weniger Leb- bzw. Honigkuchen oder ähnliche Waren gemäß Güterverzeichnis für Produktionsstatistiken als im Vorjahr (-3,5%).

Lebkuchen bleiben damit mit einem Anteil von 65,5% die in Bayern meistproduzierten Dauerbackwaren.

Im bundesweiten Vergleich kommen mit einem Anteil von 64,2% fast zwei Drittel aller Lebkuchen aus Bayern.

Die Angaben beziehen sich auf Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr Beschäftigten. In Bayern waren dies 13 Betriebe im Jahr 2016.



Bauhauptgewerbe

Bayerisches Bauhauptgewerbe im Oktober 2017

Das Bauhauptgewerbe in Bayern erzielte im Oktober 2017 einen baugewerblichen Umsatz in Höhe von 1,56 Milliarden Euro und damit ein Plus von 150,31 Millionen Euro

bzw. 10,6% im Vergleich zum Vorjahresergebnis. An dieser positiven Umsatzentwicklung waren alle Bausparten beteiligt, und zwar mit Steigerungsraten zwischen 3,2%

(gewerblicher und industrieller Tiefbau) und 16,9% (Wohnungsbau). Mit jeweils über 420 Millionen Euro baugewerblichem Umsatz kam dabei dem Wohnungsbau sowie

Bauhauptgewerbe in Bayern im Oktober 2017

Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen

Gebiet	Bauhauptgewerbe in Bayern im Oktober 2017						
	insgesamt	davon					
		Wohnungs- bau	gewerbl. und industr. Hochbau ¹	gewerbl. und industr. Tiefbau ¹	öffent- licher Hochbau	Straßen- bau	Tiefbau für Gebietskörper- schaften und Sozialvers.
1 000 €							
Baugewerblicher Umsatz ²							
Oberbayern	425 331	136 837	92 442	53 475	22 499	81 713	38 366
Niederbayern	246 550	64 213	63 565	22 580	17 438	38 105	40 649
Oberpfalz	238 388	44 102	89 445	28 692	25 372	27 789	22 988
Oberfranken	135 607	23 482	45 751	11 134	8 104	21 019	26 117
Mittelfranken	139 892	44 275	37 403	17 091	13 692	11 620	15 811
Unterfranken	128 021	23 130	33 354	11 375	12 900	26 041	21 222
Schwaben	248 743	86 673	66 077	19 080	17 293	34 454	25 165
Bayern	1 562 533	422 712	428 036	163 427	117 298	240 742	190 318
Veränderung ggü. Oktober 2016 in Prozent	10,6	16,9	9,0	3,2	3,4	9,9	13,9
Auftragseingänge							
Oberbayern	302 436	126 530	45 367	49 286	17 166	36 728	27 359
Niederbayern	155 730	54 121	35 545	8 944	7 132	17 744	32 243
Oberpfalz	141 783	26 539	50 009	16 978	11 874	10 810	25 573
Oberfranken	71 853	8 702	28 651	10 820	7 752	5 616	10 311
Mittelfranken	101 601	23 928	36 953	13 576	11 546	9 002	6 596
Unterfranken	81 318	21 031	16 576	7 144	11 349	14 208	11 009
Schwaben	190 871	54 314	51 672	12 170	36 185	22 775	13 755
Bayern	1 045 591	315 165	264 772	118 919	103 005	116 883	126 848
Veränderung ggü. Oktober 2016 in Prozent	14,4	12,6	- 7,0	34,9	63,2	14,1	32,4

¹ Einschließlich landwirtschaftlicher Bau.

² Ohne Umsatzsteuer.

dem gewerblichen und industriellen Hochbau herausragende Bedeutung zu.

Im Oktober 2017 lagen im bayerischen Bauhauptgewerbe auch die Auftragseingänge weit über Vorjahresniveau. Deren Gesamtwert belief sich aktuell auf 1,05 Milliarden Euro, was einen deutlichen Anstieg von 14,4 % bedeutet. Für diese Steigerung zeichneten fünf von sechs Bausparten verantwortlich, darunter überdurchschnittlich der Tiefbau für Gebietskörperschaften und Sozialversicherungen (+32,4 %), der gewerbliche und industrielle Tiefbau (+34,9 %) sowie der öffentliche Hochbau (+63,2 %).

Die einzige Bausparte mit vergleichbar rückläufigem Ergebnis war der gewerbliche und industrielle Hochbau (-7,0 % auf 264,77 Millionen Euro).

Wenngleich relativ schwächer ausgeprägt als der baugewerbliche Umsatz und der Auftragseingang entwickelte sich auch der Personalstand im Wirtschaftssektor positiv. So waren Ende Oktober 2017 mit insgesamt 89 816 tätigen Personen immerhin 5,0 % mehr Mitarbeiter im bayerischen Bauhauptgewerbe beschäftigt als im Oktober 2016. Diese Beschäftigten arbeiteten im aktuellen Berichtsmonat an 20 Arbeitstagen (wie vor Jah-

resfrist) zusammen 9,46 Millionen Stunden (+3,6 %), darunter 2,86 Millionen Stunden im Wohnungsbau (+2,7 %). Die Entgelte dafür bezifferten sich auf insgesamt 295,66 Millionen Euro (+9,9 %).

Hinweis

Die Berichterstattung basiert auf den Ergebnissen des Monatsberichts im Bauhauptgewerbe. Im Rahmen dieser Erhebung werden die bauhauptgewerblichen Betriebe von Unternehmen mit 20 oder mehr tätigen Personen befragt.

Ausführliche Ergebnisse bis auf Kreisebene enthält der Statistische Bericht „Bauhauptgewerbe in Bayern im Oktober 2017“ (Bestellnummer: E2100C 201710, nur als Datei).*



Außenhandel

Bayerns Außenhandel floriert auch 2017

Nach vorläufigen Ergebnissen wuchsen die Ausfuhren der bayerischen Wirtschaft im Oktober 2017 gegenüber dem Vorjahresmonat um 5,9 % auf knapp 16,3 Milliarden Euro. 57,4 % der Exporte wurden in die EU-Mitgliedsstaaten geliefert, darunter wurden 36,0 % aller Exporte in die Euro-Länder versandt. Im Oktober 2017 importierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von knapp 15,4 Milliarden Euro (+7,7 %). 62,9 % der Importe bezog Bayern aus den Ländern der Europäischen Union, 35,8 % aller Importe kamen aus den Ländern der Euro-Zone.

Die wichtigsten Ausfuhrländer für die bayerische Wirtschaft waren

im Oktober 2017 die USA, Österreich, die Volksrepublik China, das Vereinigte Königreich, Frankreich und Italien. Die bedeutendsten Einfuhrländer waren Österreich, die Tschechische Republik, die Volksrepublik China, Italien, die USA und Polen.

Die höchsten Exportwerte erzielte Bayerns Wirtschaft im Oktober 2017 mit „Personenkraftwagen und Wohnmobilen“, „Maschinen“, „Fahrgestellen, Karosserien, Motoren, Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“ sowie mit „Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“. Die wichtigsten Importgüter waren „Maschinen“, „Fahrgestelle, Karosserien,

Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen“, „Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung“ und „elektronische Bauelemente“.

Von Januar bis Oktober 2017 exportierte Bayerns Wirtschaft Waren im Wert von rund 159,8 Milliarden Euro, dies sind 4,9 % mehr als im Vorjahreszeitraum, und importierte Waren im Wert von fast 148,5 Milliarden Euro (+8,2 %).

Hinweis

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Oktober 2017“ (Bestellnummer: G3000C 201710, nur als Datei).*

Außenhandel Bayerns im Oktober und von Januar bis Oktober 2017
Vorläufige Ergebnisse

Erdteil / Ländergruppe / Land — Warenuntergruppe	Ausfuhr im Spezialhandel		Einfuhr im Generalhandel	
	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum	insgesamt	Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum
	1 000 €	%	1 000 €	%
Oktober				
Europa	10 543 456	5,8	10 918 246	8,2
dar. EU-Länder (EU-28)	9 341 043	6,2	9 670 548	11,0
dar. Euro-Länder	5 856 353	6,1	5 493 131	11,0
dar. Frankreich	1 149 210	5,2	638 410	18,2
Niederlande	548 929	2,0	826 333	10,2
Italien	1 085 739	6,6	1 057 683	15,1
Spanien	526 807	5,4	334 342	- 5,3
Österreich	1 328 812	7,2	1 389 721	8,3
Vereinigtes Königreich	1 156 140	- 4,1	550 132	17,3
Polen	620 337	13,5	908 100	11,5
Tschechische Republik	594 524	9,7	1 276 996	6,8
Ungarn	318 621	11,7	790 135	3,5
Afrika	227 087	11,3	305 771	25,1
Amerika	2 331 822	6,9	1 157 525	7,3
dar. USA	1 735 744	1,5	992 600	8,9
Asien	3 020 780	5,2	2 968 568	4,6
dar. Volksrepublik China	1 289 773	4,2	1 257 296	5,2
Australien-Ozeanien	128 483	- 4,8	12 508	18,6
Verschiedenes ¹	21 005	•	—	x
Insgesamt	16 272 633	5,9	15 362 617	7,7
dar. Personenkraftwagen und Wohnmobile	3 081 462	- 3,0	844 717	- 6,0
Maschinen ²	2 576 259	10,1	1 747 747	8,0
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ³	1 257 922	- 0,1	1 392 351	11,0
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	985 192	5,2	1 044 891	17,7
Elektronische Bauelemente	254 583	- 0,7	911 397	3,1
Mess-, steuerungs- und regeltechnische Erzeugnisse	592 632	8,0	293 042	16,3
Erdöl und Erdgas	72	100	869 960	- 10,1
Januar bis Oktober				
Europa	101 749 683	4,0	103 230 549	6,9
dar. EU-Länder (EU-28)	89 755 416	4,0	91 180 664	8,0
dar. Euro-Länder	56 306 261	6,0	52 182 127	6,7
dar. Frankreich	10 763 950	3,1	6 197 511	16,4
Niederlande	5 351 481	2,7	7 656 931	4,8
Italien	10 486 112	7,0	9 892 899	7,1
Spanien	5 179 619	14,6	3 249 284	- 5,1
Österreich	12 626 873	4,1	13 672 065	7,4
Vereinigtes Königreich	11 721 458	- 8,8	5 038 215	8,9
Polen	5 750 145	7,9	8 761 641	11,2
Tschechische Republik	5 438 455	3,7	11 809 679	10,2
Ungarn	3 197 145	13,2	7 525 937	4,5
Afrika	2 262 282	6,8	2 848 913	45,5
Amerika	23 653 440	6,8	11 599 491	2,4
dar. USA	18 008 315	5,5	9 830 119	2,3
Asien	30 633 031	7,0	30 663 439	12,2
dar. Volksrepublik China	13 257 655	7,1	12 652 753	5,7
Australien-Ozeanien	1 378 623	- 6,6	132 186	7,9
Verschiedenes ¹	114 026	•	16	•
Insgesamt	159 791 085	4,9	148 474 595	8,2
dar. Personenkraftwagen und Wohnmobile	30 983 272	- 5,3	8 591 445	- 3,3
Maschinen ²	26 258 854	12,1	16 240 651	7,4
Fahrgestelle, Karosserien, Motoren ³	12 754 357	4,7	12 836 159	7,0
Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung	9 515 363	8,1	9 629 237	9,9
Elektronische Bauelemente	2 559 104	- 1,5	9 702 970	13,4
Mess-, steuerungs- und regeltechnische Erzeugnisse	5 761 069	8,0	2 861 396	13,6
Erdöl und Erdgas	686	109,8	7 856 139	6,4

¹ Schiffs- und Flugzeugbedarf, hohe See, nicht ermittelte Länder und Gebiete.

² Warengruppen und -untergruppen der Ernährungswirtschaft und der Gewerblichen Wirtschaft (EGW Rev. 2002) EGW841 bis EGW859.

³ Fahrgestelle, Karosserien, Motoren, Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge und dergleichen.



Tourismus, Gastgewerbe

Zahl der Gästeankünfte und Übernachtungen in Bayern im Oktober 2017 jeweils um gut zwei Prozent gestiegen

Nach vorläufigen Ergebnissen der Monatserhebung im Tourismus, stieg die Zahl der Gästeankünfte der gut 11 800 geöffneten Beherbergungsbetriebe* in Bayern im Oktober 2017 gegenüber dem Vorjahresmonat um 2,4% auf knapp 3,4 Millionen. Die Zahl der Übernachtungen erhöhte sich zeitgleich um 2,5% auf nahezu 8,6 Millionen.

Gut 2,6 Millionen Gäste kamen im Oktober 2017 aus Deutschland (+0,8%), sie hatten knapp 7,0 Millionen Übernachtungen gebucht (+0,9%). Die gut 750 000 ausländischen Gäste (+8,2%) übernachteten fast 1,6 Millionen Mal

(+10,4%) in einem bayerischen Beherbergungsbetrieb.

Die höchsten Zuwächse verbuchten im Oktober 2017 die Regierungsbezirke Oberbayern (Gästeankünfte: +4,2%; Übernachtungen: +4,8%) und Schwaben (Gästeankünfte: +4,3%; Übernachtungen: +1,9%). In Niederbayern, der Oberpfalz und in Mittelfranken nahm die Zahl der Gästeankünfte und der Übernachtungen ebenfalls zu. Unterfranken zählte mehr Übernachtungen, jedoch weniger Gästeankünfte. In Oberfranken ging die Zahl der Gästeankünfte und der Übernachtungen

zurück. Von Januar bis Oktober 2017 erhöhte sich die Zahl der Gästeankünfte in Bayern gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,6% auf rund 32,3 Millionen, die Zahl der Übernachtungen wuchs um 3,3% auf knapp 82,5 Millionen.

* Geöffnete Beherbergungsstätten mit zehn oder mehr Gästebetten, einschließlich geöffnete Campingplätze mit zehn oder mehr Stellplätzen.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Tourismus in Bayern im Oktober und Sommerhalbjahr 2017“ (Bestellnummer: G41003 201710, Preis der Druckausgabe 17,60 €).*

Bayerns Fremdenverkehr im Oktober und von Januar bis Oktober 2017 Vorläufige Ergebnisse

Betriebsart ——— Herkunft ——— Gebiet	Oktober				Januar bis Oktober			
	Gästeankünfte		Gästeübernachtungen		Gästeankünfte		Gästeübernachtungen	
	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahresmonat in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent	insgesamt	Veränderung zum Vorjahreszeitraum in Prozent
Hotels	1 795 918	4,8	3 768 500	5,5	16 532 613	6,6	34 106 180	5,0
Hotels garnis	547 459	3,1	1 249 489	4,3	5 173 822	5,1	11 767 415	4,5
Gasthöfe	337 967	0,5	710 053	0,1	3 316 080	1,2	6 793 607	0,4
Pensionen	133 347	- 2,1	403 508	- 0,8	1 319 898	- 1,1	3 974 059	- 0,1
Hotellerie zusammen	2 814 691	3,6	6 131 550	4,1	26 342 413	5,2	56 641 261	4,0
Jugendherbergen und Hütten ...	103 228	- 4,2	233 215	- 1,9	1 029 197	2,0	2 266 361	1,6
Erholungs-, Ferien-, Schulungsheime	163 052	- 2,1	432 027	- 4,2	1 325 049	- 0,2	4 015 087	- 1,2
Ferienzentren, -häuser, -wohnungen	150 914	- 7,7	720 207	- 2,9	1 413 611	1,5	7 324 254	1,4
Campingplätze	112 049	4,0	356 605	9,8	1 781 845	4,5	5 454 335	6,4
Vorsorge- und Reha-Kliniken	40 136	- 6,3	702 647	- 2,9	408 960	1,2	6 784 726	0,3
Insgesamt	3 384 070	2,4	8 576 251	2,5	32 301 075	4,6	82 486 024	3,3
davon aus dem								
Inland	2 627 198	0,8	6 993 085	0,9	24 147 841	3,4	65 910 111	2,1
Ausland	756 872	8,2	1 583 166	10,4	8 153 234	8,5	16 575 913	7,9
davon Oberbayern	1 542 136	4,2	3 567 857	4,8	14 890 079	6,7	34 995 472	5,3
darunter München	707 845	7,2	1 452 296	11,5	6 497 352	9,9	13 126 582	10,8
Niederbayern	300 455	0,2	1 144 971	2,0	2 739 412	1,4	10 525 736	1,1
Oberpfalz	189 988	0,6	492 009	0,8	1 795 904	2,3	4 636 293	1,9
Oberfranken	191 764	- 2,0	480 586	- 3,3	1 806 380	0,6	4 427 982	0,6
Mittelfranken	356 137	0,3	725 966	0,8	3 474 605	3,2	7 063 305	2,5
darunter Nürnberg	164 913	1,9	297 696	0,7	1 530 068	6,1	2 729 214	3,2
Unterfranken	278 770	- 1,8	681 440	0,8	2 576 230	1,9	6 203 544	1,1
Schwaben	524 820	4,3	1 483 422	1,9	5 018 465	5,0	14 633 692	2,7



Straßen- und Schienenverkehr

Knapp sieben Prozent weniger Verunglückte im Straßenverkehr in Bayern im Oktober 2017

Die Zahl der Straßenverkehrsunfälle sank im Oktober 2017 um 1,5% im Vergleich zum Vorjahresmonat. Nach vorläufigen Ergebnissen registrierte die Polizei 34 724 Unfälle (Oktober 2016: 35 245). Bei diesen Unfällen kam es in 4 323 Fällen zu einem Personenschaden – gegenüber Oktober 2016 ein Rückgang um 4%.

Die Zahl der Verunglückten betrug im Oktober 2017 insgesamt 5 652 Verkehrsteilnehmer und lag damit 6,9% unter dem Vorjahresmonat. Es ereigneten sich 55 Todesfälle (-1,8%), 860 Personen wurden schwer (-7,3%) und 4 737 leicht verletzt (-6,9%).

Von Januar bis Oktober 2017 ereigneten sich 333 110 Unfälle und damit 0,4% mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Anzahl der Verunglückten sank um 4,8% auf 59 094.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Straßenverkehrsunfälle in Bayern im Oktober 2017“ (Bestellnummer: H110C 201710, nur als Datei).*

Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Bayern im Oktober und von Januar bis Oktober 2017								
Vorläufige Ergebnisse								
Unfälle —— Verunglückte	Oktober		Veränderung		Januar bis Oktober		Veränderung	
	2017	2016 ¹			2017	2016 ¹		
	Anzahl		%		Anzahl		%	
Straßenverkehrsunfälle insgesamt	34 724	35 245	- 521	- 1,5	333 110	331 714	1 396	0,4
dav. Unfälle mit Personenschaden	4 323	4 502	- 179	- 4,0	44 937	46 831	- 1 894	- 4,0
Unfälle mit nur Sachschaden	30 401	30 743	- 342	- 1,1	288 173	284 883	3 290	1,2
dav. schwerwiegende Unfälle mit Sachschaden im engeren Sinne	767	826	- 59	- 7,1	7 569	8 526	- 957	- 11,2
sonstige Sachschadensunfälle unter dem Einfluss berauschender Mittel	133	187	- 54	- 28,9	1 685	1 620	65	4,0
übrige Sachschadensunfälle	29 501	29 730	- 229	- 0,8	278 919	274 737	4 182	1,5
dav. innerhalb von Ortschaften	18 622	19 199	- 577	- 3,0	179 172	177 674	1 498	0,8
außerhalb von Ortschaften	8 535	8 346	189	2,3	77 421	75 532	1 889	2,5
auf Autobahnen	2 344	2 185	159	7,3	22 326	21 531	795	3,7
Verunglückte insgesamt	5 652	6 074	- 422	- 6,9	59 094	62 045	- 2 951	- 4,8
dav. Getötete	55	56	- 1	- 1,8	514	539	- 25	- 4,6
Verletzte	5 597	6 018	- 421	- 7,0	58 580	61 506	- 2 926	- 4,8
dav. Schwerverletzte	860	928	- 68	- 7,3	9 810	10 084	- 274	- 2,7
Leichtverletzte	4 737	5 090	- 353	- 6,9	48 770	51 422	- 2 652	- 5,2

1 Endgültige Ergebnisse.



Preise und Preisindizes

Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden in Bayern im November 2017

Der Preisindex für den Neubau von Wohngebäuden in Bayern erreichte im November 2017 einen Stand von 118,9 (2010 = 100). Im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresmonat bedeutet dies eine durchschnittliche Preissteigerung von 3,7%.

Im Bereich der Rohbauarbeiten stiegen die Preise im Vorjahresver-

gleich um 4,0%. Die höchsten Zuwachsraten waren binnen Jahresfrist bei Gerüstarbeiten (+10,6%) sowie bei Erdarbeiten (+6,6%) zu verzeichnen.

Bei den Ausbauarbeiten erhöhten sich die Preise gegenüber November 2016 um 3,3%. Dabei war die Preisentwicklung der einzelnen Bauarbeiten zum Teil unter-

schiedlich. Überdurchschnittlich erhöhten sich die Preise für Wärmedämm-Verbundsystemarbeiten (+6,3%) sowie für Arbeiten an vorgehängten hinterlüfteten Fassaden (+6,0%), während die Preise für Fliesen- und Plattenarbeiten nur um 0,9% stiegen.

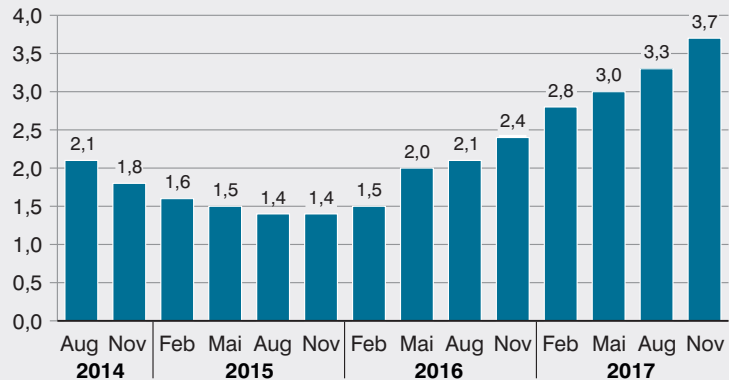
Hinweis

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Preisindizes für Bauwerke – 4. Vierteljahr 2017“ (Bestellnummer: M14003 201744, Preis der Druckausgabe 5,10 €).*

Preisindex für Wohngebäude in Bayern von August 2014 bis November 2017

Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in Prozent
(2010 = 100)



Verdienste und Arbeitszeiten

Bruttoverdienste in Bayern im dritten Quartal 2017 um 1,9% höher als im Vorjahresquartal

In Bayern lag der Bruttomonatsverdienst (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im dritten Quartal 2017 im Durchschnitt bei 3 946 Euro. Die durchschnittlich bezahlte wöchentliche Arbeitszeit betrug 39,2 Stunden.

Zwischen den einzelnen Branchen bestanden größere Unterschiede im Verdienstniveau. Auf Ebene der Wirtschaftsabschnitte reichte die Spanne des durchschnittlichen Bruttomonatsverdienstes von 2 439 Euro im Gastgewerbe bis hin zu 5 181 Euro, die bei der Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen erzielt wurden. In dem für Bayern wirt-

schaftlich bedeutsamen Bereich des Verarbeitenden Gewerbes fielen die Bruttomonatsverdienste mit 4 293 Euro überdurchschnittlich hoch aus. Hierunter fällt unter anderem der Wirtschaftszweig „Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen“, in dem Vollzeitbeschäftigte im dritten Quartal 2017 durchschnittlich auf 5 117 Euro brutto pro Monat kamen.

Gemessen am Index der Bruttomonatsverdienste (ohne Sonderzahlungen) der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer war gegenüber dem Vorjahresquartal ein Verdienstzuwachs in Höhe von 1,9% zu verzeichnen. Im Dienstleistungs-

bereich wurde dabei eine etwas höhere Steigerungsrate als im Produzierenden Gewerbe festgestellt (1,9% gegenüber 1,8%).

Hinweis

Diese Zahlen sind Ergebnisse der vierteljährlich durchgeführten Verdiensterhebung. In einer repräsentativen Stichprobe werden rund 5 000 bayerische Betriebe (und andere örtliche Einheiten wie Niederlassungen von Körperschaften, Stiftungen etc.) aus nahezu allen Branchen der gesamten Wirtschaft mit Ausnahme der Land- und Forstwirtschaft sowie der privaten Haushalte befragt.

Regionalisierte Zahlen stehen nicht zur Verfügung.

Ausführliche Ergebnisse enthält der Statistische Bericht „Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und Dienstleistungsbereich in Bayern im 3. Quartal 2017“ (Bestellnummer: N1100C 201743, nur als Datei).*

* Alle Statistischen Berichte (meist PDF- und Excel-Format) und ausgewählte Publikationen (Informationelle Grundversorgung) sind zum kostenlosen Download verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen. Soweit diese Veröffentlichungen nur als Datei angeboten werden, ist auf Anfrage ein kostenpflichtiger Druck möglich. Bestellmöglichkeit für alle Veröffentlichungen: Siehe Umschlagseiten 2 und 3.

In memoriam Dr. Peter Bauer



Im Alter von 74 Jahren verstarb am 2. Januar 2018 Herr Dr. Peter Bauer, ehemaliger Präsident des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung. Er wurde im engsten Familienkreis in Bad Wörishofen beigesetzt. Mit ihm verliert der Freistaat Bayern eine hoch geschätzte Persönlichkeit, die sich in unermüdlichem Einsatz und mit hervorragenden Leistungen über Jahrzehnte um die amtliche Statistik und die Informations- und Kommunikationstechnik im Freistaat Bayern verdient gemacht hat.

Dr. Peter Bauer wurde am 27. Mai 1943 in Kaufbeuren geboren. Er studierte Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Nach erfolgreichem Abschluss im Jahr 1969 war er über acht Jahre lang als wissenschaftlicher Assistent an den Instituten für Statistik der Universitäten Mannheim und München tätig. Während dieser Zeit promovierte er

zum Thema „Prognose von Konjunkturtest-Salden mit Hilfe eines modifizierten Markoff-Verfahrens: Eine empirische Untersuchung, durchgeführt mit Konjunkturtest-Daten für den Werkzeugmaschinenbau des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung München“ mit ausgezeichnetem Erfolg zum Doktor der Staatswissenschaften (doctor rerum politicarum).

Am 1. März 1978 trat Dr. Bauer eine Stelle als wissenschaftlicher Assistent beim Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung an und wurde 1979 zum Regierungsrat ernannt. Zunächst arbeitete er in den Bereichen „Mathematisch-statistische Methoden“ und „Grafische Datenverarbeitung“, wo er sich insbesondere bei der Durchführung von Wahlen bleibende Verdienste erwarb. So gehen die Großtests, mit denen vor jeder landesweiten Wahl die im Landesamt zur Ergebnisermittlung am Wahlabend eingesetzten Programme auf alle nur denkbaren Szenarien systematisch getestet werden, maßgeblich auf seine Initiative zurück.

Von 1992 bis 1995 leitete Dr. Bauer die Abteilung III – Landwirtschaftsstatistik. Während dieser Zeit begann er – mit großer Eigeninitiative und gegen Widerstände im Bundeslandwirtschaftsministerium und im Statistischen Bundesamt – damit, bei Erhebungen in der Landwirtschaft Verwaltungsdaten aus dem Integrierten Verwaltungs- und Kontrollsystem (InVeKos), einem Beihilfesystem der EU, zu nutzen.

1995 übernahm er die Abteilung VIII – Information und Kommunikation, damals noch dem Vollzug des EDV-Gesetzes gewidmet. Da Dr. Bauer stets auf Praxisnähe bedacht war, machte er sich immer ein eigenes Bild von der Sache: Um den Weg von der Gewerbeanmeldung bei einer Gemeinde bis in die Fachabteilung im Landesamt zu verfolgen, meldete er selbst ein Gewerbe an seinem Wohnort Bad Wörishofen an. Das Schreibmaschinen-Formular des Beamten hatte zwölf Durchschläge für sämtliche zu benachrichtigenden Ämter. Um dies zu ändern, entwickelte Dr. Bauer ein Verfahren, mit dem es möglich ist, ein Gewerbe am PC von zu Hause aus anzumelden – elektronisch und ohne Papier, das heutige GEWAN, das als eines der ersten eGovernment-Verfahren Ende der 1990er-Jahre erfolgreich eingeführt wurde.

Aufgrund seiner Führungsqualitäten wurde Dr. Bauer bereits am 9. September 1992 mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Vizepräsidenten beauftragt und 1996 zum Vizepräsidenten ernannt. 2002 trat er die Nachfolge von Wolfgang Kupfahl als Präsident des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung an und wirkte dort bis zu seinem Ruhestand am 31. Mai 2008.

Standen zu Beginn seiner Tätigkeit im Landesamt die methodischen Fragen im Vordergrund, so waren es gegen Ende vor allem Fragen der Organisation der Statistikprozesse und der Bund-Länder-Zusammenarbeit. Als engagierter Streiter für die föderale Aufgabenteilung im statistischen Verbund setzte er sich für eine effiziente, kompetente und wirtschaftliche Zusammenarbeit der statistischen Ämter nach dem Grundsatz „Ein oder einige für alle“ ein. Die Einführung des Patenlandprinzips geht ganz wesentlich auf seine Initiative zurück. Er erreichte große Fortschritte mit der Vereinbarung über die Zentrale Produktion und Datenhaltung in der amtlichen Statistik. Ein gutes Beispiel stellt der Verbraucherpreisindex dar, wo das Landesamt seit 2008 die IT-Produktion für die anderen Landesämter übernommen hat. Dr. Bauer war einer der Initiatoren des Forschungsdatenzentrums der statistischen Ämter der Länder und warb für die Nutzung der Daten der amtlichen Statistik in der Wissenschaft. In seine Amtszeit fiel u. a. die Einführung von Internet- und Online-Erhebungsbögen für das Projekt eGovernment und die „Interaktive Karte“.

Dr. Bauer setzte zu Beginn seiner Amtszeit als Präsident die Organisationsreform des Landesamts beherzt um und stärkte die Außenstelle in Schweinfurt. Dank seines unermüdlichen Engagements konnte das Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung wichtige IT-Basisaufgaben für den ganzen Freistaat erfüllen, wie sie in der damaligen IuK-Zuständigkeitsverordnung beschrieben wurden. Unter seiner Ägide wurde das Rechenzentrum Süd 2006 beim Landesamt eingerichtet. In seine Amtszeit fiel auch die Suche nach einem neuen Standort für das Landesamt, der dann in der St.-Martin-Straße in München gefunden wurde, und der Start zweier großer Projekte, an denen das Landesamt maßgeblich beteiligt war: das Projekt „Amtliche Schulverwaltung (ASV) / Amtliche Schuldaten (ASD)“ und der Zensus 2011. In beiden Projekten übernahm das Landesamt fachlich und in der IT zentrale Aufgaben.

Während seiner gesamten beruflichen Tätigkeit widmete er sich dem für die amtliche Statistik entscheidenden und komplexen Thema der statistischen Geheimhaltung; er war jahrelang Vertreter des Bundesrates in der für die statistische Geheimhaltung zuständigen EU-Ratsarbeitsgruppe.

Dr. Bauer war zudem auch in besonderen Situationen immer gut gewappnet: Im Herbst 2005 trat er beispielsweise eine Chinareise mit einigen Amtsleiterkollegen im Verbund an, mit der Zielsetzung, den Erfahrungsaustausch zwischen deutschen und chinesischen Statistikern zu intensivieren und gemeinsame Projekte zu verabreden. Hierfür bereitete er sich mit einem China-Kompakt-Sprachen-Kurs vor und begeisterte damit nicht nur die chinesischen Statistiker, sondern auch die erstaunten Kollegen.

Wir gedenken Herrn Dr. Bauer in großer Dankbarkeit und Trauer.



Präsident Dr. Peter Bauer bei seiner Abschiedsfeier am 9. April 2008 mit Staatsminister Joachim Herrmann ...



... und im Kreise der ehemaligen Präsidenten, Rudolf Giehl (l.) und Wolfgang Kupfahl (r.), mit seinem Amtsnachfolger Karlheinz Anding.



Dr. Bauer gratuliert Präsident Dr. Thomas Göbl und seiner Ehefrau Suzanne Göbl zu seiner Amtseinführung am 2. März 2017 ...



... und nimmt, zusammen mit Herrn Giehl, an den Feierlichkeiten teil.

**Neue Vizepräsidentin beim Bayerischen Landesamt für Statistik:
Der bisherige „Vize“ Herr Georg Luber wurde in den Ruhestand
verabschiedet, seine Nachfolgerin ist Frau Anna Staudhammer**

Wechsel beim Bayerischen Landesamt für Statistik: Der bisherige Vizepräsident, Herr Georg Luber, wurde am 15. Dezember 2017 mit Wirkung zum 1. Januar 2018 in den Ruhestand verabschiedet. Gleichzeitig wurde in Anwesenheit von Frau Ministerialdirigentin Maria Els Frau Anna Staudhammer als seine Nachfolgerin in das Amt eingeführt. Herr Luber war seit 1. November 2005 im Landesamt als Abteilungsleiter „Zentrale Angelegenheiten“ tätig und seit 1. Januar 2014 dessen Vizepräsident, Frau Staudhammer ist seit 1. Januar 1991 im Landesamt und leitet die Abteilung „Bereichskoordination Statistik, Statistische Grundsatz- und Querschnittsaufgaben, Qualität, Statistik-IT“.



Herr Georg Luber zwischen seiner Nachfolgerin, Frau Anna Staudhammer (links), und der Festrednerin, Frau Maria Els.

Am 15. Dezember 2017 wurde Herr Georg Luber, bisheriger Vizepräsident des Bayerischen Landesamts für Statistik, in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Im Beisein von Frau Ministerialdirigentin Maria Els, Abteilungsleiterin im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr, wurde Herr Luber mit einem Festakt geehrt, zu dem der Präsident des Landesamts, Herr Dr. Thomas Gößl, zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Verwaltung, Behörden und amtlicher Statistik in Fürth begrüßen konnte. Anwesend waren auch die ehemalige Präsidentin des Landesamts für Statistik, Frau Marion Frisch, sowie ihre Vorgänger Herr Karlheinz Anding und Herr Rudolf Giehl. Herr Luber, gleichzeitig langjähriger Leiter der Abteilung 1 „Zentrale Angelegenheiten“, scheidet zum Jahreswechsel aus dem aktiven Dienst aus und erhielt in Anerkennung seiner Verdienste im Namen des Bayerischen Staatsministers des Innern, für Bau und Verkehr einen Löwen aus Porzellan als Abschiedsgeschenk überreicht. Die musikalische Umrahmung übernahm die Tanzmusik des Polizeiorchesters Bayern unter der Leitung von Herrn Ulrich Trauner.



Präsident Dr. Thomas Gößl begrüßt die zahlreichen Gäste aus Politik, Verwaltung und Statistik.

Herr Luber trat seinen Dienst im August 1965 als Lehrling beim Landkreis Amberg an. Am Landratsamt Amberg durchlief er auch die Ausbildung für den mittleren nichttechnischen Verwaltungsdienst. Danach war er bis zur Zulassung zum Aufstieg in den gehobenen Dienst bei der Regierung der Oberpfalz und dort auch wieder nach der Aufstiegszeit beim Landratsamt Regensburg tätig. Mit Beginn des Jahres 1980 erfolgte die Versetzung in das Bayerische Staatsministerium des Innern und dort der Aufstieg in den höheren Dienst. Am 1. November 2005 wechselte Herr Luber an das Bayerische Landesamt für Statistik und leitete seitdem die Abteilung 1 „Zentrale Angelegenheiten“. Seit 1. Januar 2014 war Herr Luber auch Vizepräsident



Ministerialdirigentin Maria Els begrüßt die zahlreichen Gäste.



Frau Ministerialdirigentin Maria Els überreicht Herrn Luber im Namen des Bayerischen Innenministers eine Urkunde und einen Porzellanlöwen als Abschiedsgeschenk.

des Landesamts, seine Ernennungsurkunde erhielt er aus den Händen von Herrn Staatsminister Joachim Herrmann in der Dienststelle Fürth. Nach drei Verlängerungen seiner Dienstzeit tritt Herr Luber zum 1. Januar 2018 in den Ruhestand. Frau Ministerialdirigentin Maria Els würdigte die herausragenden Leistungen von Herrn Georg Luber mit den Worten „Sie waren ein Beamter, auf den der Freistaat Bayern nur stolz sein kann“.



Staatsminister Joachim Herrmann händigte am 30. Dezember 2013 in der Dienststelle Fürth Abteilungsdirektor Georg Luber die Ernennungsurkunde zum Vizepräsidenten aus.



Frau Anna Staudhammer wird mit einem Blumenstrauß als neue Vizepräsidentin begrüßt.

Zur neuen Vizepräsidentin wurde Frau Anna Staudhammer ernannt, als Abteilungsleiterin für „Bereichskoordination Statistik, Statistische Grundsatz- und Querschnittsaufgaben, Qualität, Statistik-IT“ zuständig für alle statistischen Grundsatzangelegenheiten des Landesamts. Sie trat ihren Dienst beim Landesamt am 1. Januar 1991 an, war in den Jahren 1998 bis 2000 maßgeblich am Aufbau der neuen Dienststelle in Schweinfurt beteiligt und wurde Anfang 2005 die erste weibliche Abteilungsleiterin im Landesamt. Seit September 2012 ist sie darüber hinaus auch Bereichsleiterin Statistik und seit Oktober 2016 stellvertretende Leiterin der Dienststelle München. Frau Ministerialdirigentin Maria Els wünschte Frau Staudhammer alles erdenklich Gute und viel Erfolg für die neuen Herausforderungen.

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Bayern und seinen Kreisen 1991 bis 2015

Dr. Tilman von Roncador

Das Verfügbare Einkommen (VEK) der privaten Haushalte ergibt sich aus den empfangenen Primäreinkommen (PEK) der privaten Haushalte durch Abzug der geleisteten laufenden Transfers (Steuern und Sozialabgaben) sowie der Hinzufügung von empfangenen laufenden Transfers. Damit spiegelt es, anders als das Primäreinkommen, das sich direkt aus der Beteiligung am Wirtschaftsprozess ergibt, das Einkommen wider, das den privaten Haushalten tatsächlich für Konsum und Ersparnisbildung zur Verfügung steht. Es ist somit ein wichtiger Wohlstandsindikator für Länder und kleinräumigere Regionen. Allerdings stellt das VEK keinen Indikator für die regionale Kaufkraft dar, da hierfür auch die regional unterschiedlichen Preisniveaus betrachtet werden müssten. Nachfolgend wird die Entwicklung des VEK in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern sowie in den bayerischen Kreisen dargestellt. Alle Angaben in nachfolgendem Aufsatz sind zu jeweiligen Preisen des genannten Jahres, die Daten sind also nicht preisbereinigt.

Die Entwicklung des Verfügbaren Einkommens in Bayern und Deutschland 1991 bis 2015

Das Verfügbare Einkommen (VEK) der privaten Haushalte erhöhte sich in den Jahren zwischen 1991 und 2015 in Bayern in jeweiligen Preisen von rund 163,7 Milliarden Euro auf 302,1 Milliarden Euro. Dies entspricht einer Zunahme um insgesamt 84,5% oder durchschnittlich 2,6% jährlich. Damit hat Bayern im Vergleich zu Deutschland und den alten Bundesländern (ohne Berlin) überdurchschnittlich abgeschnitten. Dort betrugen die Gesamtzunahmen lediglich 75,5% und 71,6%, was jahresdurchschnittlichen Zuwächsen von 2,4% und 2,3% entspricht. In den neuen Bundesländern (ohne Berlin) hat das Verfügbare Einkommen hingegen seit 1991 insgesamt um 118,7% bzw. mit einer Jahresdurchschnittsrate von 3,3% zugenommen. Diese überdurchschnittliche Zunahme ist jedoch vor allem auf das starke Wachstum in den ersten Jahren zurückzuführen. Allein zwischen 1991 und 1995 legte das Verfügbare Einkommen dort um 52,2% zu. Eine auf dem Niveau des Jahresdurchschnitts von 3,3% liegende Zunahme wurde zuletzt im Jahr 2001 erreicht. Seit dem

Jahr 2003 erhöhte sich das VEK in den neuen Bundesländern mit Ausnahme der Jahre 2009 und 2013 stets schwächer als in den alten Bundesländern.

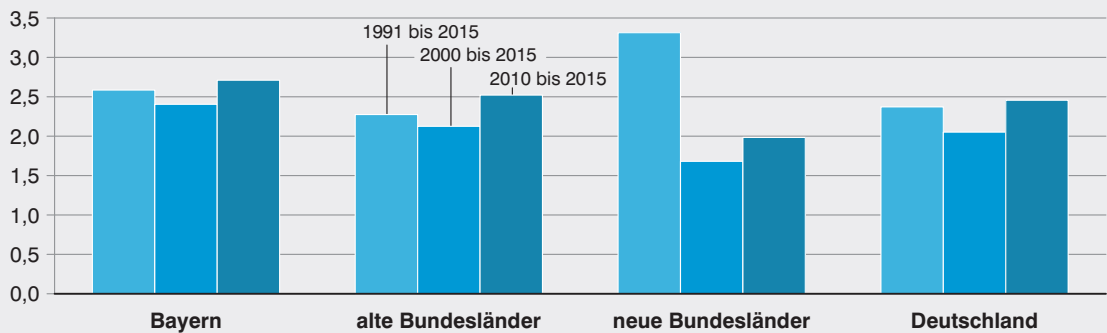
Dies wird auch bei einem Vergleich der durchschnittlichen Wachstumsrate im Zeitraum 1991 bis 2015 mit verkürzten Zeiträumen deutlich. Sowohl im Zeitraum 2000 bis 2015 als auch 2010 bis 2015 ist die Entwicklung in den neuen Bundesländern schwächer als in den alten (vgl. Abbildung 1). Der Zuwachs von Bayern war in allen drei betrachteten Zeiträumen überdurchschnittlich. Der mittellange Zeitraum von 2000 bis 2015 weist die jeweils niedrigsten jahresdurchschnittlichen Zuwächse auf. Dies liegt an der Rezession von 2009, die hier ein höheres Gewicht hat als im Zeitraum 1991 bis 2015, bzw. im kurzen Zeitraum 2010 bis 2015 gar nicht mehr enthalten ist.

Verfügbares Einkommen und Primäres Einkommen in Bayern

Das Primäre Einkommen (PEK) der privaten Haushalte ist das Ausgangsaggregat für die Berechnung des VEK. Es ergibt sich durch die Teilnahme von Erwerbs-

Abb. 1

Jahresdurchschnittliche Veränderungsrate des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in Bayern, Deutschland sowie den alten und neuen Bundesländern 1991 bis 2015, 2000 bis 2015 und 2010 bis 2015 in Prozent



tätigen und Anlegern am Wirtschaftsprozess. Es lässt sich aufteilen in Arbeitnehmerentgelt, Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen sowie Saldo der Vermögenseinkommen. Zu Letzterem gehören beispielsweise Zinseinkünfte und Dividenden. In den Jahren von 1991 bis 2005 haben sich die Anteile am gesamten PEK zugunsten des Saldos der Vermögenseinkommen und zulasten des Arbeitnehmerentgelts und des Betriebsüberschusses/Selbstständigeneinkommens verschoben (vgl. Abbildung 2). In Bayern stieg der Anteil des Vermögenseinkommens in diesem Zeitraum von 16,2% auf 21,4%, während sowohl der Anteil des Arbeitnehmerentgelts von 69,0% auf 66,9% als auch der des Betriebsüberschusses von 14,8% auf 11,7% fiel.

19,0%. Der Anteil des Arbeitnehmerentgelts stieg im Jahr 2015 auf 70,7% und übertraf damit seinen Ausgangswert von 1991. Weiter gefallen ist im selben Zeitraum hingegen der Anteil des Betriebsüberschusses/Selbstständigeneinkommens auf 10,3%.

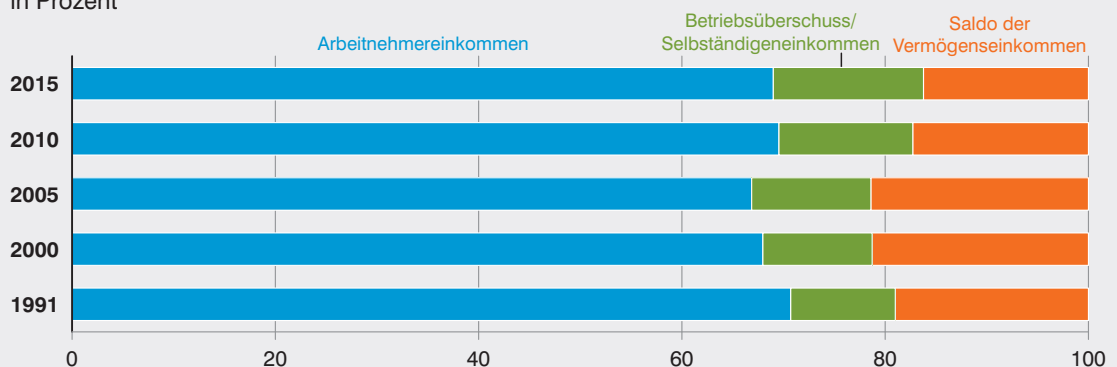
Die hier beschriebene funktionelle Einkommensverteilung kann nur eingeschränkt Aussagen zur personellen Einkommensverteilung liefern, die sich mit der Einkommensverteilung bestimmter sozioökonomischer Gruppen befasst. Dies liegt vor allem daran, dass Mitglieder der in der personellen Einkommensverteilung betrachteten Gruppen auch unterschiedliche Einkommensarten beziehen können.¹ Beispielsweise können Geringverdiener auch Unternehmenseinkommen oder Vermögenseinkommen beziehen. Umgekehrt können sich auch bei gleichbleibenden Anteilen der funktionalen Einkom-

¹ Zu den Begriffen der Einkommensverteilung vgl. Blümle, G., Theorie der Einkommensverteilung, Heidelberg 1975, S. 10 ff.

Nach 2005 drehte sich diese Tendenz wieder. Der Anteil der Vermögenseinkommen fiel bis 2015 auf

Abb. 2

Anteile von Arbeitnehmerentgelten, Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen und Saldo der Vermögenseinkommen am Primären Einkommen der privaten Haushalte in Bayern 1991, 2000, 2005, 2010 und 2015 in Prozent



menskategorien Änderungen in der personellen Einkommensverteilung ergeben, wenn beispielsweise innerhalb der Arbeitnehmerinnen über längere Zeit die Mitglieder der höheren Einkommensgruppen größere Einkommenszuwächse erhalten als die der niedrigeren.² Zudem ist auch der Anteil der Selbstständigen bzw. nicht selbstständigen Beschäftigten jeweils zu berücksichtigen. Der rückläufige Anteil der Selbstständigeinkommen ist zum Teil auch auf den rückläufigen Anteil der Selbstständigen an allen Erwerbstätigen zurückzuführen.

Dennoch ist der Anstieg der Vermögenseinkommen ein gewisses Indiz für eine steigende Ungleichheit in der personellen Einkommensverteilung. Diese wurde für den Zeitraum des steigenden Anteils der Vermögenseinkommen bis 2005 auch in Panelstudien belegt.³

Vom Primären zum Verfügbaren Einkommen

Wie oben erwähnt, ergibt sich das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte aus dem Primären Einkommen durch den Abzug von Steuern und Sozialabgaben sowie der Addition von Transfers an die privaten Haushalte. Diese einzelnen Größen haben sich seit 1991 unterschiedlich entwickelt (vgl. Abbildung 3).

Das Primäre und das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte haben sich in Bayern verhältnismäßig gleichläufig entwickelt. Beide Zeitreihen wei-

sen seit 1991 einen weitgehend kontinuierlichen Zuwachs auf und sind, abgesehen von den Jahren 2009 und 2010, von konjunkturellen Schwankungen weitgehend verschont geblieben. Im Jahr 2015 lag das Primäre Einkommen bei 191 Indexpunkten, das Verfügbare Einkommen bei 185, jeweils bezogen auf 100 Indexpunkte im Jahr 1991.

Deutlich stärker haben die empfangenen monetären Sozialleistungen zugenommen. Von 1991 bis 2015 haben sie sich auf 212 Indexpunkte mehr als verdoppelt. Der größte Anteil an den Sozialleistungen fällt auf die Alters- und Hinterbliebenenversorgung. Diese stieg bis 2015 auf einen Indexstand von 228 und hat sich während des gesamten Zeitraums kontinuierlich ohne konjunkturelle Ausschläge erhöht. Hier spiegelt sich auch die Alterung der Gesellschaft wieder: Im Jahr 1991 hatte der Anteil der über 65-Jährigen an der bayerischen Gesamtbevölkerung bei 15,1 % gelegen. Im Jahr 2000 lag er bereits bei 16,2 %, 2015 bei 20,0 %.

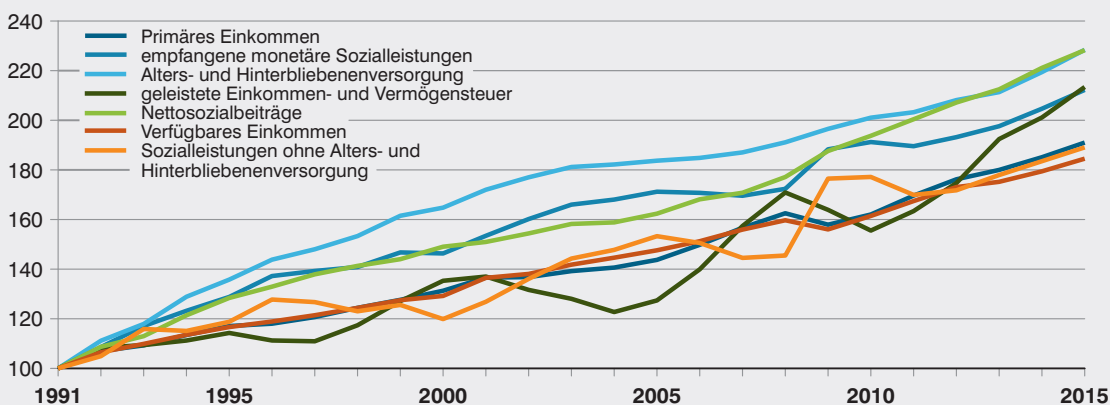
Die monetären Sozialleistungen ohne die Alters- und Hinterbliebenenversorgung haben weniger stark zugenommen als die Altersbezüge. Sie erreichten 2015 einen Indexstand von 189 und zeigen einen der konjunkturellen Entwicklung gegenläufigen Verlauf. Wegen höherer Aufwendungen für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen stiegen sie in den beiden Rezessionen von 2003 und 2009 überproportional an. In Phasen konjunktureller Aufschwünge, etwa zwi-

² Vgl. Brenke, K., Kritikos, A., Niedrige Stundenverdienste hinken bei der Lohnentwicklung nicht mehr hinterher, in DIW Wochenbericht Nr. 21/2017, S. 407ff.

³ Zur Entwicklung der Einkommensungleichheit vgl. Cremer, G., Armut in Deutschland, München 2016, S. 30ff.

Abb. 3

Primäres und Verfügbares Einkommen sowie Einkommen- und Vermögensteuern, Nettosozialbeiträge und empfangene monetäre Sozialleistungen in Bayern 1991 bis 2015
1991 = 100



schen 2005 und 2008 oder 2009 und 2012, gingen sie hingegen zurück bzw. wiesen einen stagnierenden Verlauf auf.

Denselben Indexstand wie die Alters- und Hinterbliebenenversorgung erreichten auch die Nettosozialbeiträge. Diese sind definiert als tatsächliche oder unterstellte Beiträge privater Haushalte zu Systemen der sozialen Sicherung, um Rückstellungen für die Zahlung von Sozialleistungen zu bilden.⁴ Die geleisteten Einkommen- und Vermögenssteuer kam im Jahr 2015 auf einen Indexstand von 213 Punkten und lag damit in etwa gleichauf mit der Entwicklung der monetären Sozialleistungen.

Insgesamt zeigte sich somit bei einem weitgehend gleichförmigen Verlauf von PEK und VEK eine überproportionale Entwicklung sowohl bei Steuern und

Sozialabgaben als auch bei den monetären Sozialleistungen. Die Bedeutung der staatlichen Umverteilung hat also insgesamt seit 1991 zugenommen.

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte als Wohlstandsindikator: Normierung auf die Bevölkerung

Das Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte ist ein guter Indikator für den Wohlstand in einer Region, da es angibt, wieviel Geld der Bevölkerung für Zwecke der Ersparnisbildung oder des Konsums zur Verfügung steht. Es ist jedoch von der Kaufkraft der Bevölkerung dieser Region zu unterscheiden, da in diese neben dem Einkommen auch das regionspezifische Preisniveau einfließt. Daten über unterschiedliche Preisniveaus sind in der amtlichen Statistik nicht verfügbar. Ein Haupteinflussfaktor auf die regionalen Preisniveaus dürfte jedoch bei den Mie-

4 Vgl. Eurostat (Hg.), Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen 2010, Luxemburg 2014, S. 126, Ziffer 4.91.

Abb. 4

Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns im Jahr 2015

Bayern \pm 100

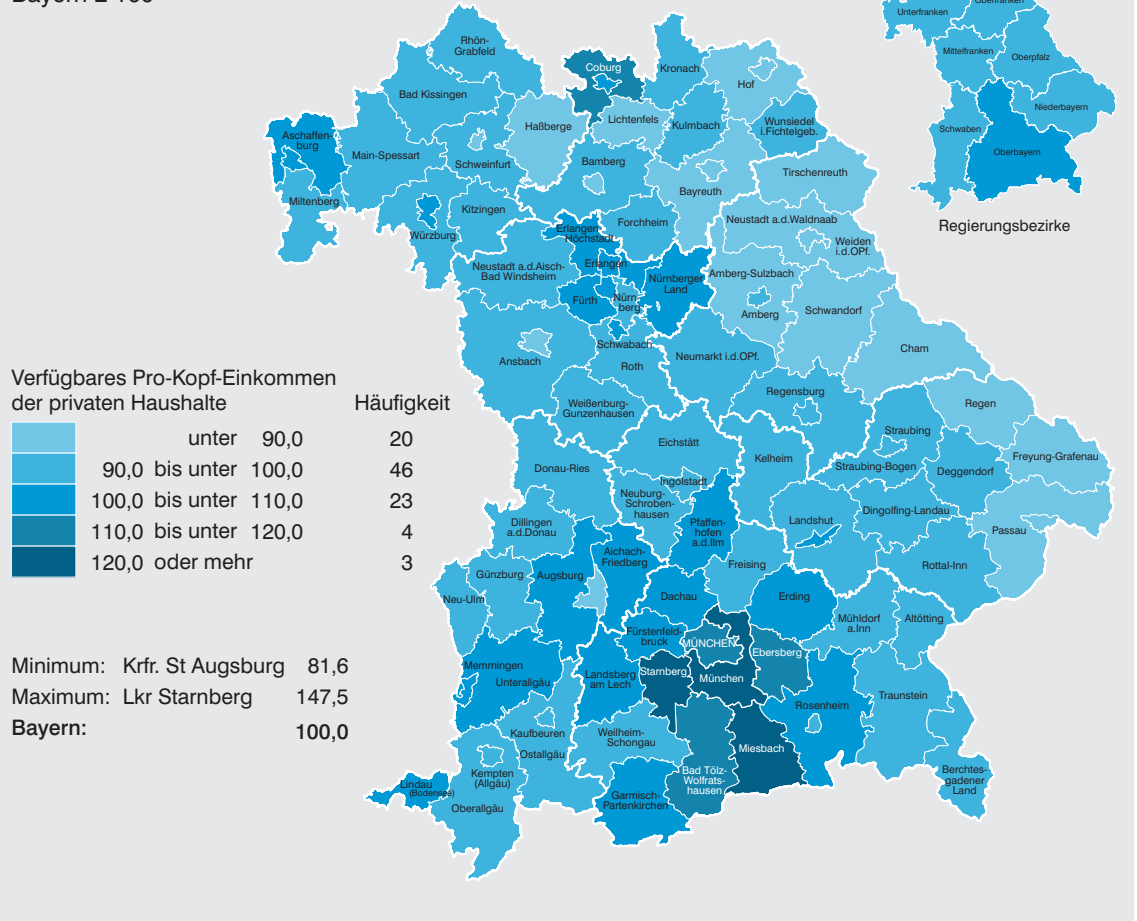
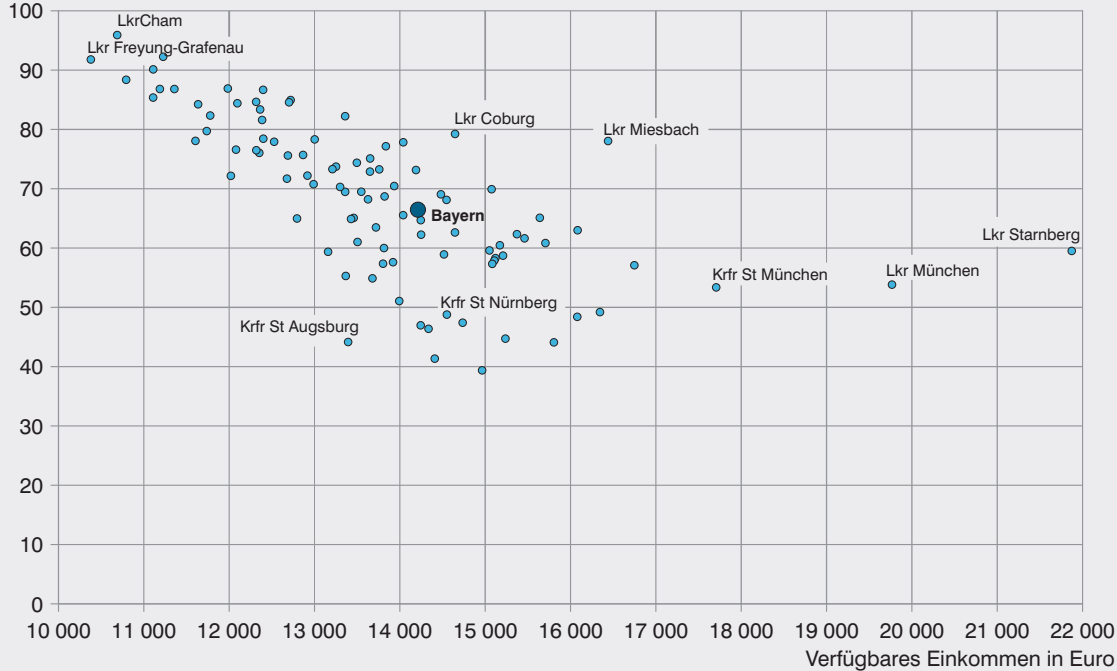


Abb. 5

Verfügbares Pro-Kopf-Einkommen 1991 und dessen Veränderung von 1991 bis 2015 in Bayern und in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Veränderung in Prozent



ten und Kaufpreisen für Wohnraum liegen. Eine höhere regionale Kaufkraft wird auch durch eine hohe Wohneigentumsquote begünstigt, sofern die Finanzierungskosten für Wohnraum unterhalb der Mieten liegen oder bereits getilgt sind. Dies ist vor allem beim Vergleich des Wohlstandes anhand des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte in Ballungszentren mit ländlichen Regionen zu beachten.

Der Vergleich von geographischen Einheiten unterschiedlicher Größe wie den Bundesländern oder Kreisen erfordert eine Normierungsgröße. Hierfür wird üblicherweise die Bevölkerung verwendet. Eine andere Normierungsgröße wäre beispielsweise die Fläche der Einheiten. Beim verfügbaren Einkommen ist die ansässige Bevölkerung eine sehr gute Normierungsgröße, da das VEK nach dem Wohnortprinzip berechnet wird, also keine Verzerrungen durch Pendlerströme auftreten.⁵

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte betrug im Jahr 2015 pro Kopf 23 658 Euro. Damit lag Bayern mit an der Spitze aller Bundesländer. Bundesweit lag es bei 21 583 Euro. Ein deutliches Gefäl-

le besteht nach wie vor zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Jeweils ohne Berlin betrachtet erreichten die Länder im früheren Bundesgebiet 22 312 Euro und im Beitrittsgebiet 18 465 Euro.

In den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns weisen die um Ballungszentren liegenden Landkreise oft ein verhältnismäßig hohes verfügbares Einkommen pro Kopf auf. Beispiele sind die Landkreise München und Starnberg sowie die um die Agglomeration Nürnberg-Erlangen-Fürth gelegenen Landkreise (vgl. Abbildung 4). Niedrige Werte befinden sich in den im ehemaligen Zonenrandgebiet an der Grenze zur Tschechischen Republik gelegenen Kreisen, aber auch in einigen kreisfreien Städten wie Augsburg, Schweinfurt oder Ansbach.

Konvergenz oder Divergenz der verfügbaren Einkommen je Person

Für das Ziel der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse in Bayern ist eine konvergente Entwicklung der bevölkerungsbezogenen Einkommen in den kreisfreien Städten und Landkreisen wünschenswert. Dabei wird unter einer konvergenten Entwicklung ein

⁵ Diese Verzerrung durch Pendler ist ein zentrales Problem bei kleinräumigen Analysen, die mit dem bevölkerungsbezogenen Bruttoinlandsprodukt, da das BIP am Arbeitsort ausgewiesen wird.

Aufholen der Kreise mit niedrigem Einkommen verstanden. Deren Pro-Kopf-Einkommen müssten also stärker wachsen als in Kreisen mit hohen Einkommen. Divergenz läge hingegen vor, wenn die Kreise mit hohen Einkommen den Abstand weiter vergrößern würden.

Nachfolgend wird für Bayern die Entwicklung im Zeitraum 1991 bis 2015 gezeigt (vgl. Abbildung 5). Auf der X-Achse sind die Pro-Kopf-Werte des verfügbaren Einkommens im Jahr 1991 als Ausgangswert für eine konvergente bzw. divergente Entwicklung abgetragen. Die Y-Achse beschreibt das gesamte Wachstum des verfügbaren Einkommens pro Kopf von 1991 bis 2015. Die Punkte im Diagramm stellen die beiden Werte für jeweils einen kreisfreie Stadt bzw. einen Landkreis dar.

Die Abbildung zeigt die Tendenz, dass die Kreise mit niedrigen Einkommen im Jahr 1991 eher stärkere Zunahmen in den Jahren 1991 bis 2015 aufweisen konnten. Beim bevölkerungsbezogenen Ver-

fügbaren Einkommen der privaten Haushalte gab es also in Bayern zwischen den Kreisen eher eine konvergente Entwicklung. Diese ist auch bei einer Verkürzung des Beobachtungszeitraums auf die Jahre 2000 bis 2015 zu beobachten.

Fazit

Im Vergleich zu den anderen Bundesländern ist das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte seit 1991 überdurchschnittlich angewachsen. Bezogen auf die Bevölkerung liegt es in Bayern im Vergleich zu den anderen Bundesländern überdurchschnittlich hoch, innerhalb von Bayern gibt es jedoch beträchtliche Unterschiede. Besonders hohe Einkommen finden sich in um Ballungsräumen gelegenen Landkreisen, eher niedrige in Kreisen des früheren Zonenrandgebietes an der Grenze zur Tschechischen Republik. Seit 1991 ist bei den Einkommen eine konvergente Entwicklung zwischen den Kreisen zu beobachten, die Niveaus haben sich also leicht angenähert.

Welche Erlöse werden in Verbraucherinsolvenzverfahren erzielt? – Ergebnisse aus der Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung in Bayern

Dr. Raimund Rödel

Wenn ein Unternehmen oder eine Privatperson zahlungsunfähig sind, werden die rechtlichen Folgen dieser Zahlungsunfähigkeit durch ein Insolvenzverfahren behandelt. Im Mittelpunkt eines Insolvenzverfahrens steht einerseits, den Gläubigerforderungen soweit wie möglich nachzukommen und andererseits eine Entschuldung im Verfahren zu ermöglichen. Die Insolvenzstatistik in Bayern betrachtet die beantragten Insolvenzverfahren, um die wirtschaftlichen Folgen einer Zahlungsunfähigkeit zu dokumentieren. Sie wird als typische Verlaufsstatisik geführt und erfasst damit Insolvenzverfahren von der Verfahrenseröffnung bis zum Abschluss des Verfahrens und einer möglichen Restschuldbefreiung. Im vorliegenden Beitrag werden vier Jahrgänge von eröffneten und mittlerweile beendeten Verbraucherinsolvenzverfahren seit dem Jahr 2009 ausgewertet. Als vereinfachte Verfahren werden Verbraucherinsolvenzverfahren relativ zügig abgeschlossen. Die Quoten, die bei der Deckung der Gläubigerforderungen erreicht wurden, werden für verschiedene Forderungsgrößenklassen und hinsichtlich ihrer regionalen Verteilung in den Kreisen Bayerns dargestellt.

Die Insolvenzstatistik zählt zu den bundesweit geführten Statistiken und beruht einerseits auf den Meldungen der Insolvenzgerichte zu den beantragten Insolvenzverfahren und andererseits auf den Meldungen der Insolvenzverwalterinnen und Insolvenzverwalter, Sachwalterinnen und Sachwalter sowie Treuhänderinnen und Treuhänder (kurz IST) über die finanziellen Ergebnisse von Insolvenzverfahren und zur Restschuldbefreiung. Als Wirtschaftsstatistik berichten sowohl die Statistik über die beantragten Insolvenzverfahren als auch die Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung zu den wirtschaftlichen Folgen von Insolvenzen. Von besonderem Interesse sind hierbei die Forderungshöhen (diese spiegeln die Höhe der Schulden wider) und die durch das Insolvenzverfahren befriedigten Ansprüche der Gläubiger [1]. Seit dem 1. Januar 2013 wird die Insolvenzstatistik durch das Insolvenzstatistikgesetz (InsStatG) geregelt, das mit dem Gesetz zur weiteren Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) vom 7. Dezember 2011 (BGBl. I Nr. 64 vom 13. Dezember 2011 S. 2582) beschlossen wurde. Das

InsStatG gilt in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Oktober 2016 (BGBl. I S. 2394), das zuletzt durch Artikel 10 Absatz 5 des Gesetzes vom 30. Oktober 2017 (BGBl. I S. 3618) geändert worden ist.

Ein Insolvenzverfahren beginnt regelmäßig mit dem Abschnitt des Eröffnungs- bzw. Antragsverfahrens. Dieser wird durch die amtliche Statistik in Form der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren dokumentiert. Zur Statistik über beantragte Insolvenzverfahren melden die 29 bayerischen Insolvenzgerichte dem Bayerischen Landesamt für Statistik monatlich, bei welchen der bearbeiteten Insolvenzanträge nach einem richterlichen Beschluss ein Verfahren eröffnet, mangels Masse abgewiesen oder durch die Annahme eines gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans (bei Verbraucherinnen und Verbrauchern sowie ehemals selbstständig tätigen Personen mit überschaubaren Vermögensverhältnissen) erledigt wurde. Neben einer Aussage zur Zahl der beantragten und eröffneten Verfahren werden hier auch Angaben zu

den voraussichtlichen Forderungshöhen der Insolvenzverfahren mitgeteilt.

Im zweiten Abschnitt eines Insolvenzverfahrens wird das per Beschluss eröffnete Verfahren bis zu einem Aufhebungsbeschluss des Insolvenzgerichts geführt, der typischerweise mit einem Schlusstermin und meist der Schlussverteilung endet. In diesem Schritt wird das Insolvenzverfahren durch die Tätigkeit der IST begleitet. Sie erfassen die Forderungen der Gläubiger, stellen die Insolvenzmasse fest und verteilen diese unter den Gläubigern, indem sie sämtliche schuldnerischen Vermögenswerte bewerten. Dieser Prozess umfasst gewöhnlich mehrere Jahre, vor allem wenn Immobilienvermögen zu berücksichtigen ist, umfangreichere Steuerforderungen anfallen oder wenn angemeldete Forderungen bestritten und daraufhin Feststellungsklagen durch die Gläubiger angestrengt werden.

Die finanziellen Ergebnisse von Insolvenzverfahren lassen sich somit erst nach Abschluss der gerichtlichen Ermittlungen der Gläubigerforderungen, der vorhandenen Teilungsmasse und deren Verteilung auf die Gläubiger absehen. Daher fließen die Ergebnismitteilungen von Insolvenzverfahren erst nach Verfahrensabschluss in die Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung ein und werden gemäß der Vorgabe des Insolvenzstatistikgesetzes durch die IST an die amtliche Statistik übermittelt.

Mit der Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung wird also über die identischen Insolvenzverfahren berichtet, deren Eröffnung zuvor Gegenstand der Statistik über beantragte Insolvenzverfahren des Bayerischen Landesamts für Statistik war. Jedoch können erst zu dem Zeitpunkt, wenn weitestgehend alle Verfahren eines Jahrganges mit eröffneten Insolvenzverfahren tatsächlich abgeschlossen sind, sinnvolle Aussagen zu den finanziellen Ergebnissen getroffen werden. Diese Tatsache liegt darin begründet, dass gerade die ergebnisrelevanten Insolvenzverfahren mit höheren Forderungen eine längere Laufzeit aufweisen.

Mit der Einführung des Insolvenzstatistikgesetzes im Jahr 2013 wurde daher mit § 6 InsStatG geregelt, dass rückwirkend die Meldungen für alle seit 2009

eröffneten Insolvenzverfahren zum statistischen Ergebnis über die beendeten Insolvenzverfahren beitragen. Mittlerweile liegen daher für das erste Eröffnungsjahr im Zyklus der Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung insgesamt acht dokumentierte Jahre mit Meldungen über beendete Verfahren vor. Für die folgenden Eröffnungsjahre verkürzt sich der Zeitraum der aktuell vorliegenden Jahre mit Meldungen über beendete Verfahren um jeweils ein Jahr.

Betrachtet man Jahr für Jahr den Anteil der Insolvenzverfahren eines Eröffnungsjahres, die bereits beendet wurden, so nimmt dieser Anteil erwartungsgemäß immer weiter zu. Zum Zeitpunkt der ersten vorläufigen Veröffentlichung von Ergebnissen der Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung, die genau jene Fälle umfasste, die im Jahr 2009 eröffnet und bis 2013 beendet wurden, waren in Bayern insgesamt 88,9% aller Insolvenzverfahren bereits beendet. Während jedoch nach vier Jahren für die (zahlenmäßig häufigeren) Verbraucherinsolvenzverfahren bereits eine Beendigungsquote von 96,7% zu verzeichnen war, lagen für die zu den Regelinsolvenzverfahren zählenden Unternehmensinsolvenzen nach vier Jahren für mehr als ein Drittel der Verfahren noch keine finanziellen Ergebnisse vor. Der Verband der Insolvenzverwalter Deutschlands bewertete die Angaben der bisher veröffentlichten Ergebnisse zu Unternehmensinsolvenzen daher zunächst skeptisch: „Fast 50 % der Verfahren wurden noch nicht abgeschlossen. Dies dürfte vor allem größere Verfahren mit komplexen Rechtsfragen betreffen, weshalb die Aussagekraft dieser Statistik nicht stark ist. In einer Gesamtbetrachtung dürfte sich die Zahlenlage gravierend verändern ...“ (Dr. Daniel Bergner, Geschäftsführer des Verbands der Insolvenzverwalter Deutschlands, zitiert in [2]). Die Beendigungsquote für im Jahr 2009 eröffnete Unternehmensinsolvenzverfahren erreicht selbst aktuell erst einen Wert von nur etwas mehr als 80%. Daher ist es sinnvoll, mit der endgültigen Veröffentlichung von statistischen Ergebnissen noch weiter zu warten.

Die Abbildungen 1a und 1b sowie die Tabellen 1a und 1b stellen die Beendigungsquoten für jene bereits vollständig erfassten vier Eröffnungsjahrgänge dar, zu denen anhand der Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung entspre-

Abb. 1a
Kumulative Beendigungsquoten für 2009 eröffnete Insolvenzverfahren in Bayern
in Prozent

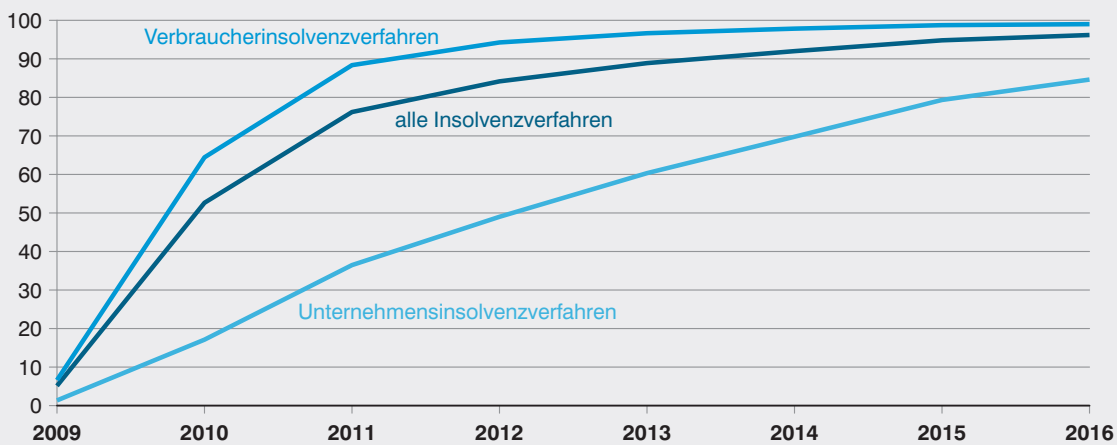
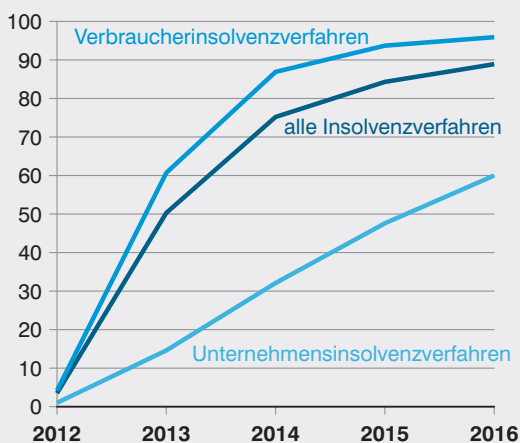


Abb. 1b
Kumulative Beendigungsquoten für 2012 eröffnete Insolvenzverfahren in Bayern
in Prozent



Tab. 1a Kumulative Beendigungsquoten für im Jahr 2010 eröffnete Insolvenzverfahren in Bayern

Beendet bis 31.12. des Jahres	Alle Insolvenzverfahren	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen
2010	5,5	1,5	6,7
2011	53,6	16,2	64,5
2012	76,4	34,3	87,8
2013	85,5	49,0	94,5
2014	90,1	61,2	96,8
2015	93,1	71,4	97,9
2016	95,2	79,3	98,7

Tab. 1b Kumulative Beendigungsquoten für im Jahr 2011 eröffnete Insolvenzverfahren in Bayern

Beendet bis 31.12. des Jahres	Alle Insolvenzverfahren	Unternehmensinsolvenzen	Verbraucherinsolvenzen
2011	4,9	0,9	6,1
2012	49,6	15,4	59,1
2013	75,1	32,5	86,0
2014	83,9	46,3	93,0
2015	88,8	59,0	95,6
2016	91,7	69,5	96,7

chende Angaben zu deren finanziellen Ergebnissen vorgelegt werden können. Wenn man unterstellt, dass nach vier Jahren eine ausreichend hohe Beendigungsquote von annähernd 95% vorliegt, lassen sich für die Verbraucherinsolvenzverfahren aus den Eröffnungsjahrgängen von 2009 bis 2012 mittlerweile belastbare Aussagen zu deren finanziellen Ergebnissen treffen. Die Beendigungsquoten für Verbraucherinsolvenzverfahren liegen meist bereits nach einem Jahr bei über 50%, nach vier Jahren sind mit Beendigungsquoten von über 95% größtenteils alle Verfahren eines Eröffnungsjahrganges beendet.

Verbraucherinsolvenzverfahren gehören zu den vereinfachten Insolvenzverfahren, die außer bei Verbrau-

cherinnen und Verbrauchern auch bei ehemals selbstständig Tätigen, deren Vermögensverhältnisse überschaubar sind und gegen die keine Forderungen aus Arbeitsverhältnissen bestehen, angewendet werden. Durch ein Verbraucherinsolvenzverfahren können überschuldete Privatpersonen eine Restschuldbefreiung erlangen und wieder schuldenfrei werden. Anders als im Regelinsolvenzverfahren, werden statt einer Insolvenzverwalterin oder eines Insolvenzverwalters vielmehr Treuhänderinnen oder Treuhänder bestellt, bei überschaubaren Vermögensverhältnissen kann sogar ein schriftliches Verfahren angeordnet werden.



Infokasten 1: Forderungen und Erlöse in einem Insolvenzverfahren

Absonderungsrechte: Ein Absonderungsrecht beinhaltet das Recht auf gesonderte und vorzugsweise Befriedigung eines Insolvenzgläubigers aus einem zur Masse gehörenden Gegenstand aufgrund eines ihm zustehenden Sicherungsrechts. Sofern die erzielten Verwertungserlöse zu einem Ausfall führen, können die nicht befriedigten Absonderungsrechte als ungesicherte Forderung angemeldet werden und sind dann in den quotenberechtigten Forderungen enthalten. [3]

Quotenberechtigten Forderungen: Die Gläubiger müssen ihre Forderungen bei den IST zur sogenannten Insolvenztabelle anmelden. Die quotenberechtigten Forderungen entsprechen den tatsächlich zur Insolvenztabelle angemeldeten Insolvenzforderungen. In den quotenberechtigten Forderungen sind die nicht befriedigten Absonderungsrechte enthalten. [3]

Zur Verteilung verfügbarer Betrag: Für die Schlussverteilung in einem Insolvenzverfahren wird eine Quote aus dem zur Verteilung verfügbaren Betrag und den quotenberechtigten Forderungen berechnet. Auf dieser Grundlage erfolgt eine anteilige Auszahlung des zur Verteilung verfügbaren Betrages an die Gläubiger der quotenberechtigten Forderungen. [3]

Im Rahmen des Insolvenzstatistikgesetzes ist bei dem zur Verteilung verfügbaren Betrag zu beachten, dass Verteilungen nach dem Schlusstermin des Insolvenzverfahrens nicht mehr berücksichtigt sind. Das heißt, es sind alle zur Verteilung verfügbaren Erlöse zum Zeitpunkt der Beendigung des Insolvenzverfahrens relevant und somit grundsätzlich keine Zahlungen aus der noch laufenden Wohlverhaltensphase enthalten.

Der Erfolg von beendeten Insolvenzverfahren kann in unterschiedlicher Hinsicht bewertet werden. Bei einem Unternehmensinsolvenzverfahren sind zusätzliche Aspekte, wie die Zahl gesicherter Arbeitsplätze in einem fortgeführten Teil des ursprünglichen Unternehmens, zu betrachten. Das finanzielle Ergebnis eines Insolvenzverfahrens bemisst sich jedoch immer daran, in welchem Umfang es gelingt, den Forderungen der Gläubiger nachzukommen. Die Forderungen der Gläubiger setzen sich aus den Absonderungsrechten und den quotenberechtigten Forderungen zusammen. Den Forderungen der Gläubiger stehen die Erlöse aus dem Insolvenzverfahren gegenüber, die auch als „zur Verteilung verfügbarer Betrag“ bezeichnet werden.

Aus dem Verhältnis der Erlöse aus dem Insolvenzverfahren zu den Forderungen der Gläubiger lassen sich damit direkte Aussagen treffen, inwieweit es gelungen ist, den Gläubigeransprüchen im Rahmen eines Insolvenzverfahrens nachzukommen. Diese Aussage lässt sich besonders treffend durch die erreichten Deckungsquoten vornehmen. Hierbei wird zwischen der Deckungsquote im engeren Sinne und der Deckungsquote im weiteren Sinne unterschieden:

Die Deckungsquote im engeren Sinne für alle in Bayern im Jahr 2009 eröffneten und bis zum 31. Dezember 2013 beendeten Verbraucherinsolvenzverfahren betrug 2,3 %, die Deckungsquote im weiteren Sinne 5,1 %. In den Folgejahrgängen für beendete Verbraucherinsolvenzverfahren sanken beide Deckungsquoten etwas ab. Für im Jahr 2010 eröffnete und bis zum 31. Dezember 2014 beendete Verfahren betrug die Deckungsquote im engeren Sinne 1,8 %, die Deckungsquote im weiteren Sinne 4,3 %. Für im Jahr 2011 eröffnete und bis zum 31. Dezember 2015 beendete Verfahren betrug die Deckungsquote im engeren Sinne 1,9 %, die Deckungsquote im weiteren Sinne 4,1 %. Für im Jahr 2012 eröffnete und bis zum 31. Dezember 2016 beendete Verfahren betrug die Deckungsquote im engeren Sinne 1,9 %, die Deckungsquote im weiteren Sinne 3,5 %.

Diese im obigen Absatz berichteten Angaben stellen jedoch lediglich mittlere Deckungsquoten für die beendeten bayerischen Verbraucherinsolvenzverfahren dar. Die Aussagekraft für mittlere Deckungsquoten ist aufgrund der sehr stark rechtsschiefen Verteilung der Deckungsquoten in den einzelnen Verfahren begrenzt. Im nachfolgenden Beispiel wird

**Infokasten 2: Deckungsquoten von beendeten Insolvenzverfahren**

Deckungsquote im engeren Sinne: Die Deckungsquote im engeren Sinne spiegelt den Anteil des zur Verteilung verfügbaren Betrages an den quotenberechtigten Forderungen wider. [3] Sie ist damit ein Ausdruck für das finanzielle Ergebnis ohne diejenigen Forderungen, die bereits vorab gesondert und vorzugsweise befriedigt wurden.

Deckungsquote im weiteren Sinne: Die Deckungsquote im weiteren Sinne spiegelt den Anteil der Summe aus den befriedigten Absonderungsrechten und dem zur Verteilung verfügbaren Betrag an den Forderungen wider. Dabei entsprechen die Forderungen der Summe aus den quotenberechtigten Forderungen und den befriedigten Absonderungsrechten. Nicht befriedigte Absonderungsrechte sind in den quotenberechtigten Forderungen enthalten. [3] Die Deckungsquote im weiteren Sinne ist damit ein Ausdruck für das vollständige finanzielle Ergebnis, berücksichtigt aber aufgrund der Ausgestaltung des Insolvenzstatistikgesetzes grundsätzlich keine weiteren Zahlungen nach dem Schlusstermin des Insolvenzverfahrens.

Verhältnis zwischen der Deckungsquote im engeren Sinne und der Deckungsquote im weiteren Sinne: Ist ein hoher Betrag an Absonderungsrechten bereits befriedigt worden, resultiert dies in einem deutlichen Abstand zwischen der Deckungsquote im engeren Sinne und der Deckungsquote im weiteren Sinne. Waren die vorab zu befriedigenden Absonderungsrechte jedoch nur gering (oder lagen sie unter den gesamten quotenberechtigten Forderungen), so liegt die Deckungsquote im weiteren Sinne kaum über der Deckungsquote im engeren Sinne. Allerdings wurden in nur etwas mehr als 5 % der in den Jahren von 2009 bis 2012 eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren in Bayern überhaupt Absonderungsrechte berücksichtigt; somit liegt die Deckungsquote im engeren Sinne nur in etwas mehr als 5 % der beendeten bayerischen Verbraucherinsolvenzen unter der Deckungsquote im weiteren Sinne.

diese Aussage illustriert: Bei den im Jahr 2011 eröffneten und bis zum 31. Dezember 2015 beendeten Verbraucherinsolvenzverfahren mit quantitativen Angaben wurde lediglich bei etwas über 24 % der Verfahren eine Deckungsquote im weiteren Sinne von über 0 % erreicht. Um eine genaue Aussage zu treffen, welcher Anteil der Verfahren eine bestimmte Deckungsquote unter- bzw. überschritten hat, ist daher die Angabe von Quantilen hilfreich. Für den Eröffnungsjahrgang 2011 betrug das 80 %-Quantil – also der Wert der Deckungsquote im weiteren Sinne, der in 80 % der Fälle unterschritten und in nur 20 % der Fälle überschritten wurde – genau 1,4 %. Das 90 %-Quantil – also der Wert der Deckungsquote im weiteren Sinne, der in 90 % der Fälle unterschritten und in allerdings 10 % der Fälle überschritten wurde – betrug 8,1 %. Die Werte für das 80 %-Quantil und das 90 %-Quantil drücken damit aus, dass in mehr als 80 % der im Jahr 2011 eröffneten Verfahren die im vorigen Absatz angegebene, mittlere Deckungsquote (i. w. S.) von 4,1 % nicht erreicht wurde.

Eine ähnliche Verteilung trat auch in den anderen betrachteten Jahrgängen auf. Bei den im Jahr 2012 eröffneten und bis zum 31. Dezember 2016 beendeten Verbraucherinsolvenzverfahren mit quantitativen Angaben wurde bei lediglich etwas über 24 % der Verfahren eine Deckungsquote im weiteren Sinne von größer als 0 % erreicht. Das 80 %-Quantil – also der Wert der Deckungsquote im weiteren Sinne, der in 80 % der Fälle unterschritten und in nur 20 % der Fälle überschritten wurde – betrug 1,3 %. Das 90 %-Quantil – also der Wert der Deckungsquote im weiteren Sinne, der in 90 % der Fälle unterschritten und in allerdings 10 % der Fälle überschritten wurde – betrug 8,4 %.

Da die Deckungsquoten im weiteren Sinne ein Ausdruck für das vollständige finanzielle Ergebnis von Insolvenzverfahren sind, werden diese im Weiteren vertieft dargestellt. Interessant ist ein Blick auf die Verteilung der Deckungsquoten in den einzelnen Forderungsgrößenklassen (vgl. Abbildungen

2a bis 2d). Aufgrund der eben beschriebenen stark rechtsschiefen Verteilung der Deckungsquoten wurden hier wiederum nicht mittlere Deckungsquoten dargestellt, sondern es wurde eine Darstellung mit

Quantilen bevorzugt. Wie im vorhergehenden Absatz beschrieben, treffen Quantilswerte eine Aussage darüber, welcher Betrag der Deckungsquote in einem festgelegten Prozentsatz der Fälle unter- bzw.

Abb. 2a

Anzahl der Verfahren sowie 25%- und 75%-Quantil und 90%-Quantil der Deckungsquoten im weiteren Sinne für jede Forderungsgrößenklasse von Verbraucherinsolvenzen in Bayern

2009 eröffnete und bis 31.12.2013 beendete Verfahren

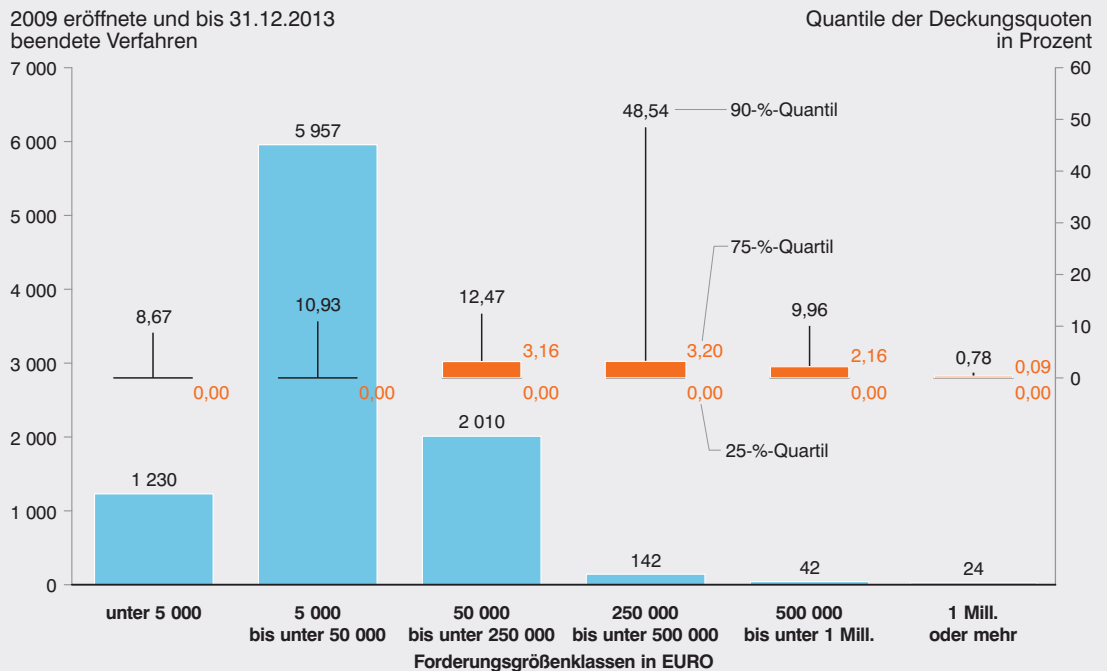
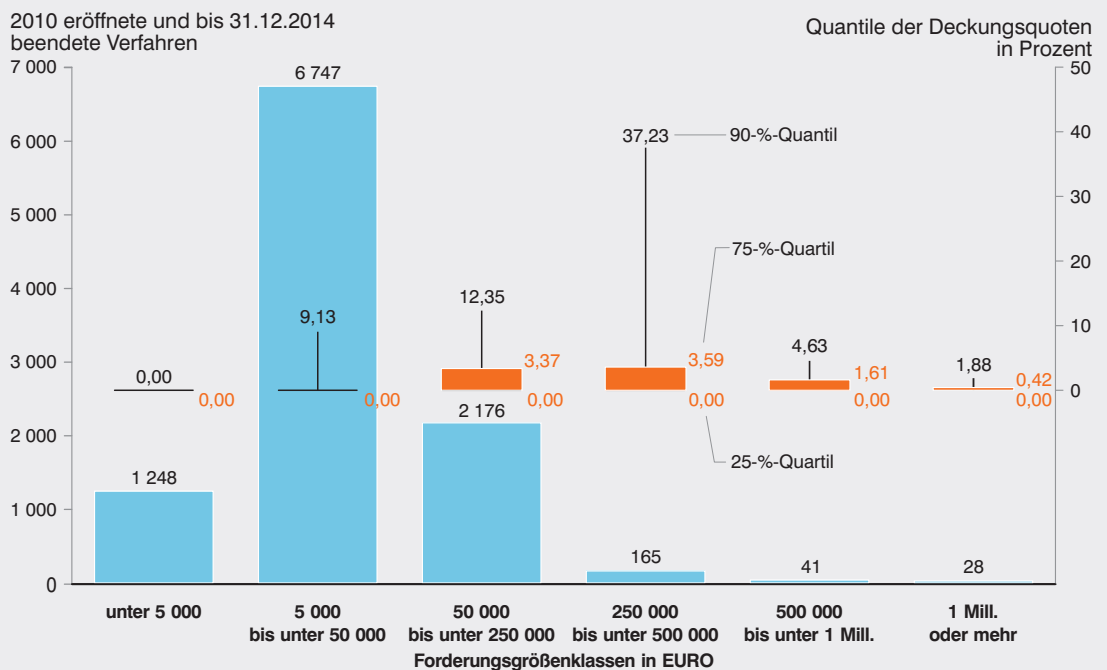


Abb. 2b

Anzahl der Verfahren sowie 25%- und 75%-Quantil und 90%-Quantil der Deckungsquoten im weiteren Sinne für jede Forderungsgrößenklasse von Verbraucherinsolvenzen in Bayern

2010 eröffnete und bis 31.12.2014 beendete Verfahren



überschritten wird. Das in Abbildungen 2a bis 2d verwendete 75%-Quantil (auch 75%-Quartil) sagt aus, dass zum Beispiel bei den 2009 eröffneten und bis 31. Dezember 2013 beendeten Verfahren (mit Forde-

rungsgrößenklassen zwischen 50 000 Euro bis unter 250 000 Euro – hier dritter Balken von links) in 75 % der Verfahren die Deckungsquoten von weniger als 3,2 % erreicht wurden und in nur 25 % der Fälle ei-

Abb. 2c

Anzahl der Verfahren sowie 25%- und 75%-Quartil und 90%-Quantil der Deckungsquoten im weiteren Sinne für jede Forderungsgrößenklasse von Verbraucherinsolvenzen in Bayern

2011 eröffnete und bis 31.12.2015 beendete Verfahren

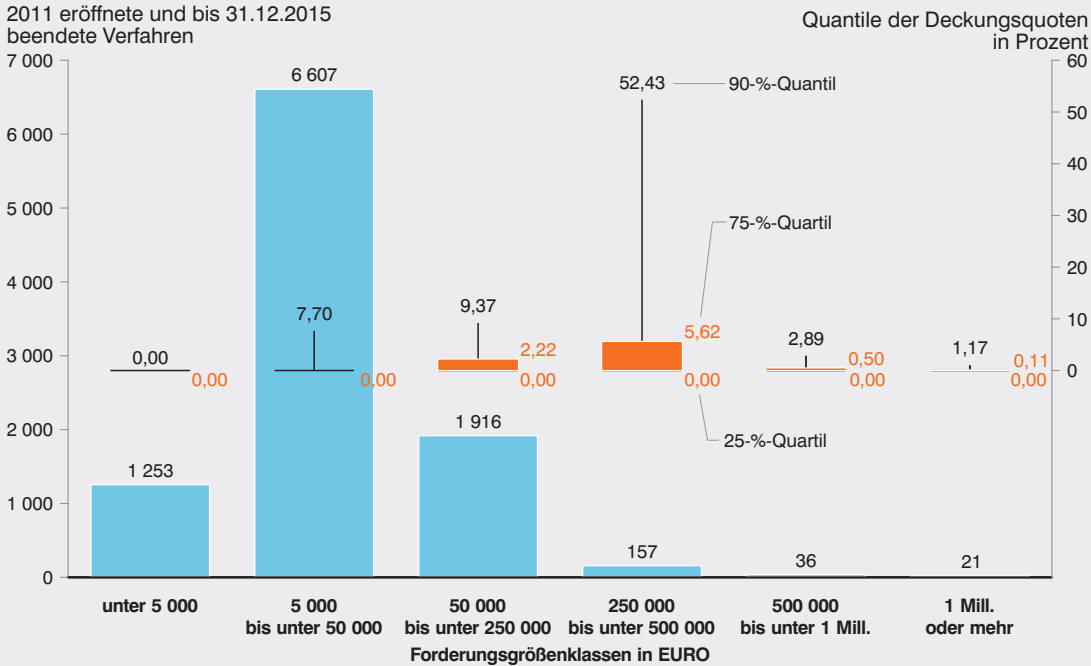


Abb. 2d

Anzahl der Verfahren sowie 25%- und 75%-Quartil und 90%-Quantil der Deckungsquoten im weiteren Sinne für jede Forderungsgrößenklasse von Verbraucherinsolvenzen in Bayern

2012 eröffnete und bis 31.12.2016 beendete Verfahren

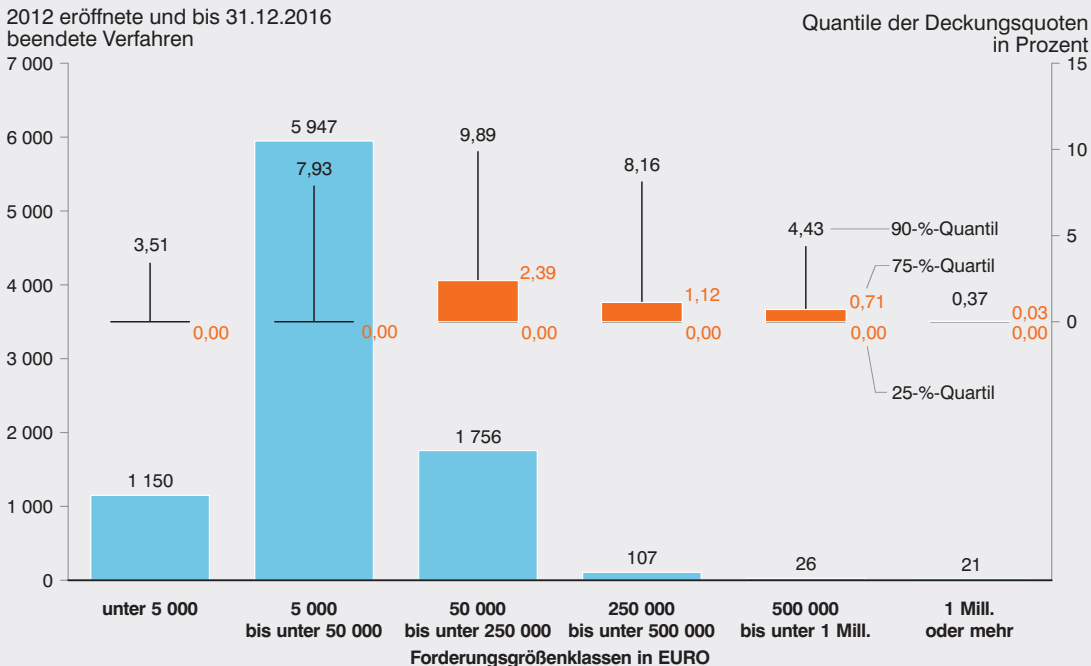


Abb. 3a

Anteil der beendeten Verbraucherinsolvenzverfahren mit Deckungsquoten im weiteren Sinne von über 1 % in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns

Verfahren eröffnet im Jahr 2009, beendet bis 31.12.2013

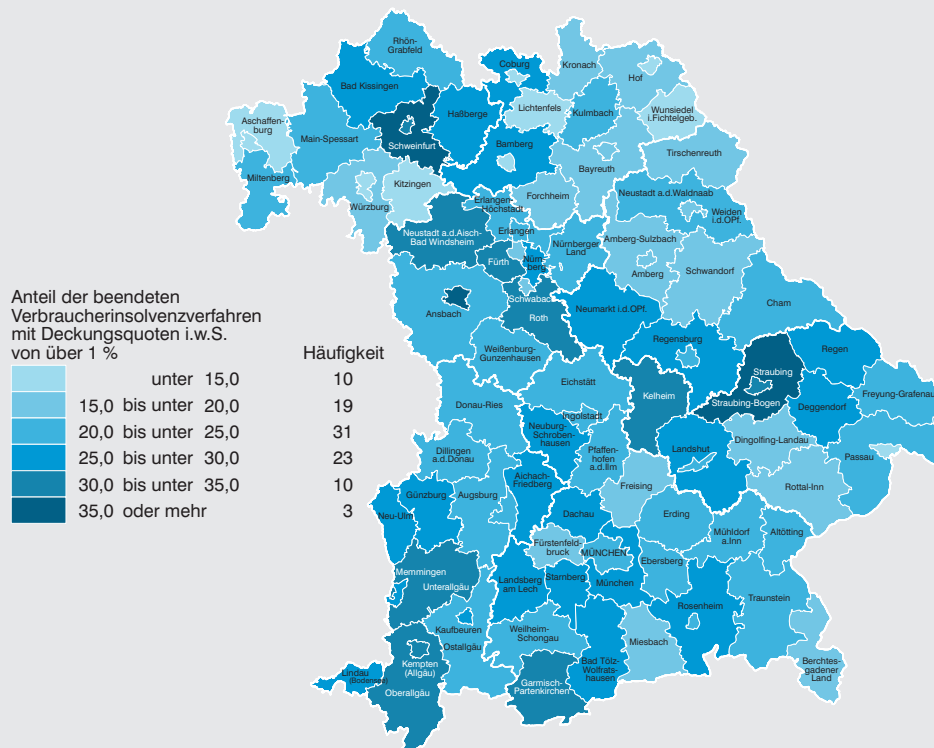


Abb. 3b

Anteil der beendeten Verbraucherinsolvenzverfahren mit Deckungsquoten im weiteren Sinne von über 1 % in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns

Verfahren eröffnet im Jahr 2010, beendet bis 31.12.2014

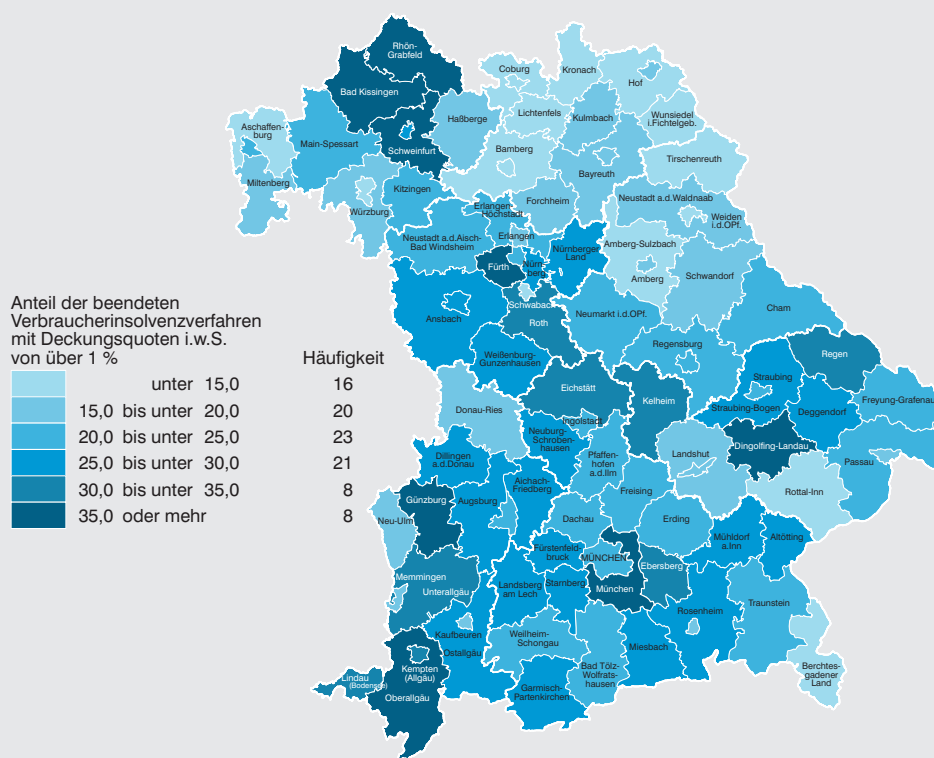


Abb. 3c

Anteil der beendeten Verbraucherinsolvenzverfahren mit Deckungsquoten im weiteren Sinne von über 1 % in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns

Verfahren eröffnet im Jahr 2011, beendet bis 31.12.2015

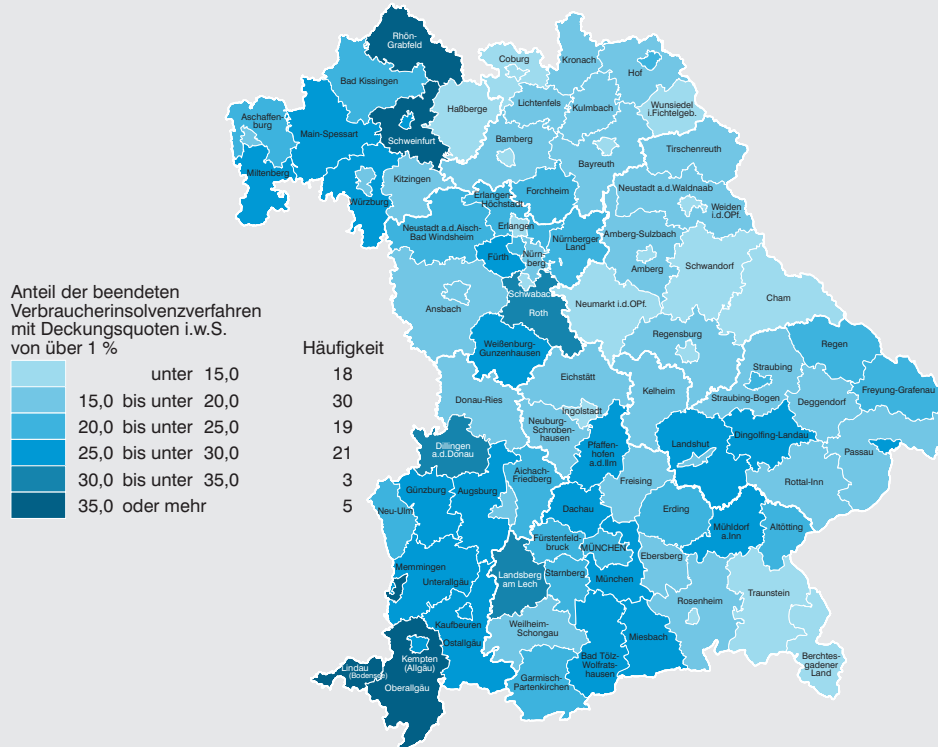
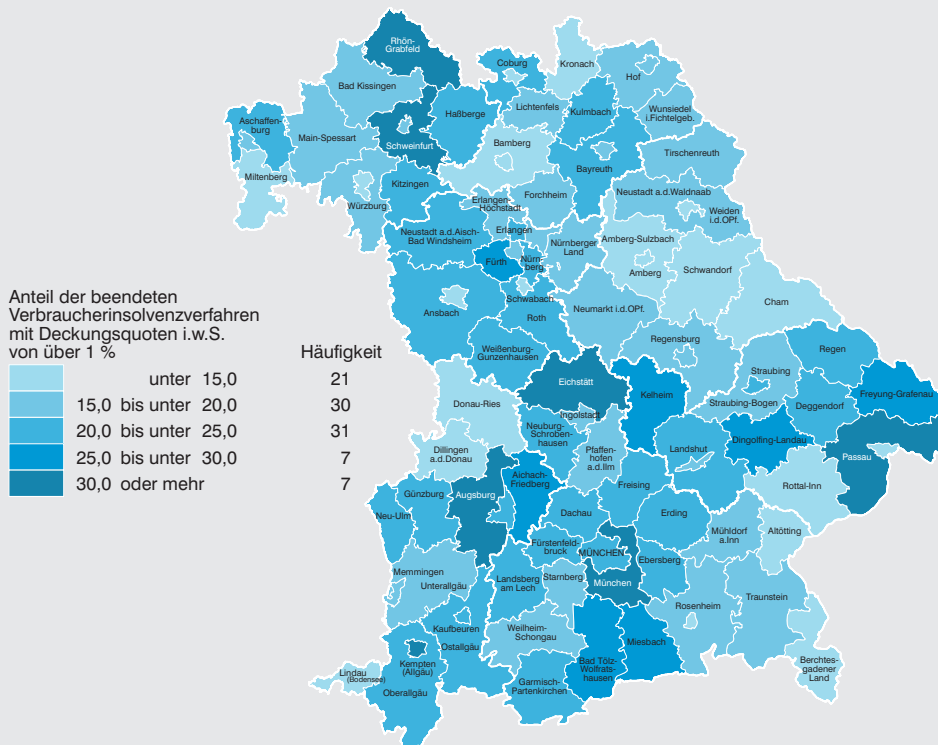


Abb. 3d

Anteil der beendeten Verbraucherinsolvenzverfahren mit Deckungsquoten im weiteren Sinne von über 1 % in den kreisfreien Städten und Landkreisen Bayerns

Verfahren eröffnet im Jahr 2012, beendet bis 31.12.2016



ne Deckungsquote von 3,2% überhaupt überschritten wurde. Bei 10% (90%-Quantil) der Verfahren wurden in der Forderungsgrößenklasse zwischen 50 000 Euro bis unter 250 000 Euro immerhin Deckungsquoten von mehr als 12,5% erreicht.

Ein überhaupt nennenswerter Anteil von Deckungsquoten im weiteren Sinne von knapp oder über 10% wurde also in den betrachteten vier Jahrgängen nur in den beiden mittleren Forderungsgrößenklassen zwischen 50 000 Euro bis unter 250 000 Euro und zwischen 250 000 Euro bis unter 500 000 Euro für 10% der beendeten Verfahren (90%-Quantil) erreicht. In immerhin 25% der Verfahren (75%-Quantil) in den beiden mittleren Forderungsgrößenklassen zwischen 50 000 Euro bis unter 250 000 Euro und zwischen 250 000 Euro bis unter 500 000 Euro wurden Deckungsquoten im weiteren Sinne von etwas mehr als 2% erreicht. Im letzten Jahrgang der 2012 eröffneten und bis 31. Dezember 2016 beendeten Verfahren erreichten 25% der Verfahren mit den höchsten Deckungsquoten (75%-Quantil) in diesen beiden mittleren Forderungsgrößenklassen nur eine Deckungsquote von unter bzw. knapp über 2%.

In allen vier betrachteten Eröffnungsjahrgängen in den Abbildungen 2a bis 2d fällt auf, dass in den beiden kleinsten Forderungsgrößenklassen (unter 5 000 Euro und zwischen 5 000 Euro bis unter 50 000 Euro) in 75% der Verfahren (75%-Quantil) keine Deckungsquoten im weiteren Sinne erreicht wurden, bei denen die Deckungsquote über 0% lag. In der Gesamtschau betrachtet, wurden nennenswerte Deckungsquoten (i. w. S.) für Verbraucherinsolvenzverfahren nur in den beiden mittleren Forderungsgrößenklassen zwischen 50 000 Euro bis unter 250 000 Euro und zwischen 250 000 Euro bis unter 500 000 Euro erzielt.

Für eine regionalisierte Aussage zu den erreichten Deckungsquoten in Verbraucherinsolvenzverfahren (vgl. Abbildungen 3a bis 3d) wurde eine ähnliche Darstellung wie in den Abbildungen 2a bis 2d gewählt, um damit die stark rechtsschiefe Verteilung der Deckungsquoten angemessen zu berücksichtigen. Um einen regionalen Vergleich der Deckungsquoten zu ermöglichen, wurde hier der Anteil an Verfahren dargestellt, die mit einer nennenswerten Deckungsquote (i. w. S.) von mindestens 1% beendet wurden. Die gewählte Kartendarstellung zu den Kreis-

ergebnissen für die Deckungsquote von Verbraucherinsolvenzverfahren gibt daher Auskunft darüber, bei welchem Anteil aller innerhalb von vier Jahren eröffneten Verbraucherinsolvenzverfahren es gelang, mehr als 1% der im Verfahren angemeldeten Gläubigerforderungen auch tatsächlich auszuschütten.

Insgesamt ist dabei in den letzten vier Jahrgängen ein Rückgang des generell nicht hohen Anteils von Verbraucherinsolvenzverfahren mit einer Deckungsquote von über 1% der Gläubigerforderungen zu beobachten gewesen. Im Jahrgang der im Jahr 2009 eröffneten und bis zum 31. Dezember 2013 beendeten Verfahren konnten noch in 13 Kreisen Bayerns für mehr als 30% der Verfahren eine Deckungsquote (i. w. S.) von mehr als 1% erreicht werden. Für den Eröffnungsjahrgang 2011 und 2012 waren es aber nur noch 8 bzw. 6 Kreise, in denen mehr als 30% der Verfahren eine Deckungsquote (i. w. S.) von mehr als 1% erreichten.

Der höchste Anteil an Verfahren mit einer Deckungsquote (i. w. S.) von mehr als 1% wurde für den Jahrgang der im Jahr 2009 eröffneten und bis zum 31. Dezember 2013 beendeten Verfahren im Landkreis Schweinfurt gezählt. Hier erreichten 41,9% der beendeten Verfahren eine Deckungsquote (i. w. S.) von mehr als 1%, gefolgt von der kreisfreien Stadt Ansbach mit einem Anteil von 36,7% der beendeten Verfahren, die eine Deckungsquote von mehr als 1% aufwiesen. Im Eröffnungsjahrgang 2012 (beendet bis zum 31. Dezember 2016) war der Landkreis mit dem höchsten Anteil an Verfahren mit einer Deckungsquote (i. w. S.) von mehr als 1% der Landkreis München (33,8% der Verfahren), gefolgt vom Landkreis Passau (32,4% der Verfahren).

Literatur

- [1] Heyer, H.-U.: Das Insolvenzstatistikgesetz in der Praxis. NZI 2012, 945.
- [2] Bergner, Daniel, zitiert auf www.creditreform-hof.de/nc/news/news/news-list/details/news-detail/insolvenzverfahren-lohnen-sich-ein-wenig.html, eingesehen am 30. November 2017.
- [3] Statistisches Bundesamt: Qualitätsbericht, Statistik über beendete Insolvenzverfahren und Restschuldbefreiung, Statistisches Bundesamt (Destatis), 2017.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte in Bayern 1960 bis 1980

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck) betrug 1980 in Bayern 163,9 Milliarden DM. Diese Einkommen sind somit seit 1960 auf das 5fache gestiegen. Von den Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen des Haushaltssektors (196,2 Milliarden DM) flossen 1980 rund 67,7 Milliarden DM oder 34,5% in Form von Steuern und Sozialbeiträgen zumeist an den Staat. Damit stieg die gesamte durchschnittliche Abgabenbelastung seit 1960 um rund 13 Prozentpunkte. Die beiden Bestandteile der Bruttoleistungseinkommen, die Einkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, waren allerdings in unterschiedlicher Weise von diesem Abgabenzuwachs betroffen. Der überaus hohe Anstieg der Lohnsteuer auf das 17fache und die überproportionale Steigerung der Sozialbeiträge führten dazu, daß von den Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit 1980 nur noch 56,5% bei den Haushalten verblieben (1960: 72,9%). Die durchschnittliche Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen blieb dagegen mit 13,8% (1980) nahezu unverändert (1960: 13,4%).

Der im Vergleich zu den Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen ebenfalls überdurchschnittliche Anstieg der empfangenen Transferleistungen auf das 7fache kompensierte den Einkommensentzug durch zu leistende laufende Übertragungen nicht voll, so daß der Anteil des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte an ihrem Leistungseinkommen (vor Umverteilung) von rund 94% (1960) auf 84% im Jahr 1980 sank.

Das verfügbare Einkommen je Einwohner betrug 1980 in Bayern rund 15 000 DM, dies entspricht einem Anstieg auf das 4,3fache. Bayern näherte sich damit weiter dem Bundesniveau an.

Vorbemerkung

Im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder wird für den Sektor private Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) die Umverteilung der Einkommen über empfangene und geleistete Transferzahlungen dargestellt. Der Übergang von den Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen, die den inländischen Haushalten zufließen (Anteil am Volkseinkommen) zum verfügbaren Einkommen dieses Sektors läßt sich auf zwei Wegen¹⁾ vollziehen. Zum einen werden von den primär an die Haushalte geflossenen Erwerbs- und Vermögenseinkommen die geleisteten laufenden Übertragungen abgesetzt bzw. die empfangenen hinzugerechnet. Als Saldo erhält man die Einkommensgröße, über die die privaten Haushalte tatsächlich disponieren können. Laufende Übertragungen, die überwiegend zwischen Haushalten und dem Staatssektor fließen, sind alle Geldleistungen ohne spezielle Gegenleistung (z. B. Steuern, Sozialbeiträge, soziale Leistungen), die keine Vermögensübertragung darstellen. Bei der zweiten Ableitungsmöglichkeit werden, nachdem die zurechenbaren Abzüge von den entsprechenden Bruttoeinkommen vorgenommen wurden, die Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen um die per Saldo verbliebenen Transferzahlungen erhöht. Diese Nettoeinkommen sind neben dem verfügbaren Einkommen die zentralen Darstellungsgrößen in der Umverteilungsrechnung.

Die im folgenden kommentierten Ergebnisse sind auf Bundeswerte nach dem Berechnungsstand Mai 1982 abgestimmt. Die Zeitreihenwerte wurden ab 1970 im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder im Rahmen der sog. Länderrevision²⁾ neu berechnet. Für die davorliegenden Jahre wurden die Ergebnisse überarbeitet³⁾. Die erneute Revision

des Statistischen Bundesamts, die 1982 – neben der Einbeziehung neuerer statistischen Ausgangsmaterials und einigen methodischen Änderungen – im wesentlichen die Erfassung der Entstehungsseite ohne Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) beinhaltet, wird zur Zeit vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder nachvollzogen. Die hier vorgelegten Werte sind daher nur mit Ergebnissen für das Bundesgebiet vergleichbar, die vor Herbst 1982 vom Statistischen Bundesamt auf der Basis des Bruttosystems veröffentlicht wurden.

In den Übersichten⁴⁾ werden zum Teil Ergebnisse ausgewiesen, die nicht im Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder abgestimmt sind, sondern Eigenberechnungen des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung darstellen.

Steigende Belastung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit

Die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit umfassen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen neben den gezahlten Bruttolöhnen und -gehältern auch noch die tatsächli-

1) Eine ausführliche Beschreibung der Ableitungsmöglichkeit sowie begriffliche und methodische Hinweise können Heft 365 b (bzw. Heft 404) der „Beiträge zur Statistik Bayerns“ mit dem Titel „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen in Bayern – Entstehung, Verteilung und Verwendung des Sozialprodukts“ entnommen werden.

2) Vor allem durch die Reform der Statistik im Produzierenden Gewerbe wurden methodische Änderungen hervorgerufen, die die Vergleichbarkeit zwischen den Werten für die Berichtsjahre 1976/77 so einschränkten, daß bis 1970 zurück Neuberechnungen notwendig wurden.

3) Diese Ergebnisse wurden nicht im Arbeitskreis abgestimmt. Der uneingeschränkte Ländervergleich ist daher erst ab 1970 möglich.

4) Vollständige Zeitreihen zur Umverteilungsrechnung finden sich im Tabellenteil dieses Hefts. Dort wie auch bei den Übersichten im Textteil können rundungsbedingte Abweichungen auftreten.

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 8/1983

chen Sozialbeiträge der Arbeitgeber sowie unterstellte Sozialbeiträge (z. B. für die Beamtenversorgung oder für betriebliche Ruhegeldverpflichtungen). Bayerischen Haushalten sind – in dieser begrifflichen Abgrenzung – 1980 „Arbeitsentgelte“ in Höhe von 136,8 Milliarden DM zugeflossen. Gegenüber 1960, als diese Einkommen noch 21,2 Milliarden DM betrugen, entspricht dies einem Anstieg auf das 6,5fache. Die Entwicklung der Nettolohn- und -gehaltsumme blieb mit einem Zuwachs auf das 5fache merklich hinter dieser Entwicklung zurück (vgl. Übersicht 1).

In der schwächeren Aufwärtsentwicklung der Nettoeinkommen schlägt sich der im Vergleich zur Bemessungsgrundlage stark überproportionale Anstieg der Belastung der Bruttoeinkommen durch den Staat nieder (vgl. Schaubild 1).

Verblieben den privaten Haushalten 1960 in Bayern nach Abzug von Steuern und Sozialbeiträgen noch knapp drei Viertel ihrer Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, so sank der Anteil auf 56,5% im Jahr 1980. Die durchschnittliche Gesamtbelastung der „Bruttoarbeitsentgelte“ stieg kontinuierlich von 27,1% (1960) über 34,7% (1970) auf 43,5% im Jahr 1980 – lediglich in den Jahren 1965 und 1978 war eine geringfügig sinkende Durchschnittsbelastung feststellbar. Der Anstieg der Abgaben auf die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit fand wesentlich in der Zeit von 1968 bis 1974 statt, in der die durchschnittliche Veränderungsrate 18,0% betrug (1960 bis 1968: 11,0% bzw. 1974 bis 1980: 9,0%).

Übersicht 1. Einkommen der privaten Haushalte⁵⁾ aus unselbständiger Arbeit in Bayern 1960 bis 1980

Jahr	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Sozialbeiträge ⁶⁾	Lohnsteuer ⁷⁾	Nettolohn- und -gehaltsumme
	1	2	3	4
Millionen DM				
1960	21 118	4 655	1 071	15 392
1965	35 530	7 732	2 314	25 484
1970	55 963	13 801	5 603	36 559
1975	91 228	25 952	11 429	53 847
1980 ⁸⁾	136 800	41 259	18 265	77 276
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %				
1960/65 . . .	11,0	10,7	16,7	10,6
1965/70 . . .	9,5	12,3	19,3	7,5
1970/75 . . .	10,3	13,5	15,3	8,1
1975/80 ⁸⁾ . .	8,4	9,7	9,8	7,5
Meßzahl (1960 = 100)				
1965	168	166	216	166
1970	265	296	523	238
1975	432	558	1 067	350
1980 ⁸⁾	648	886	1 705	502
Anteil am Bruttoeinkommen in %				
1960	100	22,0	5,1	72,9
1965	100	21,8	6,5	71,7
1970	100	24,7	10,0	65,3
1975	100	28,4	12,5	59,0
1980 ⁸⁾	100	30,2	13,4	56,5

Lohnsteuer auf das 17fache angewachsen

Die auf die Bruttolöhne und -gehälter zu entrichtende Lohnsteuer (ohne Lohnsteuer auf Pensionen) ist in Bayern seit 1960 um etwas mehr als zweieinhalbmal so stark gestiegen wie das damit belastete Einkommen. Durch diesen Zuwachs auf das 17fache des Wertes von 1960 nahm der Anteil der Lohnsteuer am Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit rapide von 5,1% (1960) auf 13,1% im Jahr 1980 zu. Bei der Betrachtung der jährlichen Veränderungsrate (vgl. Tabellen im Zahlenteil dieses Heftes) zeigen sich fast durchwegs beachtliche Steigerungen von 10% und mehr – 1970 wurde mit einem Zuwachs von

gut 35% ein „Rekordwert“ erreicht. Lediglich in den Jahren 1965, 1967, 1972, 1975, 1978 und 1979 lagen die Veränderungsrate deutlich unter diesem Wert, wobei 1975 sogar ein leichter Rückgang des Aufkommens an Lohnsteuer feststellbar war. Bis auf das Jahr 1967, in dem vor allem die rezessionsbedingte geringe Zunahme der Bruttoeinkommen zu entsprechend niedrigem Steuerwachstum führte, sank in all diesen Jahren die durchschnittliche Lohnsteuerbelastung. 1972 führte die Rückzahlung des in den Vorjahren erhobenen Konjunkturzuschlags auf die Lohnsteuer zur Senkung der Belastung, während sich in den übrigen Jahren Steuerrechtsänderungen – wenn auch nur vorübergehend – entlastend auswirkten.

Der überproportionale Anstieg der Lohnsteuer verlief nicht immer parallel zur Entwicklung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit, wie der Vergleich der durchschnittlichen jährlichen Veränderungsrate in Übersicht 1 zeigt.

Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang der Vergleich der absoluten Veränderung der geleisteten Lohnsteuer (Differenz des Aufkommens zweier Jahre) mit dem absoluten Zuwachs der belasteten Einkommen. Diese Relation kann, wenn auch unter Vorbehalten, als Grenzbelastung interpretiert werden. Sie hat sich in den einzelnen Jahren unterschiedlich entwickelt und lag z. B. 1961 bei 11,8% und 1980 bei 17,8%, d. h. von dem im Vergleich zum Vorjahr zusätzlich verdienten „Bruttoarbeitsentgelt“ waren rd. 12% bzw. 18% Lohnsteuer zu entrichten. Die so errechenbare Grenzbelastung liegt in der Regel über der durchschnittlichen Belastung.

Steigende Soziallasten

Auch die Sozialbeiträge der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nahmen deutlich schneller zu als die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Sie wuchsen seit 1960 auf das 9fache, nämlich von 4,7 auf 41,3 Milliarden DM im Jahr 1980. Ihr Anstieg verlief somit erheblich langsamer als der der Lohnsteuer. Der Anteil der tatsächlichen und unterstellten Sozialbeiträge zugunsten der Arbeitnehmer an den „Bruttoarbeitsentgelten“ stieg daher von 22,0% (1960) auf 24,7% im Jahr 1970. Zehn Jahre später mußte bereits knapp ein Drittel der Bruttoeinkommen für Sozialbeiträge aufgewendet werden. Die Sozialbeiträge stellen damit den bedeutendsten Abzugsposten von den „Bruttoarbeitnehmerverdiensten“ dar, auch wenn sie im Vergleich zur gezahlten Lohnsteuer relativ an Bedeutung verloren.

Der eigentliche Anstieg der Belastung der Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit mit Sozialbeiträgen begann erst in der zweiten Hälfte der 60er Jahre. Bis 1965 entwickelten sich Sozialbeiträge und zugrundeliegende Einkommen in etwa gleich; die durchschnittliche Belastung ging sogar geringfügig zurück. Diese Quote stieg seit 1965 – nur durch eine leichte Abschwächung 1977 unterbrochen – besonders stark Mitte der 70er Jahre. Seit 1976 verlief die Entwicklung wieder merklich ruhiger.

Konstante Belastung der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

Die Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die privaten Haushalten (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) in Bayern zufließen, betrugen 1980 nach Abzug der Zinsen auf Konsumentenschulden 59,4 Milliarden DM. Sie waren damit etwa viermal so hoch wie 1960 (14,2 Milliarden DM). In den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Länder sind die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit in den Einkommen aus Unternehmertätigkeit enthalten. Ein Nachweis ohne diese Gewinne, die starken Schwankungen unterliegen und deren Werte auch negativ sein können, ist auf Länderebene nicht möglich.

5) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge.

7) Ohne Lohnsteuer auf Pensionen. Vor Abzug der Arbeitnehmerparazulage (ab 1971), einschließlich des rückzahlbaren Konjunkturzuschlags (erhoben: 1970/1971; rückerstattet: 1972) und des Stabilitätzuschlags (1973/1974).

8) Vorläufiges Ergebnis.

Übersicht 2. Einkommen der privaten Haushalte⁹⁾ aus Unternehmertätigkeit und Vermögen in Bayern 1960 bis 1980

Jahr	Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ¹⁰⁾	Direkte Steuern ¹¹⁾	Sozialbeiträge ¹²⁾	Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen ¹³⁾
	1	2	3	4
Millionen DM				
1960	14 212	1 745	165	12 302
1965	19 850	2 937	180	16 733
1970	28 230	3 608	266	24 356
1975	40 550	5 244	593	34 713
1980 ¹⁴⁾ . .	59 357	7 418	763	51 176
Durchschnittliche jährliche Veränderung in %				
1960/65 . .	6,9	11,0	1,8	6,3
1965/70 . .	7,3	4,2	8,1	7,8
1970/75 . .	7,5	7,8	17,2	7,3
1975/80 ¹⁴⁾ .	7,9	7,2	5,2	8,1
Maßzahl (1960 = 100)				
1965	140	168	109	136
1970	199	209	161	198
1975	285	301	359	282
1980 ¹⁴⁾ . .	418	425	462	416
Anteil am Bruttoeinkommen in %				
1960	100	12,3	1,2	86,6
1965	100	14,8	0,9	84,3
1970	100	12,8	0,9	86,3
1975	100	12,9	1,5	85,6
1980 ¹⁴⁾ . .	100	12,5	1,3	86,2

Bei der Belastung der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen handelt es sich vorwiegend um direkte Steuern (vgl. Übersicht 2). Die Sozialbeiträge (Pflichtbeiträge der Selbständigen)¹⁵⁾ spielen hier nur eine geringfügige Rolle, zumal ein großer Teil der sozialen Sicherung auf freiwilliger Basis übernommen wird. Die direkten Steuern, welche neben der veranlagten Einkommensteuer (einschließlich Ergänzungsabgabe) die nicht veranlagten Ertragssteuern, die Vermögensteuer und die Lastenausgleichsabgaben umfassen, sind im gesamten Beobachtungszeitraum auf das 4,3fache gestiegen. Ihr Gesamtzuwachs übertraf den der Bruttoeinkommen nur geringfügig, so daß die durchschnittliche Steuerquote nahezu unverändert blieb. Sie betrug 1960 in Bayern 12,3% und 12,5% im Jahre 1980. Die Entwicklung der Steuerzahlungen verlief – betrachtet man die jährlichen Veränderungsraten – unsteiger als die des Lohnsteueraufkommens (vgl. Übersicht im Tabellenteil Seite 276/277); 1974, 1975 und 1979, 1980 ging das Einkommen an direkten Steuern auf Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen sogar zurück. Der Anstieg der durchschnittlichen Steuerbelastung wurde in einer Reihe von Jahren so nachhaltig unterbrochen, daß über den gesamten Zeitraum seit 1960 ein in etwa gleichbleibendes Niveau gehalten wurde. Auch wenn man die Sozialbeiträge in

9) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

10) Ohne Zinsen auf Konsumentenschulden.

11) Einschließlich des rückzahlbaren Konjunkturzuschlags (erhoben: 1970/1971; rückerstattet: 1972) und des Stabilitätzuschlags (1973/1974).

12) Pflichtbeiträge der Selbständigen nach Abzug des Saldos aus unterstellten Sozialbeiträgen und sozialen Leistungen der privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck und Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) als Arbeitgeber.

13) Einschließlich nichtentnommener Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

14) Vorläufiges Ergebnis.

15) Nach Abzug des Saldos der unterstellten Sozialbeiträge und der sozialen Leistungen des Haushaltssektors (einschließlich Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) als Arbeitgeber.

Die Entwicklung der Brutto- und Nettoeinkommen der privaten Haushalte¹⁾ sowie der Abgabenbelastung in Bayern 1960 bis 1980

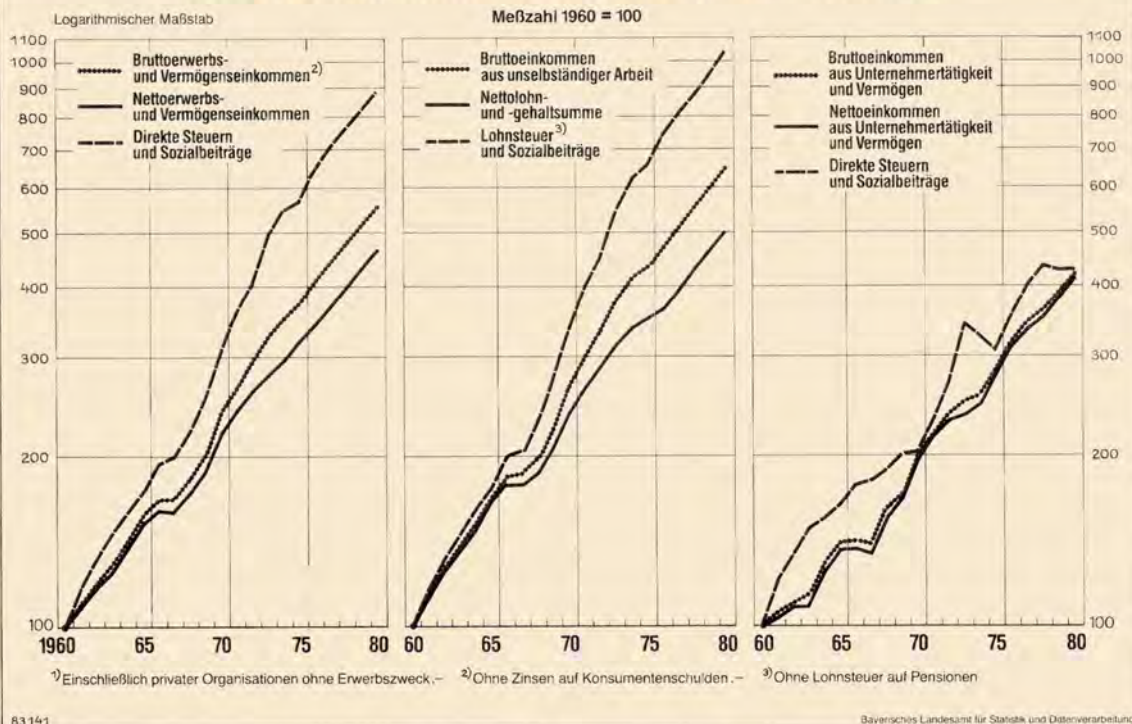


Schaubild 1

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 8/1983

die Betrachtung mit einbezieht (vgl. Schaubild 1), hat sich das Anteilsverhältnis von netto zu brutto bei dieser Einkommensart in Bayern nicht wesentlich geändert.

Unterschiedliche Gesamtbelastung der beiden Einkommensarten

Bei einem Vergleich der Steuerbelastung beider Einkommensarten ist zu berücksichtigen, daß bei dem Lohnsteueraufkommen Erstattungsbeträge aus dem Lohnsteuerjahresaufgleich nicht abgesetzt sind, wenn der Steuerpflichtige der Veranlagung zur Einkommensteuer unterlag. Die zunehmende Bedeutung dieser Erstattungsbeträge führt ebenso zu einem leicht überhöhten Nachweis der Belastung wie die Tatsache, daß die Arbeitnehmersparzulage in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Lohnsteueraufkommen nicht abgezogen wird. Bei den direkten Steuern auf Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, die nicht – wie die entsprechenden kassenmäßigen Aufkommen – um die Investitionszulagen gekürzt sind, führen andererseits diese Erstattungsbeträge zu einer gewissen Unterzeichnung der Entwicklung. Trotz dieser Einschränkungen wird in der Tendenz ein Quotenvergleich zu richtigen Ergebnissen führen.

Die Steuerbelastung der Einkommen aus unselbständiger Arbeit war im Jahr 1960 (5,1%) nicht ganz halb so groß wie die der Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (12,3%). Die Differenz dieser Quoten betrug 1970 noch 2,8 Prozentpunkte; 1980 war die Lohnsteuerquote (13,4%) sogar höher als der Anteil der direkten Steuern an den Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (12,5%).

Übersicht 3. Entwicklung der Brutto- und Nettolohnquote in Bayern 1960 bis 1980

Jahr ¹⁶⁾	Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Lohnquote) in % des gesamten			Anteil der beschäftigten Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen ¹⁸⁾ in %
	Volks-einkommens	Erwerbs- und Vermögenseinkommens der privaten Haushalte ¹⁷⁾		
		brutto	netto	
	1	2	3	4
1960	56,8	59,8	55,6	68,6
1961	58,8	61,5	57,6	69,5
1962	60,5	63,1	59,4	70,5
1963	61,5	64,2	60,8	71,5
1964	61,0	63,5	59,7	72,5
1965	61,8	64,2	60,4	73,4
1966	63,5	65,8	62,0	73,6
1967	64,2	66,3	62,5	73,6
1968	62,3	64,7	59,9	74,0
1969	63,4	65,9	60,6	75,0
1970	64,8	66,5	60,0	76,3
1971	65,4	67,1	60,3	76,9
1972	65,7	67,6	60,9	77,4
1973	66,9	69,0	62,3	78,0
1974	68,9	70,5	63,1	78,2
1975	67,9	69,2	60,8	78,1
1976	66,8	68,6	59,4	78,7
1977	67,4	68,7	59,5	79,2
1978	67,3	69,4	60,7	79,9
1979	67,5	69,6	60,6	80,5
1980	68,2	69,7	60,2	81,1

Betrachtet man beide hier unterschiedenen Einkommensarten – die Einkommen aus unselbständiger Arbeit bzw. die aus Unternehmertätigkeit und Vermögen –, so fällt die divergierende Entwicklung der Gesamtbelastung auf. Die Belastung der

„Bruttoarbeitsentgelte“ stieg von 27,1% im Jahr 1960 auf 43,5% im Jahr 1980, während der Anteil der Abgaben an den „Bruttogewinn- und -vermögenseinkommen“ mit 13,4% bzw. 13,8% sich nur geringfügig änderte (vgl. Übersichten 1 und 2). Neben der bereits erwähnten überdurchschnittlichen Zunahme der Lohnsteuer beruht diese Divergenz vor allem auf dem sehr unterschiedlichen Gewicht der Sozialbeiträge und ihrer Entwicklung. Dieser Sachverhalt wird auch in Übersicht 3 indirekt deutlich. Der Anteil der Einkommen aus unselbständiger Arbeit am gesamten Erwerbs- und Vermögenseinkommen der privaten Haushalte, der nichts anderes als eine Lohnquote darstellt, betrug im Jahr 1960 brutto 59,8% und lag 4,2 Prozentpunkte über dem Nettowert. Die größer gewordene Differenz von 9,5 Prozentpunkten im Jahr 1980 spiegelt die stärker gewordene Gesamtbelastung der „Bruttoerwerbsentgelte“ mit Steuern und Sozialbeiträgen wider.

Die Bereinigung um die Veränderung des Anteils der beschäftigten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Arbeitnehmerquote) gegenüber dem Basisjahr 1960 führt bei beiden Quoten zu einem Absinken auf 59,0% (brutto) bzw. 50,9% (netto) im Jahre 1980.

Zunehmende Bedeutung von Transfereinkommen

Zu den von privaten Haushalten (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) empfangenen laufenden Übertragungen rechnen neben den sonstigen Übertragungen (z. B. Schadensversicherungsleistungen, Zuschüsse an Verbände u. ä.) vor allem die sozialen Leistungen. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Geldleistungen der Sozialversicherungsträ-

Übersicht 4. Umverteilung der Einkommen der privaten Haushalte¹⁷⁾ über den Staat und Nettobelastung dieser Einkommen in Bayern 1960 bis 1980

Jahr ¹⁶⁾	Direkte Steuern und Sozialbeiträge an den Staat	Soziale Leistungen des Staates	Umver- teilungs- Saldo ¹⁸⁾ (Sp. 2 – Sp. 1)	Anteil Sp. 2 an Sp. 1	Anteil des ver- fügbaren Ein- kommens am Bruttoerwerbs- und vermögens- einkommen
	Millionen DM				%
	1	2	3	4	5
1960	7 396	5 272	– 2 124	71,3	93,9
1961	8 649	5 701	– 2 948	65,9	92,2
1962	9 829	6 220	– 3 609	63,3	91,2
1963	10 859	6 618	– 4 241	60,9	90,3
1964	11 889	7 414	– 4 475	62,4	90,7
1965	12 828	8 351	– 4 477	65,1	91,2
1966	14 497	9 110	– 5 387	62,8	90,1
1967	14 967	10 120	– 4 847	67,6	91,2
1968	16 451	10 651	– 5 800	64,7	90,5
1969	18 985	11 428	– 7 557	60,2	88,7
1970	22 508	12 292	– 10 216	54,6	86,5
1971	26 568	13 903	– 12 665	52,3	85,1
1972	29 957	15 854	– 14 103	52,9	84,7
1973	36 605	17 929	– 18 676	49,0	82,1
1974	40 430	20 802	– 19 628	51,5	82,4
1975	41 869	26 221	– 15 648	62,6	86,6
1976	47 852	27 892	– 19 960	58,3	84,6
1977	52 998	30 265	– 22 733	57,1	84,2
1978	56 586	32 061	– 24 525	56,7	84,0
1979	60 508	34 021	– 26 487	56,2	83,9
1980	65 198	36 163	– 29 035	55,5	83,6

16) Ab 1979 vorläufiges Ergebnis.

17) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

18) Arbeitnehmerquote nach dem Inländerkonzept.

19) Nettobelastung der Einkommen privater Haushalte.

ger, öffentliche Pensionen und sonstige staatliche Sozialleistungen (z. B. Kindergeld, Wohngeld u. a. m.). Die vergleichbaren Leistungen von Unternehmen und von privaten Haushalten spielen nur eine geringe Rolle. Die gesamten von den Haushalten empfangenen Transfereinkommen betrugen 1980 in Bayern rund 46 Milliarden DM, was einer Zunahme gegenüber 1960 um 607% entspricht. Die Transfereinkommen sind somit deutlich stärker gewachsen als die Bruttoleistungseinkommen (455%) oder die Nettoerwerbs- und -vermögenseinkommen (364%), wie aus Schaubild 2 ersichtlich wird. Das gesamte verfügbare Einkommen des Haushaltssektors (einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) bestand daher 1980 bereits zu 28,0% aus diesen empfangenen laufenden Übertragungen gegenüber 19,6% im Jahr 1960. Ein Vergleich mit der Entwicklung der Bruttoeinkommen macht zum einen den stabilisierenden Einfluß der Transfereinkommen in Rezessionsphasen deutlich. So stiegen insbesondere 1967 und 1975 die staatlichen Soziallei-

stungen mit 11% bzw. 26% deutlich überproportional zum Bruttoleistungseinkommen (0,2 bzw. 6,4%) der privaten Haushalte an. Daneben führten vor allem in der ersten Hälfte der 70er Jahre Leistungserhöhungen und -erweiterungen zu einem starken Anwachsen der sozialen Leistungen des Staates.

Stellt man den empfangenen die geleisteten laufenden Übertragungen – sie umfassen neben direkten Steuern und Sozialbeiträgen die nicht zurechenbaren Übertragungen²⁰⁾ – gegenüber, zeigt sich eine tendenziell steigende Entzugswirkung. Betrag der Anteil des verfügbaren Einkommens an den Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen 1960 noch 93,9%, so verringerte sich dieser Wert aufgrund des überproportionalen Anstiegs der von den Haushalten zu leistenden Übertragungen auf 83,6% im Jahr 1980. Beschränkt man diese Betrachtung auf die Gegenüberstellung von direkten Steuern und Sozialbeiträgen an den Staat einerseits und staatlichen Sozialleistungen andererseits (vgl. Übersicht 4), so ist neben dem stark steigenden Umverteilungssaldo, der für die Haushalte insgesamt negativ ist, vor allem die hohe Rückflußquote auffällig. Die Transfereinkommen an private Haushalte werden durchwegs überwiegend von diesem Sektor finanziert. So flossen z. B. 1980 von den an den Staat abgeführten 65,2 Milliarden DM immerhin 55,5% (36,2 Milliarden DM) an die Haushalte zurück. Diese Feststellung gilt nur für die Gesamtheit des Haushaltssektors. Die globale Betrachtungsweise der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen erlaubt keine Aussage darüber, wie effizient das Transfersystem gestaltet ist oder welche Personen- bzw. Haushaltsgruppen von der staatlichen Umverteilungspolitik begünstigt werden.

Übersicht 5. Nettolohn- und -gehaltssumme je beschäftigten Arbeitnehmer²¹⁾, verfügbares Einkommen der privaten Haushalte²²⁾ je Einwohner in Bayern 1960 bis 1980

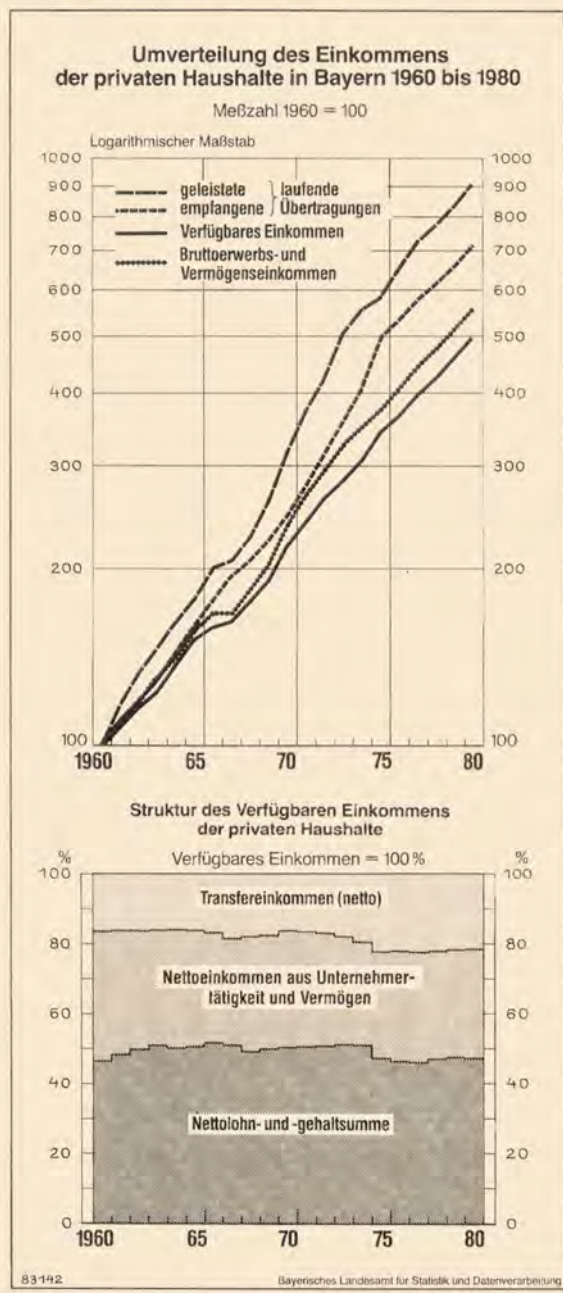
Jahr ²³⁾	Nettolohn- und -gehaltssumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer			Verfügbares Einkommen je Einwohner		
	DM	Meßzahl (1960 = 100)	Bundesdurchschnitt = 100	DM	Meßzahl (1960 = 100)	Bundesdurchschnitt = 100
1960 . . .	4 872	100	94,3	3 534	100	94,5
1961 . . .	5 310	109	93,9	3 772	107	94,6
1962 . . .	5 777	119	94,1	4 016	114	94,5
1963 . . .	6 120	126	94,3	4 200	119	95,2
1964 . . .	6 583	135	93,6	4 620	131	95,7
1965 . . .	7 192	148	93,0	5 059	143	95,7
1966 . . .	7 679	158	93,8	5 277	149	95,6
1967 . . .	7 875	162	93,5	5 323	151	94,3
1968 . . .	8 132	167	92,2	5 734	162	94,2
1969 . . .	8 699	179	91,8	6 129	173	94,0
1970 . . .	9 867	203	92,7	6 947	197	94,1
1971 . . .	10 820	222	92,6	7 535	213	93,9
1972 . . .	11 779	242	92,5	8 163	231	95,0
1973 . . .	12 674	260	91,8	8 719	247	94,5
1974 . . .	13 871	285	91,5	9 400	266	94,2
1975 . . .	14 837	305	91,2	10 532	298	95,7
1976 . . .	15 384	316	90,6	11 244	318	96,1
1977 . . .	16 539	339	92,2	12 175	345	96,7
1978 . . .	17 725	364	93,0	13 057	369	97,2
1979 . . .	18 757	385	93,0	14 048	398	97,0
1980 . . .	19 788	406	93,5	15 042	426	98,3

20) Sie bestehen aus Steuern im Zusammenhang mit dem privaten Verbrauch, freiwilligen Sozialversicherungsbeiträgen von Selbständigen, Hausfrauen u. ä., Nettoprämien für Schadenversicherungen (abzüglich Schadenversicherungsleistungen), Rückerstattungen und sonstigen laufenden Übertragungen an den Staat sowie internationalen privaten Übertragungen.

21) Inländer (Wohnortkonzept).

22) Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Einbezogen sind die nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

23) Ab 1979 vorläufiges Ergebnis.



Verfügbares Einkommen auf das 5fache gewachsen

Die privaten Haushalte (einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck) in Bayern verfügten 1980 über ein ausgabefähiges Einkommen in Höhe von rund 163,9 Milliarden DM. Gegenüber 1960 stieg ihr verfügbares Einkommen somit auf etwa das 5fache. Die Struktur des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte hat sich aufgrund der unterschiedlichen Entwicklung der Nettoeinkommen im Beobachtungszeitraum wesentlich geändert (vgl. Schaubild 2). Der Anteil der Netto-lohn- und -gehaltsumme ist zunächst von 46,4% (1960) auf 51,6% (1966) gestiegen. Bis 1974 schwankte dieser Anteil um den 50%-Wert, er sackte allerdings 1975 – im Zusammenhang mit der bereits erwähnten Ausweitung der Transfereinkommen – deutlich ab (47,2%) und lag 1980 (47,1%) nur geringfügig über dem Ausgangsniveau (vgl. Zahlenteil). Der Anteil der Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit), der 1960 37,1% betrug, sank relativ rasch auf rund 33% (1963). In den Folgejahren lag dieser Anteilswert leicht schwankend zwischen rund 30% (1974) und 34% (1964).

Die per Saldo empfangenen Transfereinkommen, die 1960 mit ca. 5,5 Milliarden etwa ein Sechstel des verfügbaren Einkom-

mens ausmachten, betrugen 1980 rund 35,5 Milliarden DM oder 21,6% des verfügbaren Einkommens.

Die gegenüber dem Bundesgebiet deutlich überdurchschnittliche Entwicklung der Nettoleistungseinkommen und des verfügbaren Einkommens in Bayern wird etwas abgeschwächt, wenn die Einkommenswerte auf die entsprechenden Bevölkerungszahlen bezogen werden (vgl. Übersicht 5).

Die Nettolohn- und -gehaltsumme je durchschnittlich beschäftigten Arbeitnehmer betrug 1980 in Bayern rund 19 800 DM; dieser Wert lag etwa 7 Prozentpunkte unter dem Bundesdurchschnitt. Damit konnte das Niveau von 1960, als die Abweichung zum Bundesdurchschnitt rund 6 Prozentpunkte betrug, bei dieser Beziehungszahl nicht ganz gehalten werden.

Das für Kaufkraftvergleiche verwendete verfügbare Einkommen der privaten Haushalte (einschließlich der nichtentnommenen Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit) je Einwohner erreichte 1980 in Bayern die Höhe von ca. 15 000 DM. Der Abstand zum Bundesniveau betrug rund 2 Prozentpunkte. Damit näherte sich Bayern bei diesem Pro-Kopf-Wert weiter an den Bundesdurchschnitt an.

Dipl.-Volkswirt Gerhard Schmidt

Quelle: „Bayern in Zahlen“ Heft 8/1983

Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

Bezeichnung	Einheit	2013	2014	2015	2015		2016			
		Monatsdurchschnitt			Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Bevölkerung ¹ und Erwerbstätigkeit										
* Bevölkerungsstand (Wertespalten 1 bis 3: zum 31.12.; sonst: Monatsende, ab Wertespalte 2: Basis Zensus 2011)	1 000	12 604	12 692	12 844	12 730	12 744	12 860	12 870	12 876	12 885
Natürliche Bevölkerungsbewegung ¹										
* Eheschließungen ²	Anzahl	4 969	5 194	5 428	9 079	7 266	2 894	4 623	7 514	8 285
* je 1 000 Einwohner	Anzahl	4,7	4,9	5,1	7,1	5,7	2,3	3,6	5,8	6,4
* Lebendgeborene ³	Anzahl	9 131	9 496	9 855	8 990	10 659	9 906	9 685	10 163	10 609
je 1 000 Einwohner	Anzahl	8,7	9,0	9,3	7,1	8,4	7,7	7,5	7,9	8,2
* Gestorbene ⁴	Anzahl	10 575	10 344	11 128	9 657	10 538	11 586	10 408	10 438	9 849
je 1 000 Einwohner	Anzahl	10,1	9,8	10,5	7,6	8,3	9,0	8,1	8,1	7,6
* und zwar im 1. Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	25	26	27	28	36	35	28	31	28
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	2,7	2,8	2,8	3,1	3,4	3,5	2,9	3,1	2,6
in den ersten 7 Lebenstagen Gestorbene	Anzahl	13	16	15	13	21	25	12	13	19
je 1 000 Lebendgeborene	Anzahl	1,4	1,6	2	1,4	2,0	2,5	1,2	1,3	1,8
* Überschuss der Geborenen bzw. der Gestorbenen (-)	Anzahl	-1 444	- 848	-1 194	- 667	121	-1 680	- 723	- 275	760
je 1 000 Einwohner	Anzahl	- 1,4	- 0,8	- 1,2	- 0,5	0,1	- 1,3	- 0,6	- 0,2	0,6
Totgeborene ³	Anzahl	29	31	33	40	32	37	38	32	36
Wanderungen ¹ (Wertespalten 4 bis 9: vorläufige Ergebnisse)										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	30 527	33 365	39 584	29 908	37 935	38 738	35 095	30 073	33 380
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	20 014	23 008	29 142	22 159	28 908	28 911	24 949	21 381	24 487
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	22 390	25 639	25 920	18 553	23 409	25 945	24 839	23 444	25 094
darunter in das Ausland	Anzahl	13 050	15 839	15 813	11 504	14 304	15 680	14 556	14 262	15 778
Zuzüge aus den anderen Bundesländern	Anzahl	10 514	10 356	10 441	7 749	9 027	9 827	10 146	8 692	8 893
Fortzüge in die anderen Bundesländer	Anzahl	9 340	9 800	10 107	7 049	9 105	10 265	10 283	9 182	9 316
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	Anzahl	8 137	7 726	13 663	11 355	14 526	12 793	10 256	6 629	8 286
* Innerhalb des Landes Umgezogene ⁵	Anzahl	43 522	44 525	44 486	35 048	41 236	44 594	43 811	43 156	41 386
		2015	2016	2015	2016			2017		
		Jahresdurchschnitt		Dez.	März	Juni	Sept.	Dez.	März	Juni
Arbeitsmarkt ⁶										
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁷	1 000	5 189,2	5 324,3	5 235,1	5 261,8	5 317,5	5 412,9	5 374,9	5 406,0	5 460,7
* Frauen	1 000	2 382,9	2 444,6	2 414,2	2 421,5	2 435,9	2 476,1	2 475,6	2 482,0	2 497,9
* Ausländer	1 000	597,9	664,4	620,5	640,0	670,8	693,6	685,6	710,8	739,7
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	1 338,3	1 401,9	1 370,1	1 382,3	1 403,7	1 421,2	1 430,8	1 442,4	1 463,0
* darunter Frauen	1 000	1 100,7	1 145,5	1 124,7	1 133,1	1 144,7	1 158,0	1 167,4	1 175,0	1 186,4
nach zusammengefassten Wirtschaftsabschnitten (WZ 2008)										
* A Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	27,2	27,8	24,3	27,0	29,5	30,1	25,1	28,4	30,9
* B-F Produzierendes Gewerbe	1 000	1 722,0	1 745,7	1 721,3	1 726,9	1 744,8	1 775,1	1 750,9	1 763,2	1 781,1
* B-E Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	1 433,2	1 447,9	1 439,6	1 438,0	1 442,3	1 462,5	1 457,8	1 459,9	1 467,5
* C Verarbeitendes Gewerbe	1 000	1 362,3	1 376,4	1 368,9	1 367,1	1 370,7	1 390,1	1 386,4	1 387,9	1 394,8
* F Baugewerbe	1 000	288,8	297,8	281,7	288,9	302,5	312,6	293,1	303,3	313,6
* G-U Dienstleistungsbereiche	1 000	3 440,0	3 550,7	3 489,4	3 508,0	3 543,1	3 607,7	3 598,9	3 614,4	3 648,6
* G-I Handel, Verkehr und Gastgewerbe	1 000	1 124,2	1 153,3	1 137,2	1 138,8	1 150,4	1 172,9	1 164,4	1 164,8	1 175,7
* J Information und Kommunikation	1 000	187,1	195,7	189,7	192,7	195,8	199,3	200,2	204,1	206,6
* K Finanz- und Versicherungsdienstleister	1 000	189,8	188,4	189,9	188,2	187,5	189,1	187,5	185,2	182,7
* L Grundstücks- und Wohnungswesen	1 000	31,6	33,1	32,4	32,9	33,0	33,5	33,7	34,3	34,6
* M-N Freiberufliche, wissenschaftliche, technische Dienst- leister; sonst. wirtschaftlichen Dienstleister	1 000	647,9	682,2	659,8	669,1	683,6	699,3	693,5	705,7	722,8
* O-Q Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozial- versicherung; Erziehung und Unterricht; Gesundheit und Sozialwesen	1 000	1 083,5	1 118,6	1 103,9	1 108,2	1 111,7	1 132,0	1 141,4	1 142,0	1 147,1
* R-U Kunst, Unterhaltung und Erholung; sonstige Dienstleister; Private Haushalte; Exterritoriale Organisationen u Körperschaften	1 000	175,7	179,5	176,5	178,0	181,1	181,6	178,2	178,5	179,0
		2015	2016	2016			2017			
		Jahresdurchschnitt		Oktober	Nov.	Dez.	Sept.	Oktober	Nov.	Dez.
* Arbeitslose	1 000	256,5	250,6	228,1	228,3	234,5	221,1	208,9	208,5	213,6
* darunter Frauen	1 000	117,7	112,0	106,2	106,1	105,4	105,1	98,4	98,0	97,2
* Arbeitslosenquote insgesamt ⁸	%	3,6	3,5	3,2	3,2	3,3	3,0	2,9	2,9	2,9
* Frauen	%	3,5	3,3	3,1	3,1	3,1	3,1	2,9	2,9	2,8
* Männer	%	3,7	3,7	3,2	3,2	3,4	3,0	2,9	2,9	3,0
* Ausländer	%	8,6	8,9	8,3	8,3	8,5	7,4	7,0	7,0	7,2
* Jugendliche	%	3,1	3,2	2,8	2,6	2,6	3,1	2,5	2,3	2,3
* Kurzarbeiter ⁹	1 000	20,3	19,5	5,9	6,0	26,2
* Gemeldete Stellen ¹⁰	1 000	87,8	103,9	110,5	109,6	106,2	126,6	127,4	126,9	124,6
* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.		3 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.		4 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.		unter anderem bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten neue Personengruppen aufgenommen und neue Erhebungsinhalte eingeführt.				
		5 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.		6 Auswertungen aus der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit. Zahlenwerte vorläufig. Die Bundesagentur für Arbeit hat die Beschäftigungsstatistik revidiert. Dabei wurden		7 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.				
						8 Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen.				
						9 Die Bundesagentur für Arbeit hat die Zahlen zu den Kurzarbeitern im Mai 2017 rückwirkend bis November 2011 revidiert.				
						10 Ohne geförderte Stellen.				

1 Durch neues technisches Aufbereitungsverfahren und Änderungen des Standard der Datenlieferungen Verzögerungen bei der Softwareerstellung.

2 Nach dem Ereignisort.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2016			2017			
		Monatsdurchschnitt		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.
Landwirtschaft										
Schlachtungen ¹										
Anzahl										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000	511,6	495,6	522,4	524,5	522,5	466,2	515,4	508,5	531,3
darunter Rinder	1 000	77,3	77,6	82,4	80,3	89,0	65,2	76,7	80,3	89,9
darunter Kälber ²	1 000	1,5	1,5	1,4	1,6	1,6	1,0	1,2	1,3	1,4
Jungrinder ³	1 000	0,5	0,4	0,5	0,4	0,5	0,3	0,3	0,3	0,4
Schweine	1 000	423,9	407,4	423,5	433,8	423,6	393,5	426,2	418,6	430,9
Schafe	1 000	9,6	9,9	15,9	9,5	9,4	7,0	11,8	9,0	9,7
darunter gewerbl. Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000	506,8	493,1	520,6	521,8	518,3	465,2	513,4	506,0	527,5
darunter Rinder	1 000	76,5	77,2	82,1	79,8	88,3	65,0	76,3	79,8	89,3
darunter Kälber ²	1 000	1,4	1,4	1,4	1,5	1,5	0,9	1,1	1,2	1,3
Jungrinder ³	1 000	0,4	0,4	0,5	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Schweine	1 000	421,2	405,9	423,5	432,4	420,9	393,1	425,5	417,4	428,6
Schafe	1 000	8,5	9,3	15,0	8,7	8,5	6,7	11,0	8,2	8,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht ⁴										
Rinder	kg	344,1	343,3	339,6	339,3	343,5	344,3	342,5	343,3	347,5
darunter Kälber ²	kg	108,4	111,2	112,6	120,0	117,0	111,5	113,9	113,8	118,8
Jungrinder ³	kg	177,9	184,1	187,2	189,0	179,3	188,8	188,0	195,0	185,6
Schweine	kg	96,0	96,1	95,4	96,0	97,0	95,1	96,1	97,3	98,1
Gesamtschlachtgewicht ⁵										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel)	1 000 t	67,5	66,0	68,7	69,1	71,8	60,0	67,5	68,5	73,7
darunter Rinder	1 000 t	26,6	26,6	28,0	27,2	30,5	22,4	26,2	27,5	31,2
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	40,7	39,2	40,4	41,6	41,1	37,4	41,0	40,7	42,3
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
darunter gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel)	1 000 t	67,0	65,7	68,5	68,8	71,4	59,9	67,3	68,2	73,3
darunter Rinder	1 000 t	26,4	26,5	27,9	27,1	30,4	22,4	26,1	27,4	31,0
darunter Kälber ²	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,2
Jungrinder ³	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Schweine	1 000 t	40,4	39,0	40,3	41,5	40,8	37,4	40,9	40,6	42,0
Schafe	1 000 t	0,2	0,2	0,3	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2
Geflügel										
Hennenhaltungsplätze ⁶	1 000	5 091	5 227	5 241	5 244	5 280	5 364	5 377	5 369	5 385
Legehennenbestand ⁶	1 000	4 499	3 648	3 834	3 940	3 994	3 748	3 539	3 480	3 552
Konsumeier ⁶	1 000	114 059	89 906	91 971	98 581	100 228	96 308	85 775	86 777	84 635
Geflügelfleisch ⁷	1 000 t	13,7	14,1	16,0	16,4	16,1	15,0	15,5	14,9	15,3
Getreideanlieferungen ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	3,9	4,0	5,1	1,5	2,7	12,8r	3,2	1,5	1,7
Weizen	1 000 t	33,7	33,7	31,1	19,9	27,1	104,3r	47,9r	18,1r	26,2
Gerste	1 000 t	8,9	7,8	8,0	4,2	4,5	15,3r	13,9	4,6	7,2
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	0,3	0,3	0,4	0,2	0	0,7	0,5	0,5	0,4
Vermahlung von Getreide ^{8,9}										
Getreide insgesamt	1 000 t	106,9	112,7	116,2	120,5	122,1	110,3	114,8	119,9	121,2
darunter Roggen und -gemenge	1 000 t	11,9	11,6	11,3	12,1	12,6	11,3	11,2	11,4	11,5
Weizen und -gemenge	1 000 t	95,0	101,2	104,9	108,4	109,5	99,0	103,6	108,5	109,7
Vorräte in zweiter Hand ^{8,9}										
Roggen und Wintermenggetreide	1 000 t	51,2	43,6	64,9	58,2	54,8	61,2r	62,6r	56,8r	54,3
Weizen	1 000 t	490,3	486,3	637,3	573,0	572,5	624,0r	625,9r	562,2r	534,3
Gerste	1 000 t	332,1	321,5	424,4	385,8	348,2	429,9r	435,6r	405,1r	374,8
Hafer und Sommermenggetreide	1 000 t	6,5	9,1	13,6	13,3	12,9	14,5r	20,0r	20,5r	21,5
Mais	1 000 t	63,2	72,3	18,1	122,2	124,3	20,4r	20,0r	130,8r	139,7
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt	1 000 hl	2 124r	1 661	1 699r	2 387	2 002	1 871	1 870
dav. Bier der Steuerklassen bis 10	1 000 hl	101r	71r	71r	170	86	106	104
11 bis 13	1 000 hl	1 576r	1 557r	1 591r	2 184	1 435	1 717	1 707
14 oder darüber	1 000 hl	12	33r	37	33	28	47	59
dar. Ausfuhr zusammen	1 000 hl	431	314	357	589	450	410	419
dav. in EU-Länder	1 000 hl	287	201	235	396	303	265	272
in Drittländer	1 000 hl	144	114r	122	193	146	145	147

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Höchstens 8 Monate alt. Ergebnisse ab 2009 mit Vorjahren wegen methodischer Änderungen nur eingeschränkt vergleichbar.

3 Kälber über 8, aber höchstens 12 Monate alt.

4 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

5 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

6 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

7 2009 Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat, ab 2010 alle Geflügelschlachtereien, die nach dem EV-Hygiene-recht im Besitz einer Zulassung sind.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten „Monatsdurchschnitt“ sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2016			2017			
		Monatsdurchschnitt		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.
Gewerbeanzeigen ¹										
* Gewerbeanmeldungen ²	1 000	9,7	12,7	9,6	9,1	9,2	9,0	9,0	9,1	...
* Gewerbeabmeldungen ³	1 000	8,6	12,9	8,0	7,7	8,6	7,5	7,4	7,6	...
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ⁴										
* Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten	Anzahl	3 911	3 965	3 974	3 970	3 968	4 017	4 016	4 016	4 013
* Beschäftigte	1 000	1 135	1 153	1 166	1 162	1 163	1 183	1 190	1 191	1 192
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	1 000	388	392	396	395	395	411	413	413	414
Investitionsgüterproduzenten	1 000	542	551	556	555	555	555	560	561	562
Gebrauchsgüterproduzenten	1 000	36	37	37	37	37	38	38	38	38
Verbrauchsgüterproduzenten	1 000	166	171	175	173	173	177	177	177	175
Energie	1 000	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	146 141	147 575	150 410	147 667	157 660	141 341	150 693	149 996	159 501
* Bruttoentgelte	Mill. €	4 885	5 083	4 696	4 713	6 346	4 942	4 867	4 954	6 636
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. €	27 327	27 292	29 607	27 840	29 942	27 969	30 976	28 792	34 031
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. €	7 416	7 463	8 104	7 368	7 882	8 158	8 574	8 214	8 946
Investitionsgüterproduzenten	Mill. €	15 358	15 807	16 696	15 836	17 297	15 003	17 468	15 654	20 009
* Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. €
* Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. €	3 221	3 238	3 441	3 234	3 381	3 562	3 564	3 520	3 612
* Energie	Mill. €
* darunter Auslandsatz	Mill. €	14 717	14 991	16 138	14 806	15 717	15 274	17 161	15 480	12 567
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung										
von Steinen und Erden	%	112,8	114,7	122,4	114,7	122,5	113,7	121,9	117,8	135,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	%	91,2	101,3	113,8	107,1	113,2	107,8	105,1	102,3	112,8
Verarbeitendes Gewerbe	%	112,9	114,8	122,4	114,8	122,6	113,8	122,0	117,8	135,1
Vorleistungsgüterproduzenten	%	109,8	112,7	119,7	114,5	119,3	118,7	125,9	123,2	131,7
Investitionsgüterproduzenten	%	116,5	117,5	124,8	116,4	126,4	112,0	121,2	115,7	141,4
Gebrauchsgüterproduzenten	%
Verbrauchsgüterproduzenten	%	108,0	110,2	118,9	110,3	115,5	114,2	116,9	114,2	121,0
Energie	%
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (2010 ± 100) ⁴										
Verarbeitendes Gewerbe ⁵ insgesamt										
Inland	%	118,3	123,5	131,9	123,1	129,9	112,2	145,0	130,4	139,6
Ausland	%	110,0	114,9	119,1	112,3	121,1	112,6	122,4	114,2	126,7
Vorleistungsgüterproduzenten	%	123,7	129,0	140,2	130,1	135,5	112,0	159,6	140,8	147,8
Investitionsgüterproduzenten	%	114,1	116,6	119,7	113,7	123,5	134,5	128,3	127,5	134,5
Gebrauchsgüterproduzenten	%	120,6	127,4	138,6	128,0	133,7	103,0	153,8	132,5	142,6
Verbrauchsgüterproduzenten	%	100,8	100,9	109,3	111,0	108,5	95,5	118,6	118,3	126,1
Verbrauchsgüterproduzenten	%	116,8	114,6	108,0	106,9	115,9	129,0	117,4	116,0	126,1

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Ohne Reisegewerbe.

2 Vormalig nur Neugründungen und Zuzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbebeanmeldungen insgesamt.

3 Vormalig nur vollständige Aufgaben und Fortzüge (ohne Umwandlungen und Übernahmen), ab sofort Gewerbeabmeldungen insgesamt.

4 In der Abgrenzung der WZ 2008. Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen. Aufgrund revidierter Betriebsmeldungen sind die Umsatzwerte ab dem Jahr 2014 mit den vorhergehenden Zeiträumen nicht vergleichbar.

5 Nur auftragseingangsmeldepflichtige Wirtschaftsklassen.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2016			2017			
		Monatsdurchschnitt		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.
Baugewerbe ¹										
Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau ²										
Tätige Personen im Bauhauptgewerbe ³	1 000	81	83	86	86	85	89	90	90	89
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	7 840	8 081	9 838	9 135	9 585	8 883	9 785	9 464	10 053
dav. für Wohnungsbauten	1 000	2 377	2 420	2 853	2 785	2 875	2 511	2 918	2 859	3 058
gewerblichen und industriellen Bau ⁴	1 000	2 699	2 713	3 085	2 892	3 147	2 976	3 095	3 009	3 246
Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	2 764	2 947	3 900	3 458	3 563	3 396	3 772	3 595	3 748
Entgelte	Mill. €	251,6	260,4	275,7	269,1	329,8	301,6	287,1	295,7	353,8
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 125,3	1 205,7	1 410,3	1 412,2	1 558,4	1 473,5	1 540,4	1 562,5	1 714,0
dav. Wohnungsbau	Mill. €	316,2	329,0	377,0	361,7	405,0	384,7	403,8	422,7	458,7
gewerblicher und industrieller Bau	Mill. €	462,2	476,9	530,3	550,9	611,4	570,1	599,7	591,5	638,7
öffentlicher und Verkehrsbau	Mill. €	360,9	399,8	503,1	499,6	542,0	518,8	537,0	548,4	616,6
Messzahlen (2010 ≙ 100)										
Index des Auftragseingangs im Bauhauptgewerbe insg.	Messzahl	132,4	145,6	149,2	115,0	120,0	151,2	150,9	131,6	141,6
davon Wohnungsbau	Messzahl	154,9	166,4	222,8	147,9	147,8	177,8	185,9	166,6	151,2
gewerblicher und industrieller Bau	Messzahl	127,2	139,1	119,0	117,2	94,4	134,1	137,1	120,6	130,1
öffentlicher und Verkehrsbau	Messzahl	123,3	138,9	134,0	90,9	130,0	152,6	143,1	120,6	148,0
darunter Straßenbau	Messzahl	125,9	165,6	138,5	91,9	217,5	158,5	145,2	104,8	117,0
Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe ⁵										
Tätige Personen im Ausbaugewerbe	1 000	61	63	64	.	.	.	66	.	.
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	18 739	19 032	19 530	.	.	.	20 246	.	.
Entgelte	Mill. €	482,9	506,5	508,7	.	.	.	542	.	.
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. €	1 896,1	1 978,8	1 988,6	.	.	.	2 067,2	.	.
Energie- und Wasserversorgung										
Betriebe	Anzahl	257	275	275	275	275	276	275	276	276
Beschäftigte	Anzahl	29 461	29 483	29 839	29 753	29 833	30 240	30 684	30 591	30 652
Geleistete Arbeitsstunden ⁶	1 000	3 560	3 592	3 597	3 668	3 851	3 390	3 527	3 563	3 944
Bruttolohn- und -gehaltssumme	Mill. Euro	130	133	120	123	217	125	123	127	226
Bruttostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ..	Mill. kWh	4 919,6	4 541,2	4 590,7	4 668,4	4 771,8	4 461,4	4 709,4	4 680,6	.
Nettostromerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ...	Mill. kWh	4 654,1	4 303,9	4 341,4	4 405,2	4 522,2	4 250,5	4 484,6	4 451,9	.
dar. in Kraft-Wärme-Kopplung	Mill. kWh	467,6	543,9	348,6	568,9	725,2	359,8	425,4	542,3	.
Nettowärmeerzeugung der Kraftwerke der allg. Versorgung ⁷ ..	Mill. kWh	1 037,5	1 123,1	647,2	1 129,0	1 503,2	584,8	791,2	997,0	.
Handwerk (Messzahlen) ⁸										
Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2009 ≙ 100)	Messzahl	.	.	104,6
Umsatz ⁹ (VjD 2009 ≙ 100) (ohne Umsatzsteuer)	Messzahl	.	.	119,6
Bautätigkeit und Wohnungswesen										
Baugenehmigungen ¹⁰										
Wohngebäude ¹¹ (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	2 116	2 237	2 227	2 148	1 980	2 411	2 153	2 206	1 937
darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	1 852	1 920	1 907	1 788	1 722	2 050	1 830	1 853	1 609
Umbauter Raum	1 000 m³	2 771	3 117	3 143	3 163	2 663	3 445	3 039	3 333	2 770
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	898	1 057	1 076	1 080	930	1 252	1 082	1 227	990
Wohnfläche	1 000 m²	483	548	549	563	463	601	536	580	487
Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	648	670	707	644	574	849	727	691	608
Umbauter Raum	1 000 m³	4 020	4 112	5 324	3 661	3 541	5 705	4 983	4 292	4 697
Veranschlagte Baukosten	Mill. €	614	675	883	632	590	1 028	844	849	757
Nutzfläche	1 000 m²	590	609	780	554	540	848	723	676	653
Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	5 138	6 212	6 691	6 670	5 244	6 585	6 070	6 613	6 252
Wohnräume ¹² insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	21 200	23 786	24 093	24 878	20 416	25 272	22 919	24 712	21 715
		2015	2016 ¹³	2016 ¹³			2017 ¹³			
		Monatsdurchschnitt		August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober
Handel und Gastgewerbe										
Außenhandel										
Einfuhr insgesamt (Generalhandel) ¹⁴	Mill. €	13 438,0	13 833,2	13 124,2	14 501,7	14 178,1	14 812,8	14 560,8	15 107,9	15 362,6
darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	740,4	758,0	693,3	768,3	672,9	789,3	789,4	807,1	839,5
Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	12 022,0	12 258,4	11 433,8	12 628,1	12 408,9	12 893,4	12 688,8	13 141,6	13 331,0
davon Rohstoffe	Mill. €	1 009,9	873,8	877,3	891,1	1 065,3	818,1	816,0	908,6	981,2
Halbwaren	Mill. €	516,3	485,8	440,1	447,7	460,4	544,0	555,4	552,6	535,1
Fertigwaren	Mill. €	10 495,8	10 898,8	10 116,4	11 289,4	10 883,2	11 531,3	11 317,4	11 680,5	11 814,7
davon Vorerzeugnisse	Mill. €	827,2	819,6	767,4	824,9	791,4	911,2	886,8	883,4	918,4
Enderzeugnisse	Mill. €	9 668,5	10 079,2	9 348,9	10 464,5	10 091,7	10 620,0	10 430,6	10 797,1	10 896,3

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2008 (WZ 2008).

2 Ergebnisse aus dem Monatsbericht im Bauhauptgewerbe.

3 Einschl. unbefähigte mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftlicher Bau.

5 Ergebnisse aus der vierteljährlichen Erhebung im Ausbaugewerbe.

6 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft.

7 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m³.

8 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

9 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

10 Die Monatsergebnisse sind vorläufig, da diese keine Tekturen (nachträgliche Baugenehmigungsänderungen) enthalten.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Wohnräume mit jeweils mindestens 6 m² Wohnfläche sowie abgeschlossene Küchen.

13 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

14 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intra-handelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016 ¹	2016 ¹			2017 ¹			
		Monatsdurchschnitt		August	Sept.	Oktober	Juli	August	Sept.	Oktober
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter ² aus										
* Europa ³	Mill. €	9 247,6	9 735,9	8 916,9	10 326,0	10 030,6	10 278,2	9 962,8	10 740,2	10 918,2
* dar. aus EU-Ländern ⁴ insgesamt	Mill. €	8 018,8	8 501,6	7 723,8	9 086,8	8 672,8	9 103,2	8 880,7	9 489,8	9 670,5
dar. aus Belgien	Mill. €	298,4	326,8	309,7	370,1	296,4	319,8	321,5	342,6	353,8
Bulgarien	Mill. €	38,2	44,8	44,2	46,8	41,6	60,9	55,5	58,6	59,5
Dänemark	Mill. €	58,5	60,4	56,1	63,9	66,5	65,9	65,6	69,7	69,4
Finnland	Mill. €	40,7	41,4	35,1	44,6	48,0	41,5	45,8	47,4	44,5
Frankreich	Mill. €	525,4	545,4	470,8	568,6	550,1	612,6	732,1	642,0	638,4
Griechenland	Mill. €	32,1	34,8	29,9	38,4	28,9	45,7	38,0	31,8	42,5
Irland	Mill. €	108,0	99,9	92,4	102,8	118,2	114,5	100,3	103,5	145,1
Italien	Mill. €	876,5	927,0	819,1	972,8	920,5	996,2	883,7	994,1	1 057,7
Luxemburg	Mill. €	24,2	23,9	23,2	21,9	22,1	21,9	24,0	23,9	27,0
Niederlande	Mill. €	711,4	755,4	696,2	810,7	757,2	713,6	779,7	759,8	826,3
Österreich	Mill. €	1 236,1	1 264,5	1 182,8	1 378,1	1 263,3	1 440,4	1 316,1	1 391,7	1 389,7
Polen	Mill. €	729,4	803,4	773,3	853,5	804,8	919,8	883,2	883,0	908,1
Portugal	Mill. €	75,1	78,4	77,2	79,5	79,9	88,3	102,8	101,8	114,2
Rumänien	Mill. €	236,1	246,5	239,2	260,9	251,7	311,7	300,7	345,8	345,5
Schweden	Mill. €	103,2	112,4	109,4	121,2	112,3	126,0	108,8	125,3	125,9
Slowakei	Mill. €	286,8	345,4	370,7	378,0	362,5	330,2	301,9	328,6	348,2
Slowenien	Mill. €	85,9	92,4	82,1	99,0	98,7	108,1	104,3	121,5	123,2
Spanien	Mill. €	349,1	339,6	231,2	349,9	354,5	320,6	260,5	347,2	334,3
Tschechische Republik	Mill. €	956,9	1 096,7	974,8	1 159,6	1 191,7	1 139,5	1 175,1	1 233,9	1 277,0
Ungarn	Mill. €	709,8	712,6	595,5	786,8	752,2	731,9	691,9	899,8	790,1
Vereinigtes Königreich	Mill. €	464,1	469,3	441,4	492,3	466,4	498,6	507,0	544,4	550,1
Russische Föderation	Mill. €	462,3	416,6	416,2	423,1	518,2	260,2	215,9	346,0	372,9
* Afrika ³	Mill. €	264,9	201,9	224,9	189,9	244,0	306,4	333,5	265,1	305,8
dar. aus Südafrika	Mill. €	38,4	47,4	45,1	41,9	66,0	110,9	97,8	30,2	35,6
* Amerika	Mill. €	1 169,6	1 147,4	1 126,0	1 169,0	1 073,9	1 048,8	1 000,8	1 046,8	1 157,5
darunter aus den USA	Mill. €	1 005,7	970,7	975,9	997,2	906,0	889,1	834,0	886,7	992,6
* Asien ³	Mill. €	2 745,4	2 736,0	2 846,4	2 800,7	2 819,0	3 165,4	3 245,0	3 042,6	2 968,6
darunter aus der Volksrepublik China	Mill. €	1 230,7	1 190,1	1 256,3	1 244,0	1 187,4	1 285,3	1 403,5	1 305,4	1 257,3
Japan	Mill. €	240,4	274,4	266,6	293,1	293,3	278,8	260,0	255,5	267,6
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	10,4	11,9	10,0	16,1	10,6	14,0	18,7	13,2	12,5
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) ⁵	Mill. €	14 910,8	15 236,0	14 445,9	16 284,3	15 417,9	16 462,7	15 258,0	16 402,2	16 272,6
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. €	726,6	732,4	741,2	762,7	713,8	786,2	770,8	796,2	771,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. €	13 807,4	14 120,8	13 158,3	14 910,3	14 125,5	15 093,5	13 937,6	14 998,7	14 897,6
* davon Rohstoffe	Mill. €	81,7	76,2	64,0	77,0	73,6	78,3	71,7	76,7	84,8
* Halbwaren	Mill. €	529,1	520,1	507,3	572,3	555,9	643,4	552,8	593,1	649,5
* Fertigwaren	Mill. €	13 196,7	13 524,6	12 587,0	14 261,1	13 496,0	14 371,9	13 313,1	14 328,9	14 163,3
* davon Vorerzeugnisse	Mill. €	1 035,1	1 039,1	999,8	1 066,8	1 035,4	1 108,4	1 061,9	1 148,0	1 135,6
* Enderzeugnisse	Mill. €	12 161,6	12 485,4	11 587,2	13 194,3	12 460,6	13 263,5	12 251,2	13 180,9	13 027,7
darunter ² nach										
* Europa ³	Mill. €	9 342,3	9 771,4	9 103,5	10 631,8	10 022,1	10 327,9	9 453,4	10 561,7	10 543,5
* dar. in EU-Länder ⁴ insgesamt	Mill. €	8 245,6	8 624,4	7 958,5	9 328,5	8 847,4	9 098,8	8 262,1	9 267,8	9 341,0
dar. nach Belgien	Mill. €	406,9	429,3	381,3	441,4	443,5	419,5	398,4	449,2	462,2
Bulgarien	Mill. €	37,4	37,5	33,6	37,3	35,1	42,7	44,3	42,7	52,9
Dänemark	Mill. €	120,9	125,0	114,0	133,7	123,1	115,3	136,5	140,4	151,5
Finnland	Mill. €	101,5	103,7	95,2	110,7	109,4	118,2	101,9	121,8	126,6
Frankreich	Mill. €	1 016,5	1 053,6	949,0	1 081,9	1 103,6	1 073,7	957,5	1 143,7	1 149,2
Griechenland	Mill. €	42,6	44,4	32,6	45,6	42,8	43,7	41,1	45,5	43,2
Irland	Mill. €	58,9	59,6	41,0	54,6	50,6	58,5	60,6	63,1	57,4
Italien	Mill. €	906,1	981,2	799,3	1 049,5	1 022,5	1 134,4	840,8	1 120,9	1 085,7
Luxemburg	Mill. €	39,6	44,4	37,4	45,8	45,0	48,3	40,5	49,8	47,3
Niederlande	Mill. €	508,6	528,2	486,5	566,2	541,4	511,4	518,5	554,5	548,9
Österreich	Mill. €	1 153,8	1 217,9	1 174,8	1 313,5	1 256,1	1 348,2	1 183,0	1 324,5	1 328,8
Polen	Mill. €	494,8	537,0	497,1	607,1	549,2	559,8	544,3	595,3	620,3
Portugal	Mill. €	96,5	105,8	76,3	100,6	115,3	115,1	104,5	111,5	106,2
Rumänien	Mill. €	155,3	183,6	182,3	203,3	188,3	201,6	217,5	215,6	228,9
Schweden	Mill. €	297,5	308,9	283,8	339,7	310,6	281,8	290,1	308,7	314,1
Slowakei	Mill. €	177,4	183,2	188,9	201,7	190,5	168,7	196,0	231,3	214,8
Slowenien	Mill. €	60,8	65,8	66,9	74,4	69,1	78,2	77,1	79,0	86,8
Spanien	Mill. €	420,7	459,7	404,0	475,5	504,4	541,5	420,8	531,3	526,8
Tschechische Republik	Mill. €	498,7	528,8	511,4	587,4	535,1	516,1	518,7	550,1	594,5
Ungarn	Mill. €	261,4	277,3	273,5	292,1	300,6	294,2	295,6	328,3	318,6
Vereinigtes Königreich	Mill. €	1 289,8	1 243,6	1 238,2	1 454,7	1 202,8	1 304,4	1 161,6	1 139,7	1 156,1
Russische Föderation	Mill. €	210,1	218,0	231,6	260,9	234,1	269,7	262,7	291,0	245,5
* Afrika ³	Mill. €	236,3	217,2	217,2	234,4	207,5	250,2	209,0	202,0	227,1
dar. nach Südafrika	Mill. €	95,0	81,0	82,6	83,1	78,1	89,4	84,3	82,2	73,8
* Amerika	Mill. €	2 411,3	2 222,3	2 258,5	2 252,9	2 168,0	2 475,4	2 240,5	2 371,6	2 331,8
darunter in die USA	Mill. €	1 897,2	1 711,7	1 714,4	1 742,7	1 707,2	1 875,8	1 674,6	1 806,4	1 735,7
* Asien ³	Mill. €	2 779,6	2 876,0	2 734,2	3 031,5	2 881,4	3 234,8	3 186,4	3 106,1	3 020,8
darunter in die Volksrepublik China	Mill. €	1 202,5	1 248,7	1 157,9	1 276,0	1 245,8	1 445,9	1 404,7	1 385,1	1 289,8
nach Japan	Mill. €	276,2	301,9	280,7	316,1	321,5	364,3	328,1	313,6	326,5
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete	Mill. €	139,9	147,6	132,6	133,7	138,8	174,5	168,8	160,9	149,5

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

- 1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.
- 2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.
- 3 Ceuta und Melilla werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Afrika zugeordnet. Georgien, Armenien,

Aserbaidschan, Kasachstan, Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Kirgistan werden bis einschließlich Berichtsjahr 2011 Europa und ab 2012 Asien zugeordnet.
⁴ EU 27. Ab Juli 2013 28.
⁵ Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsresultat“.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016 ¹	2016 ¹			2017 ¹			
		Monatsdurchschnitt	Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.	
Großhandel (2010 ± 100) ^{2, 3}										
* Index der Großhandelsumsätze nominal	%	107,8	108,7	115,3	111,2	117,6	113,3	120,2	120,1	.
* Index der Großhandelsumsätze real ⁴	%	103,4	104,9	111,2	106,8	113,1	106,8	113,5	113,4	.
* Index der Beschäftigten im Großhandel	%	110,2	111,2	112,7	112,7	112,8	113,9	114,9	115,0	.
Einzelhandel (2010 ± 100) ^{2, 5}										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal	%	125,1	135,7	131,8	140,1	147,7	136,5	142,2	142,3	160,4
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art ⁶	%	117,2	124,2	121,9	126,8	127,8	128,5	132,2	135,1	138,6
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren ⁶	%	112,7	117,6	117,5	117,8	115,9	119,1	121,9	120,8	122,5
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln ⁶	%	126,2	133,6	131,0	137,6	137,4	136,7	134,5	140,4	142,0
Sonstiger Facheinzelhandel ⁶	%	119,5	124,1	123,1	135,0	126,6	121,6	131,0	127,7	130,4
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen)	%	221,8	280,4	262,5	282,7	358,7	281,2	294,4	293,4	418,5
* Index der Einzelhandelsumsätze real ⁴	%	119,3	128,9	124,7	131,9	139,7	128,3	132,4	131,9	149,7
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel	%	107,3	108,7	109,7	110,0	111,7	110,6	111,8	111,9	112,4
Kfz-Handel (2010 ± 100) ^{2, 7}										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel nominal	%	112,8	119,4	122,5	123,4	128,9	117,4	122,2	128,9	.
* Index der Umsätze im Kfz-Handel real ⁴	%	109,3	114,5	117,3	118,1	123,1	110,9	115,2	121,6	.
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel	%	114,2	116,8	119,6	119,8	119,8	119,1	122,4	122,5	.
Gastgewerbe (2010 ± 100) ²										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal	%	122,9	127,6	153,5	140,6	112,8	144,1	154,8	143,3	114,5
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis	%	128,7	134,4	170,9	154,9	117,0	153,7	172,2	155,2	117,5
Sonstiges Beherbergungsgewerbe	%	167,3	362,5	380,5	412,4	400,6	280,2	378,4	384,2	371,1
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen	%	117,6	121,0	137,7	126,8	106,7	135,8	137,2	132,2	110,6
Sonstiges Gaststättengewerbe	%	117,7	121,0	140,8	128,1	105,6	138,3	141,1	133,2	109,4
Kantinen und Caterer	%	125,2	130,7	139,0	143,3	136,3	117,7	147,5	145,0	134,7
* Index der Gastgewerbeumsätze real ⁴	%	110,8	112,7	134,1	123,3	99,0	124,4	132,5	123,0	98,5
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe	%	108,4	110,1	116,3	113,6	107,8	116,1	117,3	115,3	109,4
Fremdenverkehr ⁸										
* Gästeankünfte	1 000	2 850	2 884	3 612	3 306	2 359	3 996	3 771	3 384	2 411
* darunter Auslandsgäste	1 000	711	696	862	700	524	1 122	968	757	556
* Gästeübernachtungen	1 000	7 342	7 409	9 241	8 366	5 541	11 343	9 545	8 576	5 697
* darunter Auslandsgäste	1 000	1 463	1 422	1 726	1 434	1 081	2 349	1 978	1 583	1 155
Verkehr										
Straßenverkehr										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt ⁹	Anzahl	60 725	64 910	70 703	61 899	61 752	58 986	69 789	64 910	68 614
darunter Krafträder ¹⁰	Anzahl	3 377	4 002	3 206	1 959	1 631	3 024	2 492	1 611	890
* Personenkraftwagen und sonstige „M1“-Fahrzeuge	Anzahl	51 721	55 045	60 764	54 519	54 330	50 443	60 887	56 227	61 196
* Lastkraftwagen	Anzahl	3 820	4 112	4 090	3 954	4 458	3 952	4 741	5 363	4 817
* Zugmaschinen	Anzahl	1 442	1 364	2 186	1 147	1 001	1 206	1 302	1 416	1 357
sonstige Kraftfahrzeuge	Anzahl	245	257	286	209	213	280	259	238	252
Beförderte Personen im Schienen- und gewerblichen Omnibuslinienverkehr insgesamt (Quartalsergebnisse) ¹¹	1 000	106 408	110 936	312 035	.	.	.	309 293	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen	1 000	91 908	94 728	268 847	.	.	.	266 453	.	.
private Unternehmen	1 000	14 501	16 208	43 187	.	.	.	42 840	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt ¹²	Anzahl	32 594	33 175	34 261	35 245	33 751	31 525	33 273	34 724	...
* davon Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	4 486	4 542	5 695	4 502	3 957	4 943	4 444	4 323	...
mit nur Sachschaden	Anzahl	28 108	28 633	28 566	30 743	29 794	26 582	28 829	30 401	...
* Getötete Personen ¹³	Anzahl	51	51	71	56	42	52	65	55	...
* Verletzte Personen	Anzahl	5 930	5 980	7 372	6 018	5 212	6 354	5 726	5 598	...
Luftverkehr Fluggäste										
Flughafen München Ankunft	1 000	1 706	1 761	2 168	1 969	1 576	2 049	2 257	1 999	...
Abgang	1 000	1 699	1 752	2 020	1 992	1 499	2 153	2 110	2 051	...
Flughafen Nürnberg Ankunft	1 000	140	144	202	176	141	227	237	210	...
Abgang	1 000	140	144	182	162	128	243	212	198	...
Flughafen Memmingen Ankunft	1 000	36	42	54	53	39	57	65	63	...
Abgang	1 000	36	41	50	51	33	58	60	60	...
Eisenbahnverkehr ¹⁴										
Güterempfang	1 000 t	2 387	2 432	2 117	2 098	2 142	2 435	2 303	2 282	...
Güterversand	1 000 t	2 052	2 025	2 492	2 433	2 624	1 999	1 927	1 947	...
Binnenschifffahrt										
* Güterempfang insgesamt	1 000 t	361	356	423	349	395	467	416	450	...
davon auf dem Main	1 000 t	190	187	200	171	206	239	210	225	...
auf der Donau	1 000 t	171	169	223	178	189	229	206	225	...
* Güterversand insgesamt	1 000 t	254	242	315	278	289	331	299	309	...
davon auf dem Main	1 000 t	154	164	191	181	210	230	212	207	...
auf der Donau	1 000 t	100	78	124	97	79	101	88	102	...

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe (Rückkorrektur über 24 Monate) und Fremdenverkehr (Rückkorrektur über 6 Monate) sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Die monatlichen Handels- und Gastgewerbestatistiken werden als Stichprobenerhebungen durchgeführt. Abweichend hiervon werden (ab dem Berichtsmonat September 2012) die Ergebnisse zum Großhandel und zum Kfz-Handel in einer Vollerhebung im Mixmodell (Direktbefragung großer Unternehmen und Nutzung von Verwaltungsdaten für die weiteren Unternehmen) ermittelt.

3 Einschließlich Handelsvermittlung.

4 Einzelhandel, Kfz-Handel, Gastgewerbe und Großhandel in Preisen von 2010.

5 Einschließlich Tankstellen.

6 In Verkaufsräumen.

7 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz. Ohne Tankstellen.
8 Abschnidegrenze für Beherbergungsbetriebe ab 2012 bei 10 Betten bzw. 10 Stellplätzen bei Campingplätzen.

9 Daten des Kraftfahrt-Bundesamtes.

10 Einschl. Leichtkrafträder, dreirädrige und leichte vierrädrige Kfz.

11 Die Ergebnisse des laufenden Jahres und des Vorjahres sind vorläufig.

12 Soweit durch die Polizei erfasst. Die einzelnen Monatsergebnisse des laufenden Jahres sind vorläufig.

13 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

14 Ohne Berücksichtigung der Nachkorrekturen.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2016			2017			
		Monatsdurchschnitt ¹		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.
Geld und Kredit										
Kredite und Einlagen ²⁻³										
Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	480 758	500 590	503 297	.	.	.	523 091	.	.
dar. Kredite an inländische Nichtbanken ⁴	Mill. €	423 243	440 184	444 240	.	.	.	454 948	.	.
dav. kurzfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt	Mill. €	51 091	49 746	48 952	.	.	.	52 158	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	46 695	46 500	45 601	.	.	.	48 834	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	4 397	3 246	3 351	.	.	.	3 324	.	.
mittelfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁷	Mill. €	61 419	65 747	66 383	.	.	.	68 700	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁵ ..	Mill. €	59 465	64 061	64 743	.	.	.	67 064	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	1 954	1 686	1 640	.	.	.	1 636	.	.
langfr. Kredite an Nichtbanken insgesamt ⁸	Mill. €	368 248	385 097	387 962	.	.	.	402 233	.	.
Unternehmen und Privatpersonen ⁹ ..	Mill. €	335 294	353 193	356 048	.	.	.	372 829	.	.
öffentliche Haushalte ⁶	Mill. €	32 955	31 904	31 914	.	.	.	29 404	.	.
Einlagen von Nichtbanken insgesamt ⁹ (Monatsende)	Mill. €	582 467	610 894	609 415	.	.	.	638 059	.	.
davon Sicht- und Termineinlagen ¹⁰	Mill. €	462 238	491 875	491 070	.	.	.	519 636	.	.
von Unternehmen und Privatpersonen ⁵	Mill. €	431 304	456 986	455 148	.	.	.	484 802	.	.
von öffentlichen Haushalten ⁶	Mill. €	30 935	34 889	35 922	.	.	.	34 834	.	.
Spareinlagen	Mill. €	120 229	119 020	118 345	.	.	.	118 423	.	.
darunter bei Sparkassen	Mill. €	47 043	46 068	45 825	.	.	.	45 262	.	.
bei Kreditbanken	Mill. €	26 967	26 139	25 941	.	.	.	25 845	.	.
Zahlungsschwierigkeiten										
Insolvenzen insgesamt	Anzahl	1 214	1 160	1 109	1 066	1 164	1 046	926	930	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	102	93	102	76	103	85	80	71	...
davon Unternehmen	Anzahl	266	228	233	204	230	210	195	199	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	71	67	66	54	80	53	64	54	...
Verbraucher	Anzahl	674	654	594	603	655	584	518	514	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	1	2	3	1	1	3	2	2	...
ehemals selbstständig Tätige	Anzahl	226	238	248	224	251	201	176	178	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	16	14	19	15	18	12	6	9	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	Anzahl	48	40	34	35	28	51	37	39	...
darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	14	10	14	6	4	17	8	6	...
Voraussichtliche Forderungen insgesamt	1 000 €	295 993	209 782	166 159	202 256	213 220	302 890	315 427	164 955	...
davon Unternehmen	1 000 €	192 203	126 560	98 582	113 706	130 986	236 518	112 197	107 463	...
Verbraucher	1 000 €	34 902	35 812	29 423	44 787	30 738	27 536	23 224	22 819	...
ehemals selbstständig Tätige	1 000 €	51 312	40 025	35 163	38 144	44 697	34 129	23 909	30 636	...
sonstige natürliche Personen ¹¹ , Nachlässe	1 000 €	17 576	7 385	2 991	5 619	6 800	4 707	156 097	4 037	...
Öffentliche Sozialleistungen										
(Daten der Bundesanstalt für Arbeit)										
Arbeitslosenversicherung (SGB III – Arbeitsförderung –)										
Empfänger von Arbeitslosengeld I	1 000	127,9	121,5	110,0	104,4	107,8	109,8	101,4	98,3	...
Ausgaben für Arbeitslosengeld I ¹²	Mill. €	151,9	197,6	184,3	173,1	167,2	173,0	179,9	168,1	165,9
Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) ¹³										
Bedarfsgemeinschaften	1 000	235,3r	243,0	244,0	244,2	244,5	246,8	242,9
Personen in Bedarfsgemeinschaften	1 000	440,9r	454,1	455,8	457,1	458,6	470,6	463,3
darunter erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	299,8r	310,4	312,7	313,2	314,0	320,9	314,9
nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte	1 000	113,6r	116,6	117,7	118,9	119,6	126,0	124,9
Steuern										
Gemeinschaftsteuern [*]	Mill. €
davon Steuern vom Einkommen	Mill. €	5 226,6	5 537,9	7 479,5	3 389,5	3 167,5	5 139,5	7 610,6	3 413,9	3 409,0
davon Lohnsteuer	Mill. €	3 437,8	3 569,9	3 553,2	3 219,6	3 178,5	3 931,2	3 366,4	3 371,8	3 307,3
veranlagte Einkommensteuer	Mill. €	881,1	977,2	2 766,6	- 37,1	- 58,5	- 28,5	2 843,0	- 120,6	- 77,6
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. €	395,5	446,3	244,7	152,3	91,1	1 380,7	293,9	172,6	254,1
Abgeltungsteuer	Mill. €	110,7	78,2	18,4	67,4	53,3	56,7	41,5	48,0	82,0
Körperschaftsteuer	Mill. €	401,5	466,3	896,6	- 12,7	- 96,9	- 200,6	1 065,8	- 57,9	- 156,8
Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer)	Mill. €	2 110,0	2 306,8	2 051,5	2 202,4	2 454,5	2 204,4	2 253,0	2 418,2	2 849,4
Einfuhrumsatzsteuer [*]	Mill. €
Bundessteuern [*]	Mill. €
darunter Verbrauchsteuern	Mill. €
darunter Mineralölsteuer	Mill. €
Solidaritätszuschlag	Mill. €
Landessteuern	Mill. €	302,0	332,5	330,3	294,3	287,2	296,9	293,2	280,1	317,0
darunter Erbschaftsteuer	Mill. €	130,8	143,6	130,8	115,5	88,3	118,2	108,6	98,7	132,2
Grunderwerbsteuer	Mill. €	130,9	148,3	146,1	146,1	154,0	142,1	136,4	143,1	156,7
Biersteuer	Mill. €	13,1	12,9	16,8	14,4	11,5	14,6	15,0	13,0	11,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende, ab 2005 Quartalsdurchschnitt.
2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Frankfurt am Main. – Quartalsergebnisse der in Bayern

tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Ab 12/04 einschl. Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

6 Ab 12/04 ohne Kredite (Einlagen) an ausländischen öffentlichen Haushalten.

7 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

8 Laufzeiten über 5 Jahre.

9 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

10 Einschl. Sparbriefe.

11 Nachweis erst ab 2002 möglich.

12 ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

13 Daten nach Revision und Wartezeit von drei Monaten.

☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2015	2016	2016			2017			
		Monatsdurchschnitt		Sept.	Oktober	Nov.	August	Sept.	Oktober	Nov.
Noch: Steuern										
Gemeindesteuern ^{1, 2, 3}	Mill. €	888,0	958,0	2 700,9	.	.	.	2 916,2	.	.
darunter Grundsteuer A	Mill. €	7,1	7,0	22,2	.	.	.	24,1	.	.
Grundsteuer B	Mill. €	139,6	143,2	445,3	.	.	.	454,1	.	.
Gewerbesteuer (brutto)	Mill. €	736,9	803,1	227,0	.	.	.	2 431,4	.	.
Steuereinnahmen des Bundes [*]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	2 074,8	2 205,0	3 071,2	1 262,1	1 142,2	2 066,4	3 136,5	1 259,2	1 255,0
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6}	Mill. €	27,8	29,6	0,0	86,5	0,0	0,0	0,0	94,0	0,0
Steuereinnahmen des Landes [*]	Mill. €
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen ^{4, 5}	Mill. €	2 038,2	2 194,8	3 071,2	1 262,1	1 120,7	2 006,5	3 136,5	1 259,2	1 220,3
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €
Anteil an der Gewerbesteuerumlage ^{4, 6, 7}	Mill. €	104,4	111,4	0,0	297,8	27,3	26,4	0,0	333,3	16,8
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv ^{2, 3, 4}	Mill. €	1 401,5	1 484,4	4 216,7	.	.	.	4 622,8	.	.
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer ^{4, 8}	Mill. €	579,6	608,5	884,3	418,9	396,8	512,1	869,8	426,2	406,4
Anteil an den Steuern vom Umsatz [*]	Mill. €	63,5	64,8	190,7	.	.	.	236,3	.	.
Gewerbesteuer (netto) ^{1, 9}	Mill. €	603,3	662,5	1 786,2	.	.	.	1 949,8	.	.
Verdienste		2015	2016	2015	2016	2017				
		Jahreswert		3. Vj.	4. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
* Bruttomonatsverdienste ¹⁰ der vollzeitbeschäftigten										
Arbeitnehmer ¹¹ im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich	€	4 217	4 343	3 778	3 788	3 892	3 918	3 951	3 946	...
männlich	€	4 496	4 618	3 998	4 010	4 117	4 141	4 167	4 162	...
weiblich	€	3 540	3 663	3 241	3 248	3 339	3 366	3 415	3 411	...
Leistungsgruppe ^{1, 12}	€	8 275	8 349	6 961	6 967	7 067	7 097	7 224	7 232	...
Leistungsgruppe ^{2, 12}	€	5 045	5 128	4 499	4 511	4 599	4 614	4 642	4 644	...
Leistungsgruppe ^{3, 12}	€	3 353	3 426	3 103	3 115	3 178	3 194	3 214	3 217	...
Leistungsgruppe ^{4, 12}	€	2 793	2 801	2 608	2 616	2 625	2 633	2 666	2 669	...
Leistungsgruppe ^{5, 12}	€	2 206	2 292	2 104	2 091	2 166	2 168	2 263	2 259	...
Produzierendes Gewerbe	€	4 428	4 575	3 917	3 925	4 039	4 071	4 160	4 157	...
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden	€	3 532	3 655	3 306	3 297	3 392	3 333	3 434	3 502	...
Verarbeitendes Gewerbe	€	4 632	4 776	4 049	4 059	4 166	4 207	4 303	4 293	...
Energieversorgung	€	5 069	5 154	4 517	4 559	4 600	4 610	4 825	4 779	...
Wasserversorgung; Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzungen	€	3 447	3 491	3 222	3 260	3 278	3 232	3 384	3 380	...
Baugewerbe	€	3 336	3 480	3 212	3 196	3 340	3 322	3 399	3 446	...
Dienstleistungsbereich	€	4 070	4 181	3 681	3 691	3 789	3 812	3 818	3 813	...
Handel; Instandhaltung, u. Reparatur von Kraftfahrzeugen	€	4 066	4 085	3 579	3 567	3 604	3 641	3 626	3 660	...
Verkehr und Lagerei	€	3 237	3 219	3 032	3 026	2 983	3 002	3 036	3 058	...
Gastgewerbe	€	2 439	2 481	2 323	2 370	2 369	2 410	2 435	2 439	...
Information und Kommunikation	€	(6 153)	5 786	5 239	5 297	5 187	5 210	5 095	5 073	...
Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	€	5 703	5 813	4 809	4 864	4 917	4 973	5 149	5 181	...
Grundstücks- und Wohnungswesen	€	4 417	4 798	3 895	3 974	4 233	4 244	4 393	4 417	...
Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen	€	5 391	5 489	4 640	4 643	4 711	4 763	4 781	4 799	...
Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen	€	2 501	2 700	2 401	2 402	2 564	2 557	2 673	2 643	...
Öffentliche Verwaltung, Verteidigung, Sozialversicherung	€	3 711	3 810	3 556	3 518	3 641	3 655	3 746	3 705	...
Erziehung und Unterricht	€	4 505	4 564	4 352	4 268	4 342	4 335	4 225	4 149	...
Gesundheits- und Sozialwesen	€	3 805	3 916	3 577	3 594	3 668	3 691	3 812	3 832	...
Kunst, Unterhaltung und Erholung	€	/	/	/	/	/	/	/	/	...
Erbringung von sonstigen Dienstleistungen	€	3 952	4 065	3 637	3 660	3 714	3 740	3 659	3 648	...
Preise		2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹³					Dez.	Oktober	Nov.	Dez.
* Verbraucherpreisindex (2010 = 100)										
Gesamtindex	%	104,3	105,8	106,6	107,0	107,6	109,0	109,8	110,2	110,8
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,0	109,6	110,7	112,3	113,1	114,0	116,9	117,4	117,9
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	%	105,5	108,0	110,3	113,6	116,6	117,5	120,5	120,7	120,4
Bekleidung und Schuhe	%	104,6	106,2	107,9	109,4	110,2	111,5	116,7	115,8	113,6
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,5	107,5	108,3	108,0	108,3	109,2	110,5	110,8	111,0
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	101,2	102,4	102,8	103,9	104,5	104,6	105,1	105,1	105,6
Gesundheitspflege	%	103,1	98,7	100,7	103,1	104,4	104,5	106,7	106,2	106,3
Verkehr	%	108,2	108,2	108,2	106,2	105,2	107,3	108,3	109,1	109,2
Nachrichtenübermittlung	%	94,8	93,4	92,3	91,2	90,3	90,0	89,6	89,7	89,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,6	103,2	104,4	104,7	105,7	109,8	105,6	107,2	112,1
Bildungswesen	%	102,8	97,3	76,8	78,5	80,5	81,6	82,6	82,6	82,6
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	102,5	105,2	108,1	111,0	112,9	113,5	115,4	115,6	115,8
Andere Waren und Dienstleistungen	%	102,8	104,2	106,1	107,6	109,7	110,5	109,5	109,6	109,5
Dienstleistungen ohne Nettokaltmiete	%	102,5	103,6	104,9	106,2	107,6	109,4	108,2	108,7	110,8
Nettokaltmiete	%	102,7	104,0	105,6	107,2	108,9	109,7	111,3	111,5	111,7

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht..

- 1 Vj. Kassenstatistik.
2 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat nachgewiesen).
3 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

- 4 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).
5 März, Juni, September und Dezember:
Termin von Vierteljahreszahlungen.
6 April, Juli, Oktober und Dezember:
Termin von Vierteljahreszahlungen.
7 Einschl. Erhöhungsbetrag.
8 Einschl. Zinsabschlag.
9 Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.
10 Quartalswerte: ohne Sonderzahlungen;
Jahreswerte: mit Sonderzahlungen.

- 11 Einschl. Beamte, ohne Auszubildende.
12 Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer in leitender Stellung;
Leistungsgruppe 2: herausgehobene Fachkräfte;
Leistungsgruppe 3: Fachkräfte;
Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer;
Leistungsgruppe 5: ungelernte Arbeitnehmer.
13 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.
☆ Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2015	2016	2017			
		Durchschnitt ¹					Februar	Mai	August	Nov.
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke ² (2010 ± 100)										
Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten)	%	105,5	107,8	110,0	111,6	113,9	116,1	117,1	118,0	118,9
davon Rohbauarbeiten	%	106,0	107,9	109,8	110,8	112,9	115,0	116,4	117,1	118,3
Ausbauarbeiten	%	105,0	107,7	110,3	112,4	114,7	117,0	117,7	118,8	119,3
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung	%	102,5	103,8	105,9	106,8	108,8	111,1	111,1	111,9	112,1
Bürogebäude	%	105,4	107,6	109,9	111,6	113,8	116,1	117,1	118,2	119,1
Gewerbliche Betriebsgebäude	%	105,6	107,6	109,7	111,2	113,4	115,7	116,7	117,4	118,4
Straßenbau	%	105,5	107,8	109,2	109,2	110,0	111,5	112,4	113,1	113,6
							2016	2017		
							4. Vj.	1 Vj.	2 Vj.	3 Vj.
Baulandpreise je m²										
Baureifes Land	€	225,40	223,59	234,86	235,17	261,37	300,19	267,22	297,21	...
Rohbauland	€	46,96	59,72	50,19	50,93	56,71	57,90	53,34	87,64	...
Sonstiges Bauland	€	57,33	61,06	67,30	68,30	83,24	71,76	87,11	79,13	...

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	2012	2013	2014	2015	2016	2016	2017		
		Durchschnitt ¹					Dez.	Oktober	Nov.	Dez.
Verbraucherpreisindex (2010 ≙ 100)										
Gesamtindex	%	104,1	105,7	106,6	106,9	107,4	108,8	109,6	109,9	110,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	%	106,3	110,4	111,5	112,3	113,2	114,9	117,1	117,3	118,2
Alkoholische Getränke, Tabakwaren	%	104,8	107,0	110,3	113,4	116,0	116,8	120,3	120,0	120,3
Bekleidung und Schuhe	%	103,3	104,4	105,5	106,3	107,0	108,6	112,3	111,5	109,7
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe	%	105,4	107,5	108,4	108,0	107,9	108,9	110,0	110,3	110,4
Möbel, Leuchten, Geräte u. a. Haushaltszubehör	%	101,1	102,1	102,5	103,2	103,8	103,9	104,3	104,5	104,6
Gesundheitspflege	%	103,2	99,4	101,4	103,4	105,1	105,5	107,3	107,3	107,4
Verkehr	%	107,7	107,5	107,3	105,5	104,6	106,4	107,7	108,4	108,6
Nachrichtenübermittlung	%	94,8	93,4	92,3	91,2	90,3	90,0	89,6	89,7	89,6
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	%	100,6	103,1	104,4	105,0	106,1	110,4	106,4	108,0	112,9
Bildungswesen	%	94,0	95,1	93,1	92,8	94,4	94,6	96,2	96,2	96,2
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen	%	103,6	106,0	108,2	111,0	113,2	113,9	116,3	116,0	116,3
Andere Waren und Dienstleistungen	%	102,6	104,3	106,1	107,2	109,2	109,9	109,1	109,0	109,0
Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland										
Index der Einfuhrpreise ³ (2010 ≙ 100)	%	108,7	105,9	103,6	100,9	97,8	101,3	101,3	102,1	...
Ausfuhrpreise ⁴ (2010 ≙ 100)	%	104,9	104,3	104,0	104,9	104,0	105,2	105,9	106,1	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte ⁴ (Inlandsabsatz); (2010 ≙ 100)	%	107,0	106,9	105,8	103,9	102,1	103,4	105,5	105,6	...
Vorleistungsgüterproduzenten	%	105,8	104,6	103,5	102,3	100,8	101,9	105,0	104,9	...
Investitionsgüterproduzenten	%	102,2	103,0	103,5	104,2	104,8	105,0	106,1	106,2	...
Konsumgüterproduzenten zusammen	%	106,3	108,4	109,0	108,1	108,8	110,2	112,4	112,1	...
Gebrauchsgüterproduzenten	%	103,3	104,3	105,7	107,1	108,4	108,7	109,9	109,9	...
Verbrauchsgüterproduzenten	%	106,8	109,0	109,5	108,3	108,8	110,5	112,7	112,5	...
Energie	%	113,0	112,0	108,5	102,6	96,6	98,9	100,8	101,4	...
Erzeugung landwirtschaftlicher Produkte ⁴ (2010 ≙ 100)	%	119,4	120,7	111,1	106,9	106,7r	113,2r	114,6p	115,0p	...
Pflanzliche Erzeugung	%	126,4	120,2	103,8	114,3	117,4r	120,4r	108,0p	109,6p	...
Tierische Erzeugung	%	114,9	121,1	115,9	102,1	99,7	108,5	118,9p	118,6p	...
Großhandelsverkaufspreise ⁴ (2010 ≙ 100)	%	108,0	107,4	106,1	104,8	103,8	106,0	107,7	108,2	107,9
darunter Großhandel mit										
Nahrungs- u. Genussmitteln, Getränken, Tabakwaren	%	107,7	111,5	111,8	112,9	114,4	115,3	117,2	116,7	116,7
festen Brennstoffen, Mineralölzeugnissen	%	121,3	115,8	110,2	95,0	86,0	93,5	93,1	96,9	95,5
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel										
zusammen (2010 ≙ 100)	%	103,3	104,4	105,0	105,3	105,9	107,0	108,6	108,8	108,8
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art	%	104,6	107,2	108,3	108,8	109,4	110,7	112,9	113,0	113,4
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln,										
Getränken und Tabakwaren	%	105,7	108,8	110,1	111,8	113,4	114,3	115,9	115,9	116,6
Kraftfahrzeughandel	%	101,9	101,8	102,1	103,0	104,1	104,7	105,9	105,9	106,0

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Ämtern der Länder im „Zahlenspiegel“ und unter www.statistikportal.de unter dem jeweiligen Thema veröffentlicht.

1 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Bauland-

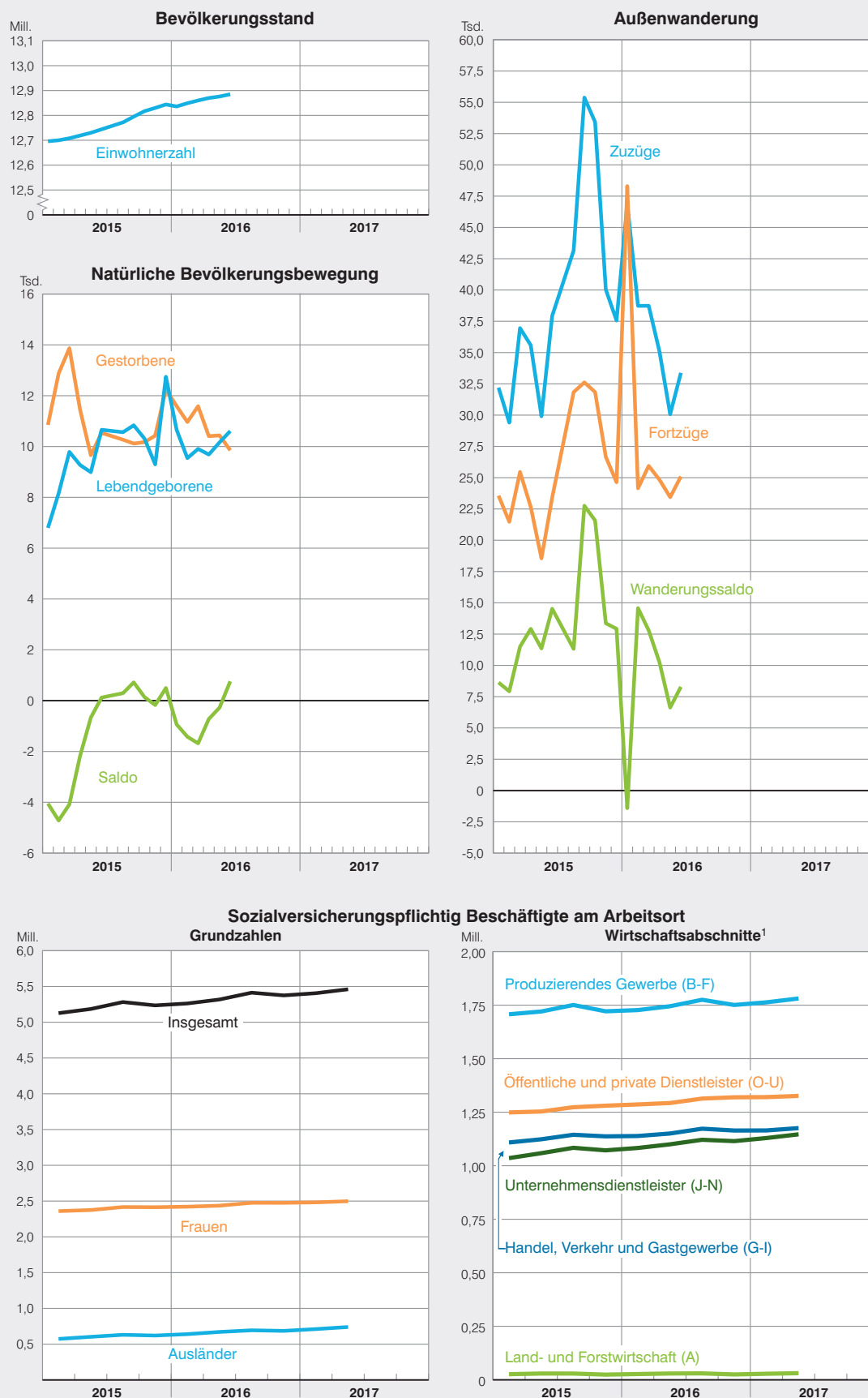
preise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

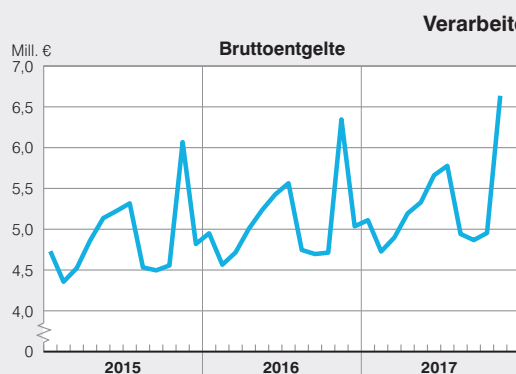
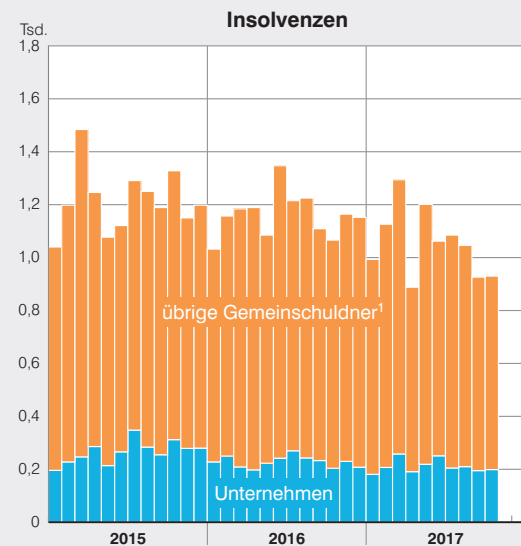
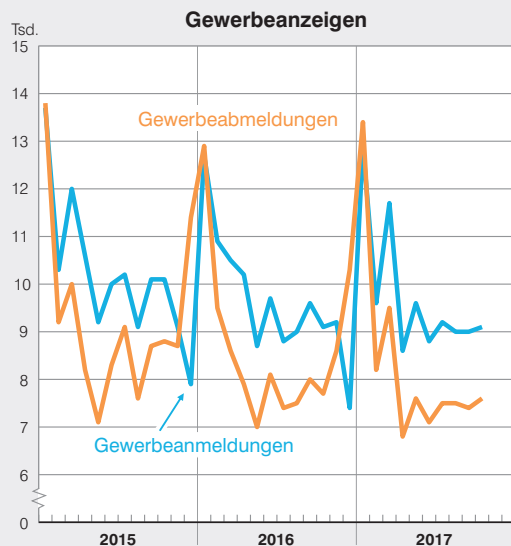
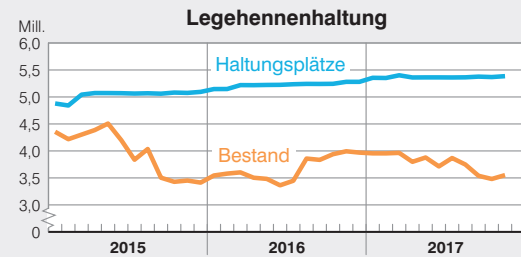
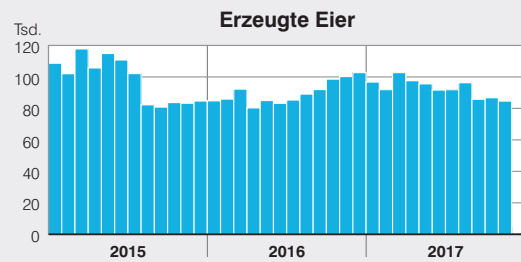
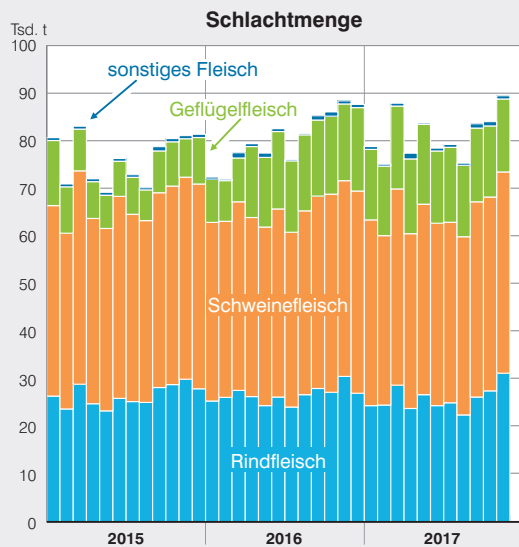
2 Einschl. Mehrwertsteuer.

3 Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

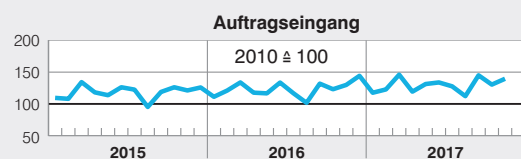
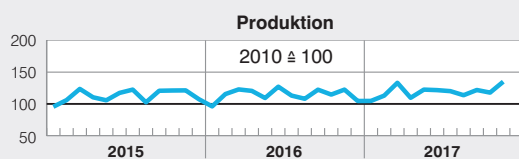
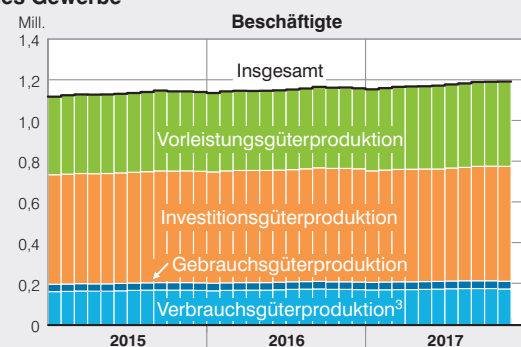
4 Ohne Mehrwertsteuer.

Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel





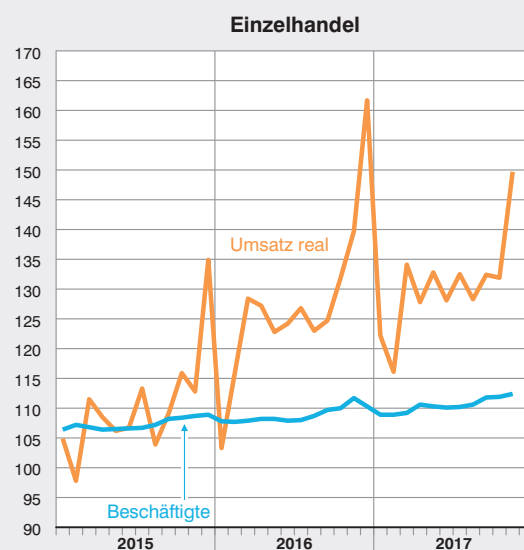
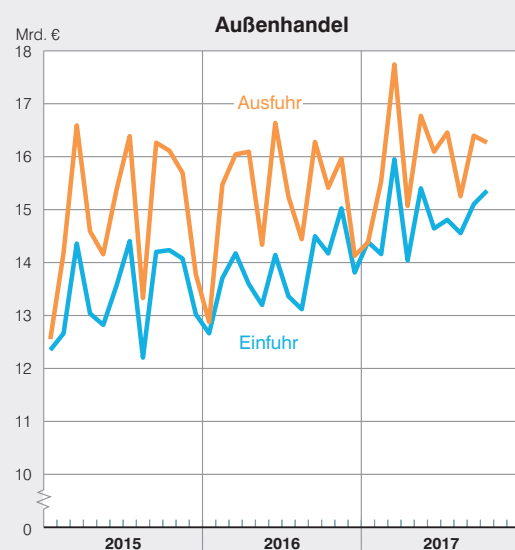
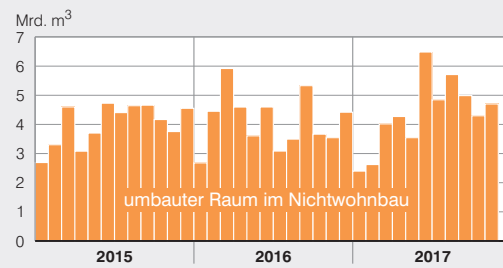
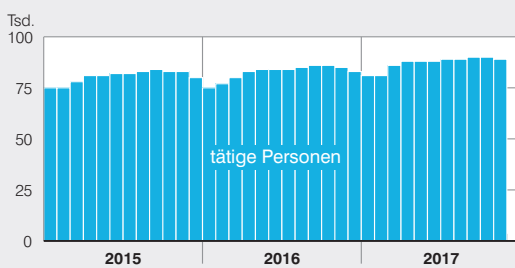
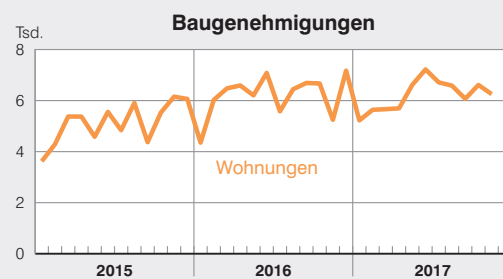
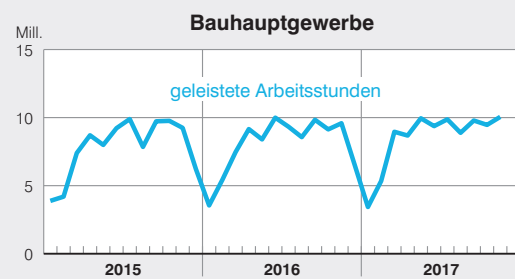
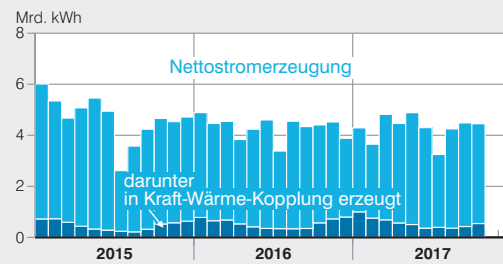
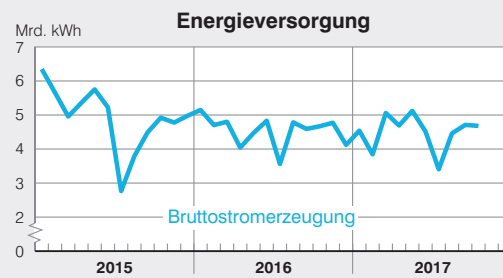
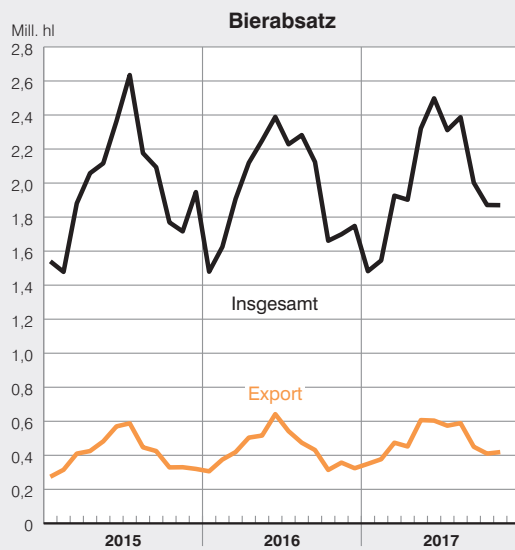
Verarbeitendes Gewerbe²

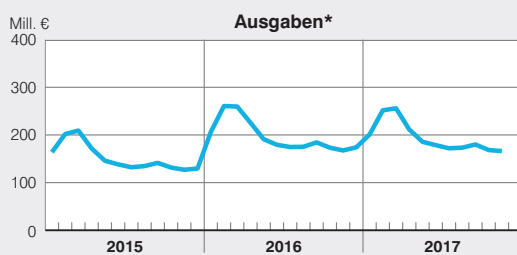
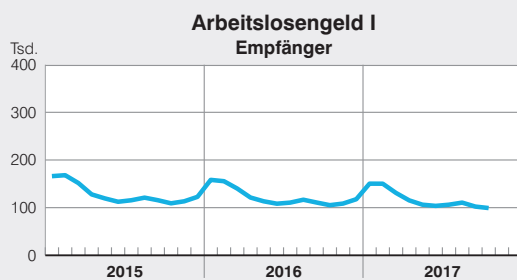
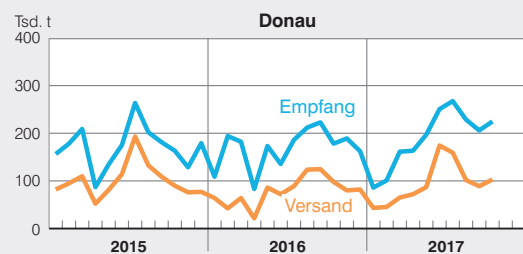
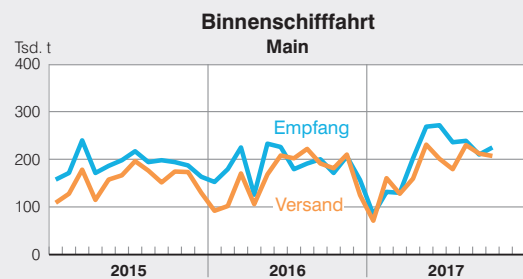
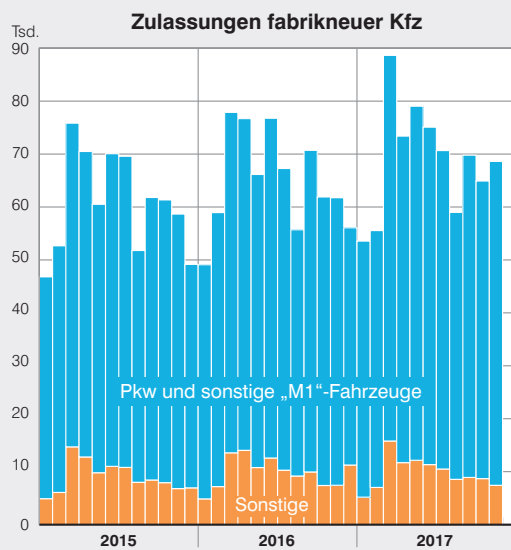
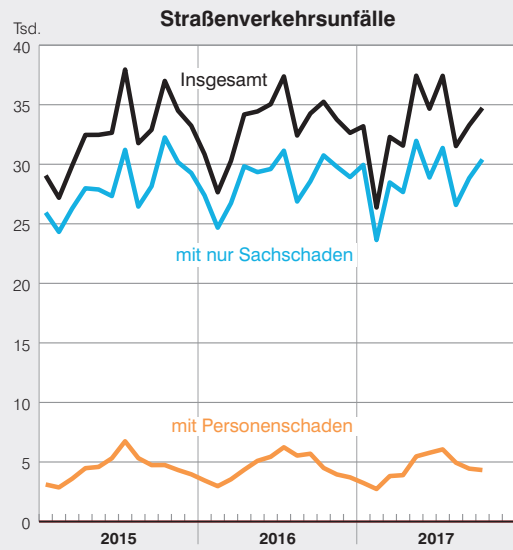
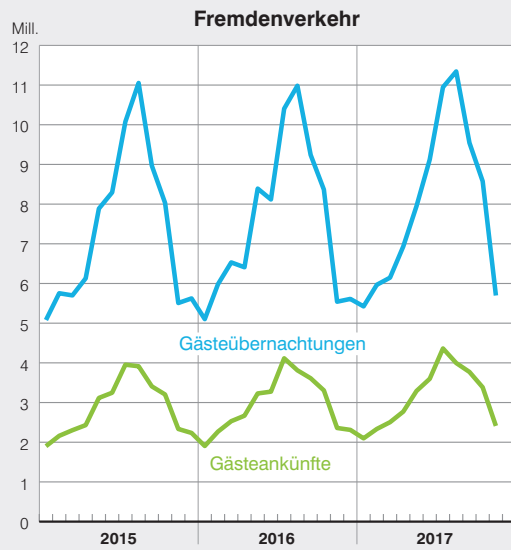


1 Einschließlich Verbraucherinsolvenzen.

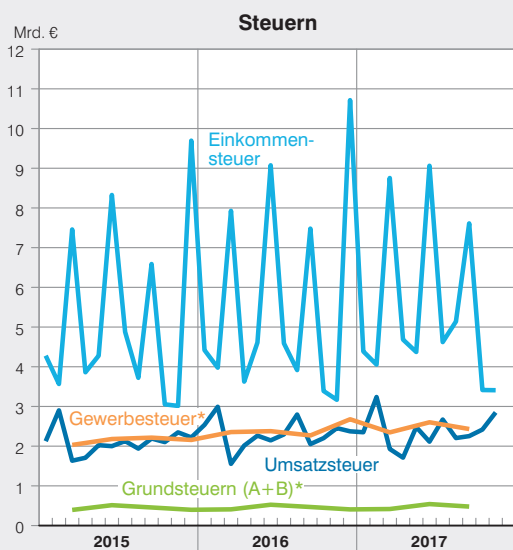
2 Sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden; ab Jan. 2007 nur Betriebe mit 50 oder mehr Beschäftigten, davor Betriebe von Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten.

3 Einschließlich Energie.



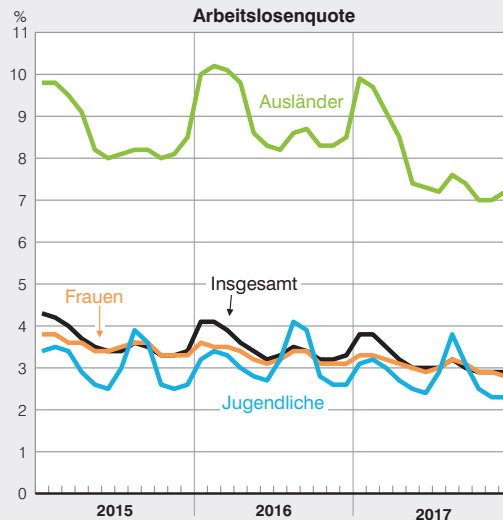
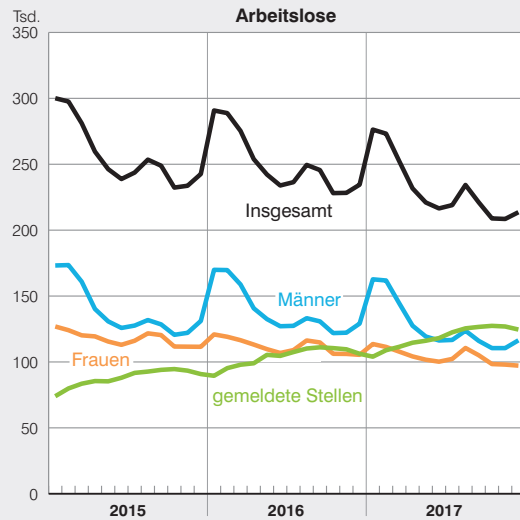


* ab 2016 inklusive Arbeitslosengeld bei beruflicher Weiterbildung.

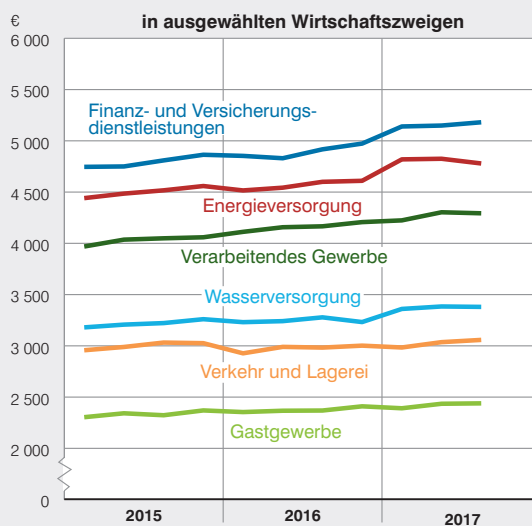
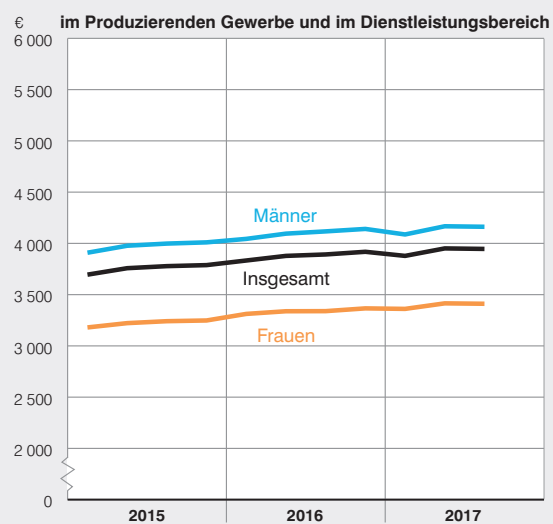


* Quartalswerte.

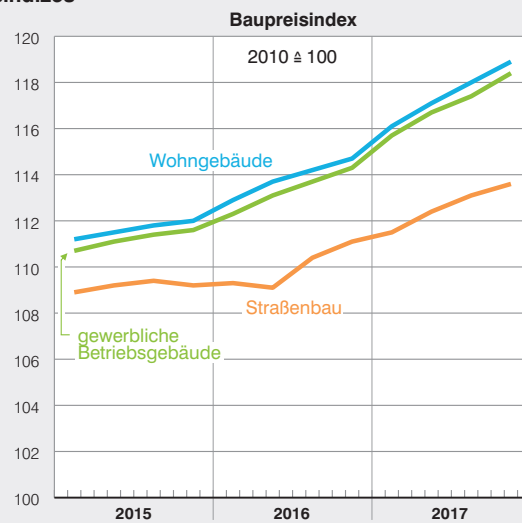
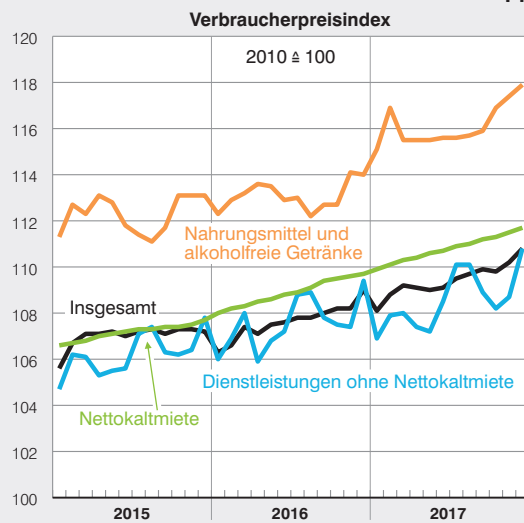
Arbeitsmarkt



Bruttomonatsverdienste der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer



Preisindizes



Statistische Berichte

Bevölkerungsstand

- Einbürgerungen in Bayern 2016

Erwerbstätigkeit

- Struktur der Bevölkerung und der Haushalte in Bayern 2016
Regionalergebnisse des Mikrozensus
Teil V der Ergebnisse der 1%-Mikrozensusenerhebung 2016

Schulwesen insgesamt

- Ausländische Schüler und Lehrkräfte in Bayern
Stand: Oktober 2016

Hochschulen, Hochschulfinanzen

- Studierende an den Hochschulen in Bayern
Wintersemester 2016/17
Endgültige Ergebnisse

Gewerbeanzeigen

- Gewerbeanzeigen in Bayern im Oktober 2017

Verarbeitendes Gewerbe

- Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im Oktober 2017 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden)
- Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im Oktober 2017 (sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden), Basisjahr 2010
- Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern Oktober 2017, Basisjahr 2010

Baugewerbe (Bauhauptgewerbe und Ausbaugewerbe)

- Bauhauptgewerbe in Bayern im Oktober 2017
- Unternehmen des Baugewerbes in Bayern und ihre Investitionen 2016

Bautätigkeit

- Baugenehmigungen in Bayern im Oktober 2017

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel im Oktober 2017
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Kraftfahrzeughandel und Großhandel im September 2017
- Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Oktober 2017
- Tourismus in Bayern im Oktober und Sommerhalbjahr 2017, Mai bis Oktober 2017
- Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe im Oktober 2017

Schiffsverkehr

- Binnenschifffahrt in Bayern im September 2017

Steuern

- Gewerbesteuer in Bayern 2013
Ergebnisse der Gewerbesteuerstatistik

Preise- und Preisindizes

- Verbraucherpreisindex für Bayern November 2017 sowie Jahreswerte von 2014 bis 2016 mit tiefgegliederten Ergebnissen nach Gruppen und Untergruppen
- Verbraucherpreisindex für Bayern
Monatliche Indexwerte von Januar 2012 bis November 2017 (mit Gliederung nach Haupt- und Sondergruppen)
- Verbraucherpreisindex für Deutschland im November 2017
- Preisindizes für Bauwerke in Bayern im November 2017

Verdienste, Arbeitskosten und -zeiten

- Verdienste und Arbeitszeiten im Produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsbereich in Bayern im 3. Quartal 2017
Einschließlich Jahresverdienste 2016

Publikationsservice

Das Bayerische Landesamt für Statistik veröffentlicht jährlich über 400 Publikationen. Das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis ist im Internet als Datei verfügbar, kann aber auch als Druckversion kostenlos zugesandt werden.

Kostenlos

ist der Download der meisten Veröffentlichungen, z. B. von Statistischen Berichten (PDF- oder Excel-Format).

Kostenpflichtig

sind alle Printversionen (auch von Statistischen Berichten), Datenträger und ausgewählte Dateien (z. B. von Verzeichnissen, von Beiträgen, vom Jahrbuch).

Newsletter Veröffentlichungen

Die Themenbereiche können individuell ausgewählt werden. Über Neuerscheinungen wird aktuell informiert.

Webshop

Alle Veröffentlichungen sind im Internet verfügbar unter www.statistik.bayern.de/veroeffentlichungen

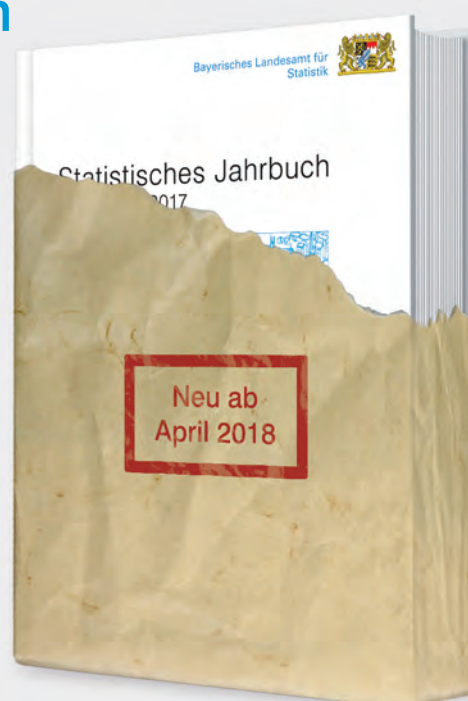
Aktuelle
Veröffentlichungen
unter
q.bayern.de/webshop



Statistisches Jahrbuch für Bayern 2017

Das Statistische Jahrbuch für Bayern ist das Standardwerk der amtlichen Statistik in Bayern seit 1894. Umfassend und informativ bietet es jährlich die aktuellsten Statistikdaten über Land, Leben, Leute, Politik, Wissenschaft und Wirtschaft in Bayern an.

Auf über 650 Seiten enthält es die wichtigsten Ergebnisse aller amtlichen Statistiken – in Form von Tabellen, Graphiken oder Karten – zum Teil mit langjährigen Vergleichsdaten und Zeitreihen. Ebenso werden ausgewählte wichtige Strukturdaten für Regierungsbezirke, kreisfreie Städte und Landkreise sowie Regionen Bayerns, aber auch für alle Bundesländer und die EU-Mitgliedstaaten dargestellt. Daten aus Statistiken anderer Dienststellen und Organisationen vervollständigen das Angebot.



Preise

Buch 39,00 € | DVD (PDF) 12,00 € | Buch+DVD 46,00 € | Datei 12,00 €



Bayern Daten 2017

Die Bayern Daten sind ein kleiner Auszug aus dem Statistischen Jahrbuch. Auf ca. 30 Seiten sind die wichtigsten bayerischen Strukturdaten aus Wirtschaft, Gesellschaft und Politik in Tabellen und Grafiken dargestellt.

Preise

Heft 0,55 € | Datei kostenlos

Bayerisches Landesamt für Statistik – Vertrieb, St.-Martin-Straße 47, 81541 München
Telefon 089 2119-3205, 0911 98208-6270 | vertrieb@statistik.bayern.de